

2. Sitzung

Mittwoch, 8. November 2017

Inhalt

1. Entschuldigungen von der Haussitzung
2. Genehmigung des stenographischen Protokolls der 1. Sitzung der 6. Session der 15. Gesetzgebungsperiode
3. Einlauf
 - 3.1 Zuweisung von Vorlagen und Berichten der Landesregierung
 - 3.1.1 Vorlage der Landesregierung betreffend ein Gesetz, mit dem das Gesetz über den Salzburger Gesundheitsfonds geändert wird (Nr. 62 der Beilagen)
 - 3.1.2 Vorlage der Landesregierung betreffend ein Gesetz, mit dem das Salzburger Krankenanstaltengesetz 2000 geändert wird (Nr. 63 der Beilagen)
 - 3.1.3 Vorlage der Landesregierung betreffend eine Vereinbarung gemäß Art. 15a B-VG über eine Änderung der Vereinbarung gemäß Art. 15a B-VG über den Ausbau des institutionellen Kinderbetreuungsangebots (Nr. 64 der Beilagen)
 - 3.1.4 Vorlage der Landesregierung betreffend ein Gesetz, mit dem die Höhe des Wohnbauförderungsbeitrags festgesetzt wird (Nr. 65 der Beilagen)
 - 3.1.5 Vorlage der Landesregierung betreffend ein Gesetz, mit dem das Landesbeamten-Pensionsgesetz geändert wird (Nr. 72 der Beilagen)
 - 3.1.6 Vorlage der Landesregierung betreffend ein Gesetz, mit dem das Salzburger Kinder- und Jugendhilfegesetz geändert wird (Nr. 73 der Beilagen)
 - 3.1.7 Vorlage der Landesregierung betreffend ein Gesetz, mit dem das Salzburger Gleichbehandlungsgesetz geändert wird (Nr. 74 der Beilagen)
 - 3.1.8 Vorlage der Landesregierung betreffend ein Gesetz, mit dem das Salzburger Abfallwirtschaftsgesetz 1998 geändert wird (Nr. 75 der Beilagen)
 - 3.2 Anträge
 - 3.2.1 Dringlicher Antrag der Abg. Klubvorsitzenden Steidl und Hirschbichler MBA betreffend „Aktion 20.000“ (Nr. 76 der Beilagen - Berichterstatterin: Abg. Hirschbichler MBA)

- 3.2.2 Dringlicher Antrag der Abg. Heilig-Hofbauer BA und Mag.^a Sieberth betreffend ganztägige Schulformen
(Nr. 77 der Beilagen - Berichterstatter: Abg. Heilig-Hofbauer BA)
- 3.2.3 Antrag der Abg. Scheinast, Mag.^a Dr.ⁱⁿ Humer-Vogl und Mag. Mayer betreffend ausfinanzierte gemeinnützige Mietwohnungen für Wohnbeihilfebezieher und Wohnbeihilfebezieherinnen
(Nr. 78 der Beilagen - Berichterstatter: Abg. Scheinast)
- 3.2.4 Antrag der Abg. Neuhofer, Schnitzhofer und Ing. Sampl betreffend die Forcierung des Holzbaus bei öffentlichen Gebäuden
(Nr. 79 der Beilagen - Berichterstatterin: Abg. Neuhofer)
- 3.2.5 Antrag der Abg. HR Dr. SchöchI, Ing. Sampl und Schnitzhofer betreffend das Bundesgesetz vom 5. Juli 1950 über das Maß- und Eichwesen (Maß- und Eichgesetz - MEG), BGBl. I Nr. 72/2017
(Nr. 80 der Beilagen - Berichterstatter: Abg. HR Dr. SchöchI)
- 3.2.6 Antrag der Abg. Klubobfrau Mag.^a Gutschi, Mag. Mayer und Jöbstl betreffend die Aufstockung des Personalstandes des Bundesamts für Fremdenwesen und Asyl
(Nr. 81 der Beilagen - Berichterstatter: Abg. Mag. Mayer)
- 3.2.7 Antrag der Abg. Klubvorsitzenden Steidl und Ing. Mag. Meisl betreffend sensible Gesundheitsdaten von Landesbediensteten
(Nr. 82 der Beilagen - Berichterstatter: Klubvorsitzender Abg. Steidl)
- 3.2.8 Antrag der Zweiten Präsidentin Mosler-Törnström BSc und Klubvorsitzenden Abg. Steidl betreffend ein Bundesmuseum für Fotografie in Salzburg
(Nr. 83 der Beilagen - Berichterstatterin: Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc)
- 3.2.9 Antrag der Abg. Fuchs und Scheinast betreffend Mehrheitsbeschlüsse beim Austausch von Heizwertthermen
(Nr. 84 der Beilagen - Berichterstatter: Abg. Fuchs)
- 3.2.10 Antrag der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Essl, Rothenwänder, Steiner BA MA und Wiedermann betreffend die neue rechtliche Beurteilung der Europarkerweiterung
(Nr. 85 der Beilagen - Berichterstatter: Abg. Wiedermann)
- 3.3 schriftliche Anfragen
- 3.3.1 Dringliche Anfrage der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Essl, Rothenwänder, Steiner BA MA und Wiedermann an Landesrat Mayr betreffend Salzburger Wohnbauförderung
(Nr. 39-ANF der Beilagen)
- 3.3.2 Anfrage der Abg. Steiner-Wieser und Klubobmann Naderer an die Landesregierung betreffend Versicherungen des Landes Salzburg
(Nr. 40-ANF der Beilagen)
- 3.3.3 Dringliche Anfrage der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Essl, Rothenwänder, Steiner BA MA und Wiedermann an Landeshauptmann Dr. Haslauer betreffend Übernahme von Teilen des historischen Zentrums von Bad Gastein
(Nr. 41-ANF der Beilagen)

- 3.3.4 Dringliche Anfrage der Abg. Klubvorsitzenden Steidl und Hirschbichler MBA an Landeshauptmann Dr. Haslauer betreffend Salzburger Wachstumsfonds (Nr. 42-ANF der Beilagen)
- 3.3.5 Anfrage der Abg. Dr.ⁱⁿ Solarz und Riezler-Kainzner an die Landesregierung betreffend Mütter in Krisen (Nr. 43-ANF der Beilagen)
- 3.3.6 Anfrage der Abg. Fuchs und DIⁱⁿ Lindner an die Landesregierung betreffend den Anteil von biologischen und regionalen Lebensmitteln in Landesküchen (Nr. 44-ANF der Beilagen)
- 3.3.7 Anfrage der Abg. Fuchs und DIⁱⁿ Lindner an die Landesregierung betreffend die Höhlenforschung im Bundesland Salzburg (Nr. 45-ANF der Beilagen)
- 3.3.8 Anfrage der Abg. Fuchs und DIⁱⁿ Lindner an die Landesregierung betreffend die Wasserqualität und Wasserversorgung im Bundesland Salzburg (Nr. 46-ANF der Beilagen)
- 3.3.9 Anfrage der Abg. Fuchs und DIⁱⁿ Lindner an die Landesregierung betreffend die Installation von E-Tankstellen mittels Nutzung bereits vorhandener Infrastruktur (Nr. 47-ANF der Beilagen)
- 3.3.10 Anfrage der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Essl, Rothenwänder, Steiner BA MA und Wiedermann an die Landesregierung betreffend Disziplinarverfahren gegen Personen in den Bezirkshauptmannschaften (Nr. 48-ANF der Beilagen)
- 3.3.11 Anfrage der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Essl, Rothenwänder, Steiner BA MA und Wiedermann an die Landesregierung betreffend die Unterbringung von Flüchtlingen und die Auswirkungen des neuen Flüchtlingsunterkünftegesetzes (Nr. 49-ANF der Beilagen)
- 3.3.12 Anfrage der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Essl, Rothenwänder, Steiner BA MA und Wiedermann an die Landesregierung betreffend Derivate, Wertpapiere und Fremdwährungskredite in landeseigenen Einrichtungen (Nr. 50-ANF der Beilagen)
- 3.3.13 Anfrage der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Essl und Steiner BA MA an die Landesregierung betreffend die Gegenstände der Regierungssitzungen und der Regierungsumläufe zwischen dem 1. und 31. Oktober 2017 (Nr. 51-ANF der Beilagen)
- 3.3.14 Anfrage der Abg. Klubobmann Naderer und Klubobmann Dr. Schnell an die Landesregierung betreffend den ineffizienten Fischach-Hochwasserschutz in Seekirchen (Nr. 52-ANF der Beilagen)
- 3.3.15 Anfrage der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Essl, Rothenwänder, Steiner BA MA und Wiedermann an Landeshauptmann-Stellvertreterin Dr.ⁱⁿ Rössler betreffend Chaletdorf in Mühlbach am Hochkönig (Nr. 53-ANF der Beilagen)

- 3.3.16 Anfrage der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Essl, Rothenwänder, Steiner BA MA und Wiedermann an Landesrat Mayr betreffend die Verbesserung des öffentlichen Verkehrs im Zentralraum Salzburg (Nr. 54-ANF der Beilagen)
- 3.3.17 Anfrage der Abg. Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf, Klubobfrau Mag.^a Gutschi und Bartel an Landesrätin Mag.^a Berthold MBA betreffend Doppelgleisigkeiten im Bereich der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderung (Nr. 55-ANF der Beilagen)
- 3.3.18 Anfrage der Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf, Klubobfrau Abg. Mag.^a Gutschi und Jöbstl an Landesrätin Mag.^a Berthold MBA betreffend Frauenberatung (Nr. 56-ANF der Beilagen)
- 3.4 Berichte des Rechnungshofes, des Landesrechnungshofes und der Volksanwaltschaft
- 4. Aktuelle Stunde
"Was fordert der Landtag für das Bundesland Salzburg von der neuen Bundesregierung" (FWS)
- 5. Mündliche Anfragen (Fragestunde)
 - 5.1 Mündliche Anfrage des Abg. Klubobmann Dr. Schnell an Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl betreffend Dienstzeitregelung für Ärzte
 - 5.2 Mündliche Anfrage der Abg. Steiner-Wieser an Landesrat Mayr bezüglich der Vergabe der Wohnbauförderung
 - 5.3 Mündliche Anfrage der Abg. Fürhapter an Landesrätin Mag.^a Berthold MBA betreffend Haftpflichtversicherungen für Asylwerberinnen und -werber
 - 5.4 Mündliche Anfrage des Abgeordneten HR Dr. Schöchel an Landesrat Mayr betreffend die Elektrifizierung der Mattigtalbahn
 - 5.5 Mündliche Anfrage des Abg. Steiner, BA MA an Landesrätin Mag.^a Berthold MBA betreffend Sportförderung an den EK Zell am See
 - 5.6 Mündliche Anfrage der Abg. Klubobfrau Mag.^a Gutschi an Landesrat Schellhorn betreffend Abschaffung des Pflegeregresses
- 6. Dringliche Anfragen
 - 6.1 Dringliche Anfrage der Abg. Dr. Schnell, Rothenwänder, Steiner BA MA und Wiedermann an Landeshauptmann Dr. Haslauer betreffend Übernahme von Teilen des historischen Zentrums von Bad Gastein (Nr. 41-ANF der Beilagen)
 - 6.2 Dringliche Anfrage der Abg. KV Steidl und Hirschbichler MBA an Landeshauptmann Dr. Haslauer betreffend Salzburger Wachstumsfonds (Nr. 42-ANF der Beilagen)

7. Berichte und Anträge der Ausschüsse
 - 7.1 Bericht des Verfassungs- und Verwaltungsausschusses zur Vorlage der Landesregierung betreffend ein Gesetz, mit dem das Landes-Verfassungsgesetz 1999 und das Landeshaushaltsgesetz 2017 - LHG 2017 geändert, ein Gesetz über die Struktur und die Führung des Landeshaushalts (Allgemeines Landeshaushaltsgesetz 2018 - ALHG 2018) und ein Gesetz über Haftungsobergrenzen für Gemeinden (Gemeinde-Haftungsobergrenzen-gesetz 2018 - GemHOG 2018) erlassen und das Landes- und Gemeindeverwaltungsabgabengesetz 1969 sowie das Salzburger Landeselektrizitätsgesetz 1999 geändert werden (Haushaltsrechts- und Verwaltungsabgabenreform-Gesetz 2018)
(Nr. 66 der Beilagen - Berichterstatter: Abg. Mag. Scharfetter)
 - 7.2 Bericht des Finanzausschusses zur Vorlage der Landesregierung über den Haushaltsplan (Landesvoranschlag) für das Jahr 2018 sowie ein Gesetz, mit dem der Landeshaushalt für das Haushaltsjahr 2018, die mittelfristige Orientierung der Haushaltsführung für die Jahre 2019 bis 2022 und Haftungsobergrenzen festgelegt werden (Landeshaushaltsgesetz 2018 - LHG 2018)
(Nr. 67 der Beilagen - Berichterstatter: Abg. Mag. Scharfetter)
 - 7.3 Bericht des Ausschusses für Infrastruktur, Verkehr und Wohnen zum Antrag der Abg. Riezler-Kainzner und Brand betreffend Verbesserung der Mobilitätsmöglichkeiten für Menschen mit Behinderung im Land Salzburg
(Nr. 68 der Beilagen - Berichterstatterin: Abg. Riezler-Kainzner)
 - 7.4 Bericht des Verfassungs- und Verwaltungsausschusses zur Vorlage der Landesregierung betreffend ein Gesetz, mit dem die Höhe des Wohnbauförderungsbeitrags festgesetzt wird
(Nr. 86 der Beilagen - Berichterstatter: Abg. Mag. Mayer)
 - 7.5 Bericht des Ausschusses für Wirtschaft, Energie und Lebensgrundlagen zum dringlichen Antrag der Abg. Klubvorsitzenden Steidl und Hirschbichler MBA betreffend „Aktion 20.000“
(Nr. 87 der Beilagen - Berichterstatterin: Abg. Hirschbichler MBA)
 - 7.6 Bericht des Bildungs-, Schul-, Sport- und Kulturausschuss zum dringlichen Antrag der Abg. Heilig-Hofbauer BA und Mag.^a Sieberth betreffend ganztägige Schulformen
(Nr. 88 der Beilagen - Berichterstatter: Abg. Heilig-Hofbauer BA)
8. Beantwortung schriftlicher Anfragen
 - 8.1 Anfrage der Abg. Steiner-Wieser und Klubobmann Naderer an die Landesregierung (Nr. 17-ANF der Beilagen) - ressortzuständige Beantwortung durch Landeshauptmann Dr. Haslauer und Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl - bezüglich der Kosten des Besuchs von Emmanuel Macron am 23. und 24. August 2017
(Nr. 17-BEA der Beilagen)
 - 8.2 Anfrage der Abg. Steiner-Wieser und Klubobmann Naderer an Landesrätin Mag.^a Berthold MBA (Nr. 18-ANF der Beilagen) betreffend Subventionen ihres Ressorts
(Nr. 18-BEA der Beilagen)

- 8.3 Anfrage der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Steiner BA MA und Wiedermann an die Landesregierung (Nr. 19-ANF der Beilagen) - ressortzuständige Beantwortung durch Landeshauptmann Dr. Haslauer - betreffend die Gegenstände der Regierungssitzungen und der Regierungsumläufe zwischen dem 1. und 31. August 2017 (Nr. 19-BEA der Beilagen)
- 8.4 Anfrage der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Essl, Steiner BA MA und Wiedermann an die Landesregierung (Nr. 20-ANF der Beilagen) - ressortzuständige Beantwortung durch Landeshauptmann Dr. Haslauer, Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl und Landesrätin Mag.^a Berthold MBA - betreffend § 5 des Finanzausgleichsgesetzes 2017 (Nr. 20-BEA der Beilagen)
- 8.5 Anfrage der Abg. Klubvorsitzenden Steidl und Brand an die Landesregierung (Nr. 21-ANF der Beilagen) - ressortzuständige Beantwortung durch Landesrat Mayr - betreffend Straßenzustand und Plausibilitätsprüfung (Nr. 21-BEA der Beilagen)
- 8.6 Anfrage der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Essl, Steiner BA MA und Wiedermann an Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl (Nr. 36-ANF der Beilagen) betreffend die Nutzung von Landesliegenschaften (Nr. 36-BEA der Beilagen)
- 8.7 Dringliche Anfrage der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Essl, Rothenwänder, Steiner BA MA und Wiedermann an Landesrat Mayr (Nr. 39-ANF der Beilagen) betreffend Salzburger Wohnbauförderung (Nr. 39-BEA der Beilagen)
9. Berichte der Landesregierung, um deren Vorlage der Landtag ersucht hat
- 9.1 Bericht der Landesregierung zum Beschluss des Salzburger Landtages vom 31. Mai 2017 betreffend Ausnahme von der Westautobahn-Geschwindigkeitsverordnung 2015 für elektrobetriebene Fahrzeuge (Nr. 69 der Beilagen)
- 9.2 Bericht der Landesregierung zum Beschluss des Salzburger Landtages vom 28. Juni 2017 betreffend Auflösung von zwei Zinstauschgeschäften (Nr. 70 der Beilagen)
- 9.3 Bericht der Landesregierung zum Beschluss des Salzburger Landtages vom 31. Mai 2017 betreffend die Strafghelderhöhe nach StVO versus IG-L (Nr. 71 der Beilagen)

Nach Erledigung der Tagesordnung
 Debatte auf Antrag des FPS Landtagsklubs zur Verweigerung der Akteneinsicht durch Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl

.....

(Beginn der Sitzung: 09:03 Uhr)

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen!

Ich eröffne die 2. Sitzung der 6. Session der 15. Gesetzgebungsperiode und beginne mit

Punkt 1: Entschuldigungen von der Haussitzung

Für heute entschuldigt sind Landesrätin Mag.^a Berthold MBA ab 16:00 Uhr, Landesrat Dr. Schellhorn ab 16:00 Uhr, Landesrat Mayr von 14:30 bis 17:00 Uhr. Ganztägig entschuldigt sind die Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc, die Abgeordnete Riezler-Kainzner, der Abgeordnete Brand und der Abgeordnete Essl. Ebenfalls entschuldigt sind die Bundesrätinnen Dr.ⁱⁿ Eder-Gitschthaler und Dr.ⁱⁿ Reiter sowie Bundesrat Dr. Schmittner.

Ich rufe nunmehr auf

Punkt 2: Genehmigung des stenographischen Protokolls der 1. Sitzung der 6. Session der 15. Gesetzgebungsperiode

Das Protokoll ist allen Parteien rechtzeitig übermittelt worden und es wurden keine Einwände gegen das Protokoll in der Landtagsdirektion angebracht. Wer mit der Genehmigung einverstanden ist, den bitte ich um ein Zeichen der Zustimmung. Gegenstimmen! Keine. Damit ist das Protokoll einstimmig genehmigt worden.

Ich rufe auf

Punkt 3: Einlauf

3.1 Zuweisung von Vorlagen und Berichten der Landesregierung

Im Einlauf befinden sich acht Vorlagen der Landesregierung. Wer mit der Zuweisung an die zuständigen Ausschüsse einverstanden ist, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenstimmen? Keine. Damit sind auch diese Geschäftsstücke zugewiesen.

3.1.1 Vorlage der Landesregierung betreffend ein Gesetz, mit dem das Gesetz über den Salzburger Gesundheitsfonds geändert wird
(Nr. 62 der Beilagen)

3.1.2 **Vorlage** der Landesregierung betreffend ein Gesetz, mit dem das Salzburger Krankenanstaltengesetz 2000 geändert wird
(Nr. 63 der Beilagen)

3.1.3 **Vorlage** der Landesregierung betreffend eine Vereinbarung gemäß Art. 15a B-VG über eine Änderung der Vereinbarung gemäß Art. 15a B-VG über den Ausbau des institutionellen Kinderbetreuungsangebots
(Nr. 64 der Beilagen)

3.1.4 **Vorlage** der Landesregierung betreffend ein Gesetz, mit dem die Höhe des Wohnbauförderungsbeitrags festgesetzt wird
(Nr. 65 der Beilagen)

3.1.5 **Vorlage** der Landesregierung betreffend ein Gesetz, mit dem das Landesbeamten-Pensionsgesetz geändert wird
(Nr. 72 der Beilagen)

3.1.6 **Vorlage** der Landesregierung betreffend ein Gesetz, mit dem das Salzburger Kinder- und Jugendhilfegesetz geändert wird
(Nr. 73 der Beilagen)

3.1.7 **Vorlage** der Landesregierung betreffend ein Gesetz, mit dem das Salzburger Gleichbehandlungsgesetz geändert wird
(Nr. 74 der Beilagen)

3.1.8 **Vorlage** der Landesregierung betreffend ein Gesetz, mit dem das Salzburger Abfallwirtschaftsgesetz 1998 geändert wird
(Nr. 75 der Beilagen)

3.2 **Anträge**

Im Einlauf befinden sich zwei dringliche Anträge. Ein dringlicher Antrag der SPÖ betreffend die Aktion 20.000 und ein dringlicher Antrag der Grünen betreffend die Finanzierung ganztägiger Schulformen.

3.2.1 **Dringlicher Antrag der Abg. Klubvorsitzenden Steidl und Hirschbichler MBA betreffend „Aktion 20.000“**
(Nr. 76 der Beilagen - Berichterstatterin: Abg. Hirschbichler MBA)

Ich ersuche die Schriftführerin Abgeordnete Jöbstl um Verlesung des dringlichen Antrages der SPÖ. Bitte!

Abg. Jöbstl (verliest den dringlichen Antrag):

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Danke vielmals. Für die Antragsteller zu Wort gemeldet hat sich Kollegin Hirschbichler. Du hast das Wort. Fünf Minuten.

Abg. Hirschbichler MBA: Einen wunderschönen guten Morgen, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Danke für die Verlesung unseres dringlichen Antrages. Es ist ja nicht das erste Mal, dass wir uns hier im Hohen Haus über die Arbeitsmarktsituation in unserem Bundesland unterhalten. Es ist auch nicht das erste Mal, dass wir uns hier darüber unterhalten, wie es den Menschen geht, die die Lebensmarke von 50 überschritten haben und dann plötzlich vor der Botschaft stehen: Für Dich ist aber am Arbeitsmarkt kein Platz.

Kolleginnen und Kollegen! Aus meiner eigenen Berufserfahrung weiß ich, in der Beratung von arbeitslosen Menschen, wie schlimm dieses Schicksal generell ist, aber wie extrem schlimm und deprimierend es in dieser Altersgruppe ab 50 Jahren ist, weil da hat man sein ganzes Leben lang gearbeitet und man hat geglaubt ich habe jetzt viel Know-how und viel Erfahrung und viele Kompetenzen in meinen Beruf eingebracht und dann steht man plötzlich vor der Situation, dass man am Arbeitsmarkt nicht mehr Fuß fassen kann. Wir alle wissen hier, dass das genau die Gruppe ist, die dann ganz, ganz schnell in die Langzeitarbeitslosigkeit gerät. Und um diesen Menschen, gerade diesen Menschen Perspektiven und Chancen zu bieten, hat die Bundesregierung die Aktion 20.000 geschaffen, um ihnen zu sagen nein das ist nicht so, du bist noch gebraucht am Arbeitsmarkt.

Also eine gute Sache, Kolleginnen und Kollegen, denn es gibt gerade für diese Zielgruppe eine direkte Förderung, die zu 100 % vom AMS finanziert wird. Das ist auch deshalb eine gute Sache, weil wir sehen, dass diese Aktion in ganz Österreich greift. Die Langzeitarbeitslosigkeit bei der Beschäftigungsgruppe 50+ geht sukzessive zurück. Leider nicht in Salzburg. Hier steigt diese Gruppe, die Arbeitslosigkeit in dieser Gruppe auch weiterhin kontinuierlich an mit einer Ausnahme, oh Wunder, der Modellregion Pongau. Hier geht die Arbeitslosigkeit zurück. Also man sieht, dass diese Maßnahme greift.

Trotzdem hat es in den vergangenen Tagen immer wieder die Botschaften gegeben, Medienberichterstattungen, dass man sagt na ja wir wissen nicht, ob wir diese Aktion weiter fortsetzen, eigentlich wir wissen nicht, ob wir sie noch brauchen. Deshalb, liebe Kolleginnen und Kollegen, sage ich es noch einmal, ich habe es schon öfters gesagt, das ist ein Schlag ins Gesicht der betroffenen Menschen. Das ist ein Schlag ins Gesicht, weil es zynisch ist, dass man auf der einen Seite ständig über die Erhöhung des Pensionsantrittsalters nachdenkt, aber auf der anderen Seite für die betroffene Gruppe keine Chancen und Möglichkeiten vorsieht.

Deshalb, liebe Kolleginnen und Kollegen, sind wir der Meinung und deshalb unser dringlicher Antrag, wir sind der Meinung, diese Aktion muss unbedingt fortgesetzt werden! Und diese Aktion muss auch, so wie das Programm das vorsieht, auf ganz Salzburg ausgedehnt werden zum Zweiten! Und zum Dritten glauben wir, dass es der Landesregierung auch gut

anstehen würde, wenn sie selber in den Arbeitsmarktförderungstopf greifen würde und noch zusätzliche Maßnahmen hier vorsehen würde und etwas, das ganz besonders Wichtiges ist: es müssen auch positive Signale vom Gemeinderessort an die Gemeinden gehen, damit diese auch diese Aktion aktiv in Anspruch nehmen. Das ist, glaube ich, das Wichtigste, weil nur so können wir auch auf Landesebene in dieser Beschäftigungsgruppe, die Arbeitslosigkeit hier eindämmen.

Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, damit bin ich mit meinen Ausführungen auch schon am Ende und ich würde mir wünschen, dass wir das so machen, weil es geht schließlich um die Würde der Menschen. Es ist eine win-win-Situation. Die Förderung zahlt das Arbeitsmarktservice. Die Menschen haben ein selbstbestimmtes Leben, wenn sie wieder in Arbeit kommen und deshalb, liebe Kolleginnen und Kollegen, ersuche ich Euch, die Dringlichkeit diesem Antrag zu geben, damit Ihr am Nachmittag dann im Ausschuss zustimmen könnt. Danke sehr. (Beifall der SPÖ-Abgeordneten)

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Danke Frau Kollegin. Als Nächster zu Wort gemeldet zur Begründung der Dringlichkeit dieses Antrages hat sich Kollege Michael Obermoser von der ÖVP.

Abg. Obermoser: Sehr verehrte Frau Präsidentin! Hohes Haus! Geschätzte Kollegen!

Langzeitarbeitslosigkeit, was heißt das? Langzeitarbeitslosigkeit heißt Traumatisierung, Depression, Abschied von sozialen Strukturen. In gewissen Beziehungen heißt Langzeitarbeitslosigkeit Freiheitsentzug. All diese Punkte haben wir kennengelernt. Jeder, der sich in dieser Situation befindet, dem gehört geholfen, um diese Elemente eben zu vermeiden.

Die Aktion 20.000 ist gut, gehört aber meines Erachtens hinterfragt dahingehend, dass eben jede Person, die vermittelt wird, individuell betrachtet gehört. Die Gemeinden, gemeinnützige Organisationen sind aufgefordert, Langzeitarbeitslose zu unterstützen. Diese Idee ist sehr gut. Ich weiß, dass diese Aktion bis in das Jahr 2019 läuft, also sollte man dieser Aktion diesen Beobachtungszeitraum geben. Was mir aber viel wichtiger ist, und das möchte ich heute sagen, ist, dass wir viel mehr in Präventionsmaßnahmen setzen müssen. Heutzutage ist man in unserem Land oft sehr schnell, irgendwelche Vorschriften und Auflagen zu machen, anstatt zur Beschäftigung älterer Mitarbeiter Anreize zu schaffen.

Wenn man der Wirtschaft Anreize gibt, Ältere im Arbeitsprozess länger zu halten, ist das viel klüger, als wie jetzt permanent mit Strafmaßnahmen als Unternehmer konfrontiert zu werden, wenn man dies oder jenes nicht tut.

Im Namen der ÖVP und im eigenen darf ich der Dringlichkeit des SPÖ-Antrages zustimmen und ich freue mich auf eine gute Debatte heute am Nachmittag. (Beifall der ÖVP- und Grünen-Abgeordneten, des Klubobmannes Abgeordneten Naderer und der Abgeordneten Fürhapter)

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Danke. Für die Grünen zu Wort gemeldet hat sich Klubobmann Cyriak Schwaighofer. Bitte, Du hast das Wort.

Klubobmann Abg. Schwaighofer: Schönen guten Morgen allerseits!

Vornweg, wir werden der Dringlichkeit zustimmen. Vielleicht ein paar Anmerkungen noch dazu. Ich habe gestern länger mit dem Thomas Burgstaller telefoniert. Das ist der AMS-Zuständige im Pongau, wie er die Aktion sieht. Er hält sie für sehr, sehr erfolgversprechend und für eine richtige Aktion. Es sind im Pongau von den rund 120 Langzeitarbeitslosen, die es dort derzeit gibt, mehr als 30 bereits in Beschäftigung gekommen. 40 hofft er bis zum Jahresende. Das ist ein deutlich höherer Satz als wir üblicherweise haben bei den Versuchen, Langzeitarbeitslose in Beschäftigung zu bringen. Ich habe nachgelesen, es sind zwischen 18 und 19 %, die man mit den üblichen Maßnahmen in Beschäftigung bringt. Daher glaube ich, ist die Sache gut. Ich würde sie auch nicht auf Gemeinden beschränken, ist sie auch nicht. Ich habe nachgefragt, wo im Pongau diese älteren Menschen beschäftigt sind, es geht querdurch, es sind Gemeinden, es sind aber auch gemeinnützige Einrichtungen im Sozialbereich, im Frauenbildungsbereich und Kulturbereich und in anderen Feldern.

Wenn das stimmt, eine Zahl, die ich auch gelesen habe, dass pro Arbeitslosen bei dieser Aktion im Durchschnitt im Jahr € 27.000,-- aufgewendet werden und die übliche Arbeitslosenunterstützung € 17.000,-- pro Jahr ausmacht, das heißt also € 10.000,-- mehr ausgegeben werden müssen, nur um das alles, was mein Vorredner besprochen hat, um vieles von dem zu vermeiden, dann, glaube ich, ist das eine Aktion, die auf jeden Fall zu unterstützen ist. Nichts spricht allerdings dagegen, sie zu verbessern, zu evaluieren oder nachzuschauen wo kann man noch nachjustieren, wo sollte man noch nachjustieren. Darüber können wir auch am Nachmittag sprechen. Also wir stimmen der Dringlichkeit zu. Danke. (Beifall der ÖVP- und Grünen-Abgeordneten und der Abgeordneten Fürhapter)

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Danke Herr Klubobmann. Für die FPS Markus Steiner. Bitte, Du hast das Wort.

Abg. Steiner BA MA: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Regierung! Sehr geehrte Kolleginnen! Sehr geehrte Kollegen! Liebe Zuhörer hier und liebe Zuhörer vor dem Internet!

Ich darf für unsere Fraktion von vornherein festhalten, wir werden dieser Dringlichkeit selbstverständlich zustimmen. Die Langzeitarbeitslosigkeit an und für sich ist natürlich ein ganz, ganz großes Problem, Heidi, da gebe ich Dir Recht und jeder einzelne Fall ist einer zu viel. Das muss natürlich festgehalten werden. Diese Aktion 20.000 können wir für uns nur befürworten und da muss ich sagen ist es für mich unverständlich gewesen, dass das in den letzten Wochen auch boykottiert wurde in den Medien oder transportiert wurde zu uns, dass hier im Raumen stehen soll, dass man das überdenkt.

Wie gesagt wir werden sehen, wir in Salzburg, das werden wir auch heute in der Aktuellen Stunde, glaube ich, werden hier natürlich ein Zeichen setzen. Es muss sein und es wäre

toll, wenn wir uns heute auch gemeinsam dafür aussprechen, dass diese Aktion 20.000 weiterhin so stattfindet. Michi, ich gebe Dir selbstverständlich auch Recht, wir müssen schon auch anschauen, wo kann man etwas besser machen und wie kann man es abändern, aber genau deswegen, glaube ich, sollten wir heute auch das genauer ansehen und uns diese Zeit nehmen, dass man das letztendlich modifiziert. Ich sage immer eines. Eines muss natürlich auch sein, mir ist zehnfach lieber Anreize zu setzen, statt Strafen auszusprechen. Genau hier wie überall die überbordende Bürokratie und auch dieser Sektor ist ebenso massiv davon betroffen. Ich sage eines: Ja zu diesem Antrag, Heidi, und wir werden uns später im Ausschuss ausführlichst darüber unterhalten und ich freue mich darauf. Danke. (Beifall der SPÖ- und FPÖ-Abgeordneten)

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Danke Herr Kollege. Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen mehr. Damit kommen wir zur Abstimmung. Wer mit der Zuerkennung der Dringlichkeit für diesen Antrag einverstanden ist, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenstimmen? Keine. Damit ist die Dringlichkeit für diesen Antrag der SPÖ einstimmig zuerkannt.

Ich ersuche nun den Schriftführer Abgeordneten Steiner um Verlesung des dringlichen Antrages der Grünen. Bitte Du hast das Wort.

3.2.2 Dringlicher Antrag der Abg. Heilig-Hofbauer BA und Mag.^a Sieberth betreffend ganztägige Schulformen

(Nr. 77 der Beilagen - Berichterstatter: Abg. Heilig-Hofbauer BA)

Abg. Steiner BA MA (verliest den dringlichen Antrag):

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Danke für die Verlesung. Für die Antragsteller hat sich Kollege Simon Heilig-Hofbauer zu Wort gemeldet. Bitte, Du hast das Wort.

Abg. Heilig-Hofbauer BA: Hohes Haus! Geschätzte Mitglieder der Landesregierung! Sehr geehrte Damen und Herren!

Momentan sind politisch turbulente Zeiten, aber ich versuche trotzdem, mich ein bisschen zurückzuerinnern in das Jahr 2016. Damals wurde die sogenannte Bankenmilliarde diskutiert. Die Senkung der Bankensteuer wurde von der Bundesregierung und dann vom Nationalrat beschlossen. Dafür mussten die Banken eine sogenannte Abschlagszahlung in der Höhe von ca. einer Milliarde Euro leisten. Aus dieser Bankenmilliarde kam eigentlich der grundsätzlich sehr löbliche Vorschlag, eine Bildungsmilliarde zu machen. Also die Bankenmilliarde sollte zur Bildungsmilliarde werden und die Regierung hat sich dann darauf geeinigt, diese Milliarde für ganztägige Schulformen, für den Ausbau ganztägiger Schulformen einzusetzen.

Leider kam es dann - wie so oft - aus der Milliarde wurden sehr schnell nur mehr 750 Mio. und, wie bereits im Antrag jetzt verlesen, sind von den 750 Mio. dann auch noch etliche

Millionen abgezogen worden, nämlich 74 Mio. für Maßnahmen an den Bundesschulen und nochmal 248 Mio. für die Besoldung des Lehrpersonals in den Lernzeiten. Also von den 750 Mio. sind dann nur mehr 428 Mio. Euro übriggeblieben. Also sehr viel weniger als ursprünglich geplant.

Dieses Geld ist dann nicht über die bisherige 15a Vereinbarung in die Schulen geflossen, sondern man hat ein neues Gesetz gemacht, das sogenannte Bildungsinvestitionsgesetz. Das ist seit September diesen Jahres in Kraft und läuft bis zum Jahr 2025, also eine achtjährige Laufzeit, und über diese Laufzeit gerechnet werden jetzt ca. 50 Mio. Euro pro Jahr für ganztägige Schulformen ausgegeben. Bisher, in der bisherigen Fördersparte der 15a Vereinbarung war es ungefähr doppelt so viel, nämlich 100 Mio. Euro. Das heißt aus dem sehr löblichen Ansatz, der ursprünglich da war, ist eigentlich ein ziemlicher Papiertiger und eine reale Kürzung für die Mittel für die ganztägigen Schulen geworden, und das ist ein großes Problem.

Es ergeben sich aus dieser gesetzlichen Änderung im Endeffekt vier Probleme, die ich kurz erläutern möchte. Das Erste ist es ist de facto eine Halbierung der Fördermittel im Vergleich zum bisherigen Fördersystem. Das ist das Gegenteil von einem Ausbau und das Gegenteil von einer Förderung und einem zusätzlichen Ausbau dieser Plätze. Das zweite Problem ist, dass mit dem Auslaufen der 15a Vereinbarung, das ist mit nächstem Schuljahr 2018/2019, dann nur mehr zusätzliche ganztägige Schulplätze finanziert werden. Das heißt alle bestehenden Gruppen, die es jetzt gibt, in Salzburg sind das landesweit 273 Gruppen aktuell, die bekommen dann keine Förderungen mehr, die fallen um. Das heißt die Gemeinden, die gesetzlichen Schulerhalter müssen diese Förderausfälle auffangen und ich glaube man kann schon die Frage stellen, wie groß die Motivation sein wird, dann noch zusätzliche Plätze zu schaffen, wenn die Kosten für die Gemeinden, für die Schulerhalter ganz massiv steigen.

Die Stadt Salzburg hat das etwa ausgerechnet, in einer Stellungnahme des Städtebundes zum Gesetzesvorhaben ist das nachzulesen, das würde in der Stadt einen Einnahmefall von ca. einer Million Euro pro Jahr bedeuten vom aktuellen Stand. Die Stadt müsste diese Kosten zusätzlich aufbringen und wenn sie dann noch neue Plätze schaffen möchte, entsprechend noch mehr Geld in die Hand nehmen. Also wir haben hier eigentlich negative Anreize für die Gemeinden, was den Ausbau ganztägiger Schulformen angeht.

Das dritte Problem ist, dass das Bildungsinvestitionsgesetz im Gegensatz zur bisherigen 15a Vereinbarung eine reine Anschubfinanzierung ist. Wir haben Fördersätze, die mit jedem Jahr, die dieses Gesetz läuft, weniger werden und wie gesagt immer nur zusätzliche Plätze werden gefördert. Das heißt wir haben keine Absicherung der bestehenden Plätze, wir haben keine langfristige Perspektive für die Schulerhalter, dass diese Kosten mitfinanziert werden und dadurch auch keinen Anreiz, weiter auszubauen.

Das vierte und letzte Problem, und das ebenso massiv, ist die Bürokratie, die mit diesem Gesetz kommt. Es wird immer wieder betont wir brauchen weniger Bürokratie, wir müssen

Bürokratie abbauen. Was passiert hier? Genau das Gegenteil. Bisher gab es eine Gruppenförderung, jetzt wird pro Kopf pro Woche abgerechnet. Das heißt die Schulen müssen auf das Jahr gerechnet jede Woche schauen wie viele Köpfe sitzen in den Gruppen und das muss an das Ministerium übermittelt werden. Es ist ein administrativer Horror und deswegen hat auch die Landeshauptleutekonferenz gesagt wir brauchen hier dringend Änderungen, wir brauchen eine Absicherung der bestehenden ganztägigen Schulformen und wir brauchen auch hier, was dieses Gesetz angeht, eine Änderung in der Fördersystematik was die Bürokratie angeht und eben diese langfristige Absicherung. Die wollen wir mit diesem Antrag an die neue Bundesregierung auch herantragen und appellieren daran, dass wir diesen Fehler dringend ausbessern und dass der Ausbau der ganztägigen Schulformen sichergestellt wird. Vielen Dank. (Beifall der ÖVP- und Grünen-Abgeordneten und der Abgeordneten Fürhapter)

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Danke für die Wortmeldung als Antragsteller. Gibt es weitere Wortmeldungen von den anderen Fraktionen? Bitte Kollegin Martina Jöbstl für die ÖVP.

Abg. Jöbstl: Sehr geehrte Damen und Herren der Regierung! Geschätztes Hohes Haus!

Ich glaube der Simon hat eh das meiste schon erwähnt. Ich glaube was schon noch zu sagen ist, dass die 15a Vereinbarung sehr treffsicher war. Sie ist im Schuljahr 2010/2011 gestartet und damals gab es in Salzburg 2.923 Schüler in 156 Gruppen. Stand 2017/2018, also Schuljahr 2017/2018, waren 6.118 Schüler in 301 Gruppen in Betreuung. Das heißt in diesen Jahren hat man es geschafft, eine Verdopplung der Schüler und der Gruppen zu erreichen.

Ich glaube der Simon hat es schon sehr treffsicher gesagt, eines der größten Probleme ist, dass die Finanzierung nicht mehr gegeben ist. Es wurden Strukturen geschaffen und gerade die Gemeinden betrifft es in extremen Ausmaß. Man muss sich das vorstellen. Es ist jetzt sehr gut sowohl in der Struktur als auch in die Lehrpersonen investiert worden, aber der laufende Betrieb kann jetzt nicht sichergestellt werden.

Durch das Bildungsinvestitionsgesetz werden, wie der Simon schon gesagt hat, nur mehr zukünftige Gruppen bzw. diese nach Schüleranzahl gefördert, aber die 301 bestehenden Gruppen werden nicht mehr gefördert. Das heißt eben wir bleiben in voller Höhe auf den Kosten, sowohl das Land, die Privatschulen als auch die Gemeinden sitzen. Daher vielen Dank an die Grünen für diesen dringlichen Antrag, aber ich glaube es ist uns parteiübergreifend ein großes Interesse, das hat auch schon die Anfrage der SPÖ gezeigt, und ich glaube auch für die anderen Fraktionen sprechen zu können, dass wir da heute am Nachmittag eine gute Diskussion haben werden und daher stimmen wir natürlich der Dringlichkeit auch zu. (Beifall der ÖVP- und Grünen-Abgeordneten und der Abgeordneten Fürhapter)

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Danke Frau Kollegin. Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich Kollege Karl Schmidlechner für die SPÖ. Bitte!

Abg. Mag. Schmidlechner: Geschätztes Hohes Haus!

Natürlich stimmen wir der Dringlichkeit auch zu, wenn es um mehr Geld für Bildung geht oder die Forderung um mehr Geld, da sind wir immer dabei, das ist überhaupt keine Frage. Ein paar Dinge in der Argumentation würde ich doch zumindest in Frage stellen. Grundsätzlich ist es natürlich so, dass es darum geht, in Zukunft die Ganztagsbetreuung in verschränkter Form anzubieten. Wenn die Ganztagsbetreuung in verschränkter Form angeboten wird, dann ist es natürlich auch eine Aufgabe des Lehrpersonals, diese Ganztagsbetreuung mitzutragen und nicht mehr der Freizeitbetreuer, wie das ursprünglich oder in der offenen Form der Fall ist.

Dass da natürlich der Bund, im Umlageverfahren kann man dann sagen, über das Land dann Lehrpersonal zahlt, also diese 250 Mio., ist eigentlich auch eine Selbstverständlichkeit. Das muss man da mitrechnen. Ich bin mir auch ganz sicher, dass vor allem von Seiten der Grünen die verschränkte Form in der Tagesbetreuung natürlich viel mehr propagiert wird und viel besser geheißen wird als die derzeitige offene Form mit der Freizeitbetreuung am Nachmittag. Ein weiterer Vorteil ist schon derjenige von diesem jetzt bestehenden Gesetz, wir haben jetzt die 15a Vereinbarungen, die wird jedes Jahr oder laufend neu verhandelt, man weiß im Grunde bei solchen Verhandlungen nie ganz genau, was rauskommt. Jetzt haben wir dann eine bundesgesetzliche Regelung und das ist grundsätzlich ein Vorteil.

Dass die Länder in die Diskussion zur Bildungsreform, und das ist ja auch ein Teil der Bildungsreform, überhaupt nicht eingebunden gewesen waren, stimmt so einfach nicht. Also der Herr Landeshauptmann war z.B. ein Hauptverhandler in dieser ganzen Sache und er ist natürlich auch ein Vertreter des Landes Salzburg.

Grundsätzlich Verbesserungen ja, darüber können wir gerne reden, und wir stimmen der Dringlichkeit zu, aber ich glaube schon, man soll das eine oder andere auch zurechtgerückt haben. Danke. (Beifall der SPÖ-Abgeordneten)

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Danke. Als Nächster zu Wort gemeldet für die FPS Markus Steiner.

Abg. Steiner BA MA: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Landesregierung! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Ich möchte es kurz und schmerzlos machen. Es ist nach wie vor für uns auch ein Anliegen, lieber Karl Schmidlechner, wie Du das ganz richtig titulierte hast. Ich möchte aber sagen es geht nicht um ein Mehr an Investitionen, sondern um das bis jetzt Gehabte aufrechtzuerhalten und wenn man natürlich hört beispielsweise in der Stadt Salzburg 15/16 Schuljahr 987.000, sprich ca. eine Million weniger, dann ist das natürlich auch wieder ein Bereich, der den Einsparungen unterliegt.

Ich sage eines. Mir ist zehnmal lieber in der Bildung investieren wir als wir sparen ein. Denn eines muss uns schon klar sein. Auch hier in diesem Bereich wird eines ersichtlich, es wird immer mehr ausgelagert, immer mehr auf Gemeinden hin gelagert. Lieber Simon, ich gebe Dir völlig Recht, wenn Du sagst dass die Bürokratie hier überbordend wird und auch immer weiter zunimmt. Genau das ist das, was wir absolut unterbinden sollten, unterbinden müssen und deswegen werden wir auch diesem Antrag zustimmen und ich freue mich auf eine angeregt Diskussion am Nachmittag. (Beifall der FPS-Abgeordneten und der Abgeordneten Jöbstl)

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Danke sehr. Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen mehr. Damit kommen wir zur Abstimmung über die Zuerkennung der Dringlichkeit für diesen Antrag. Wer mit der Zuerkennung der Dringlichkeit einverstanden ist, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe! Keine Gegenstimme. Damit ist auch die Dringlichkeit für diesen Antrag einstimmig zuerkannt.

Im Einlauf befinden sich acht Anträge. Wer mit der Zuweisung an die jeweils zuständigen Ausschüsse einverstanden ist, ersuche ich auch um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe! Keine Gegenstimmen. Damit sind auch diese Anträge zugewiesen.

3.2.3 Antrag der Abg. Scheinast, Mag.^a Dr.ⁱⁿ Humer-Vogl und Mag. Mayer betreffend ausfinanzierte gemeinnützige Mietwohnungen für Wohnbeihilfebezieher und Wohnbeihilfebezieherinnen

(Nr. 78 der Beilagen - Berichterstatter: Abg. Scheinast)

3.2.4 Antrag der Abg. Neuhofer, Schnitzhofer und Ing. Sampl betreffend die Forcierung des Holzbaus bei öffentlichen Gebäuden

(Nr. 79 der Beilagen - Berichterstatterin: Abg. Neuhofer)

3.2.5 Antrag der Abg. HR Dr. Schöchl, Ing. Sampl und Schnitzhofer betreffend das Bundesgesetz vom 5. Juli 1950 über das Maß- und Eichwesen (Maß- und Eichgesetz - MEG), BGBl. I Nr. 72/2017

(Nr. 80 der Beilagen - Berichterstatter: Abg. HR Dr. Schöchl)

3.2.6 Antrag der Abg. Klubobfrau Mag.^a Gutschi, Mag. Mayer und Jöbstl betreffend die Aufstockung des Personalstandes des Bundesamts für Fremdenwesen und Asyl

(Nr. 81 der Beilagen - Berichterstatter: Abg. Mag. Mayer)

3.2.7 Antrag der Abg. Klubvorsitzenden Steidl und Ing. Mag. Meisl betreffend sensible Gesundheitsdaten von Landesbediensteten

(Nr. 82 der Beilagen - Berichterstatter: Klubvorsitzender Abg. Steidl)

3.2.8 Antrag der Zweiten Präsidentin Mosler-Törnström BSc und Klubvorsitzenden Abg. Steidl betreffend ein Bundesmuseum für Fotografie in Salzburg

(Nr. 83 der Beilagen - Berichterstatterin: Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc)

3.2.9 **Antrag** der Abg. Fuchs und Scheinast betreffend Mehrheitsbeschlüsse beim Austausch von Heizwertthermen
(Nr. 84 der Beilagen - Berichterstatter: Abg. Fuchs)

3.2.10 **Antrag** der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Essl, Rothenwänder, Steiner BA MA und Wiedermann betreffend die neue rechtliche Beurteilung der Europarkerweiterung
(Nr. 85 der Beilagen - Berichterstatter: Abg. Wiedermann)

3.3 schriftliche Anfragen

Außerdem sind insgesamt **18 schriftliche Anfragen** eingegangen und dem Petitionsausschuss habe ich direkt eine **Petition betreffend die Absicherung der Gesundheitsversorgung im Pinzgau** zugewiesen.

3.3.1 **Dringliche Anfrage** der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Essl, Rothenwänder, Steiner BA MA und Wiedermann an Landesrat Mayr betreffend Salzburger Wohnbauförderung
(Nr. 39-ANF der Beilagen)

3.3.2 **Anfrage** der Abg. Steiner-Wieser und Klubobmann Naderer an die Landesregierung betreffend Versicherungen des Landes Salzburg
(Nr. 40-ANF der Beilagen)

3.3.3 **Dringliche Anfrage** der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Essl, Rothenwänder, Steiner BA MA und Wiedermann an Landeshauptmann Dr. Haslauer betreffend Übernahme von Teilen des historischen Zentrums von Bad Gastein
(Nr. 41-ANF der Beilagen)

3.3.4 **Dringliche Anfrage** der Abg. Klubvorsitzenden Steidl und Hirschbichler MBA an Landeshauptmann Dr. Haslauer betreffend Salzburger Wachstumsfonds
(Nr. 42-ANF der Beilagen)

3.3.5 **Anfrage** der Abg. Dr.ⁱⁿ Solarz und Riezler-Kainzner an die Landesregierung betreffend Mütter in Krisen
(Nr. 43-ANF der Beilagen)

3.3.6 **Anfrage** der Abg. Fuchs und DIⁱⁿ Lindner an die Landesregierung betreffend den Anteil von biologischen und regionalen Lebensmitteln in Landesküchen
(Nr. 44-ANF der Beilagen)

3.3.7 **Anfrage** der Abg. Fuchs und DIⁱⁿ Lindner an die Landesregierung betreffend die Höhlenforschung im Bundesland Salzburg
(Nr. 45-ANF der Beilagen)

3.3.8 **Anfrage** der Abg. Fuchs und DIⁱⁿ Lindner an die Landesregierung betreffend die Wasserqualität und Wasserversorgung im Bundesland Salzburg
(Nr. 46-ANF der Beilagen)

3.3.9 **Anfrage** der Abg. Fuchs und DIⁱⁿ Lindner an die Landesregierung betreffend die Installation von E-Tankstellen mittels Nutzung bereits vorhandener Infrastruktur
(Nr. 47-ANF der Beilagen)

3.3.10 **Anfrage** der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Essl, Rothenwänder, Steiner BA MA und Wiedermann an die Landesregierung betreffend Disziplinarverfahren gegen Personen in den Bezirkshauptmannschaften
(Nr. 48-ANF der Beilagen)

3.3.11 **Anfrage** der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Essl, Rothenwänder, Steiner BA MA und Wiedermann an die Landesregierung betreffend die Unterbringung von Flüchtlingen und die Auswirkungen des neuen Flüchtlingsunterkünftegesetzes
(Nr. 49-ANF der Beilagen)

3.3.12 **Anfrage** der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Essl, Rothenwänder, Steiner BA MA und Wiedermann an die Landesregierung betreffend Derivate, Wertpapiere und Fremdwährungskredite in landeseigenen Einrichtungen
(Nr. 50-ANF der Beilagen)

3.3.13 **Anfrage** der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Essl und Steiner BA MA an die Landesregierung betreffend die Gegenstände der Regierungssitzungen und der Regierungsumläufe zwischen dem 1. und 31. Oktober 2017
(Nr. 51-ANF der Beilagen)

3.3.14 **Anfrage** der Abg. Klubobmann Naderer und Klubobmann Dr. Schnell an die Landesregierung betreffend den ineffizienten Fischach-Hochwasserschutz in Seekirchen
(Nr. 52-ANF der Beilagen)

3.3.15 **Anfrage** der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Essl, Rothenwänder, Steiner BA MA und Wiedermann an Landeshauptmann-Stellvertreterin Dr.ⁱⁿ Rössler betreffend Chaletdorf in Mühlbach am Hochkönig
(Nr. 53-ANF der Beilagen)

3.3.16 **Anfrage** der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Essl, Rothenwänder, Steiner BA MA und Wiedermann an Landesrat Mayr betreffend die Verbesserung des öffentlichen Verkehrs im Zentralraum Salzburg
(Nr. 54-ANF der Beilagen)

3.3.17 **Anfrage** der Abg. Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf, Klubobfrau Mag.^a Gutschi und Bartel an Landesrätin Mag.^a Berthold MBA betreffend Doppelgleisigkeiten im Bereich der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderung (Nr. 55-ANF der Beilagen)

3.3.18 **Anfrage** der Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf, Klubobfrau Abg. Mag.^a Gutschi und Jöbstl an Landesrätin Mag.^a Berthold MBA betreffend Frauenberatung (Nr. 56-ANF der Beilagen)

Damit haben wir Top drei Einlauf abgeschlossen und ich rufe auf

Punkt 4: Aktuelle Stunde

In der Präsidialkonferenz wurde der Themenvorschlag der FWS „Was fordert der Landtag für das Bundesland Salzburg von der neuen Bundesregierung“ als heutiges Thema festgelegt.

Wir haben daher folgende Vorgehensweise in der Geschäftsführerrunde beschlossen, dass bei den ersten Wortmeldungen jeweils sieben Minuten die Redezeit ist von den einzelnen Fraktionen, da es ja darum geht was der Landtag sich von der neuen Bundesregierung wünscht und kein zuständiges Regierungsmitglied da gegeben ist, sondern wirklich der Landtag das heute hier debattieren möchte. Das heißt die erste Runde aller Fraktionen werden jeweils sieben Minuten Redezeit haben. Ich werde wie gewohnt nach sechs Minuten anläuten, dass man weiß, dass nur mehr eine Minute übrig bleibt. Die zweite Runde wird dann wieder in der Reihenfolge ÖVP - SPÖ - Grüne - FPS und FWS aufgerufen. Redezeit dann wieder fünf Minuten. Wie immer ersuche ich um Einhaltung der Zeitdisziplin, dass wirklich wir zwei Runden für jede Fraktion Redezeit auch durchbekommen.

Ich erteile jetzt für den Themengeber der FWS Helmut Naderer das Wort.

Klubobmann Abg. Naderer: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Geschätzter Herr Landeshauptmann mit Team! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Werte Zuhörer hier am Balkon und an den Bildschirmen!

Warum sind wir auf das Thema gekommen? Ich glaube es ist ein guter aktueller Anlass die neue Regierungsbildung, vermutlich wird es schwarz-türkis-blau, dass wir uns Gedanken machen was wollen wir von der Bundesregierung, was wollen wir für Salzburg einfordern.

Ich war 2005 bis 2007 zwei Jahre in Wien im Infrastrukturministerium als Referent und habe dort miterlebt, wie jeden Tag Intervenienten aus den Bundesländern gekommen sind. Vorwiegend Niederösterreich, Kärnten, die waren die Hauptintervenienten, die haben sich die Sachen im Infrastrukturministerium, wo es relativ viel an Baumaßnahmen zu verteilen gegeben hat, geholt. Aus Salzburg ist leider nie jemand gekommen. Überhaupt die westli-

chen Bundesländer Tirol und Vorarlberg waren da sehr sparsam mit den Interventionen. Deswegen finde ich es richtig, dass wir vielleicht heute darüber reden was wollen wir aus Wien und wie können wir dazu kommen. Vielleicht gibt es auch in der nächsten Regierungsperiode oder Funktionsperiode des Landtages einen Ausschuss, der sich mit Lobbyismus befasst wer wann nach Wien reist, um etwas einzufordern. Das wäre nämlich nicht schlecht. Die großen Gelder werden nicht im Land Salzburg vergeben, die werden in der Bundeshauptstadt Wien vergeben und deswegen ist es wichtig, dort ständig präsent zu sein und diverse Sachen einzufordern.

Ich denke jetzt nur an das Thema Infrastruktur, wie ich schon angeschnitten habe, den Verkehr. Es gibt eine Vielzahl an Sachen, was endlich realisiert gehören. Die HL-Strecke von Attnang-Puchheim bis Salzburg, das geht auf das Jahr 1994 zurück. Das muss man sich einmal vorstellen. 23 Jahre wird da schon hin- und hergeschoben, bis dann 1999 ein unmöglicher Plan vorgelegt worden ist, wo es dann natürlich entsprechende Widerstände und Aufstände gegeben hat, und 2003 dann dieser Plan mit der Hallwanger Tunnelkette, vom damaligen Infrastrukturminister vorgelegt wurde, und seit 2003 ist mit Ausnahme der Trassenfestlegung auf Magenta, glaube ich, nichts mehr geschehen. Ein paar Probebohrungen. Die HL-Strecke ist nicht existent. ...

(Zwischenruf Landesrat Mayr: Schlecht informiert! Herr Naderer, Du bist sehr schlecht informiert! Da bist Du schlecht informiert!)

... Wenn man sich den neuen Rahmenplan anschaut, 2018 bis 2023, Fünfjahresplan der ÖBB, oh Wunder, es steht schon wieder nichts drinnen von der HL-Strecke, obwohl uns das von der Regierung, von einem Mitglied zumindest immer versprochen worden ist, dass das demnächst eh passieren wird. ...

(Zwischenruf Landesrat Mayr: Rufst unten an und erkundigst Dich!)

... Ich bin bestens informiert.

Haltestelle Seekirchen Süd. Seekirchen kriegt zwar das Bezirksgericht, aber die notwendige Haltestelle dazu steht immer noch in den Sternen, auch nichts im Rahmenplan. Das sind immerhin fünf Jahre, bis 2023. 2018 oder 2019 geht das Gericht in Betrieb. Ich bin gespannt, wie da die Leute mit dem öffentlichen Verkehr hinkommen sollen, wenn die das immer propapieren. Wir müssen das einfach einfordern bei der Bundesregierung. Ihr könnt uns nicht ein Gericht in einen großen Ort im Flachgau hinmachen, ohne es mit dem öffentlichen Verkehr entsprechend zu erschließen.

Oder die Stadtrögnalbahñ. Da weiß auch kein Mensch was eigentlich wirklich los ist. In einer große Salzburger Zeitung habe ich gelesen am gleichen Tag, dass er jetzt dafür ist, der neue Kronprinz der Stadt, dass man die Stadtrögnalbahñ nun doch baut und am gleichen Tag steht in der anderen großen Zeitung in Salzburg, dass er nur für die Obusse eintritt. Was da jetzt stimmt oder nicht stimmt, keine Ahnung. Auf jeden Fall wäre es schon

ganz günstig, wenn man da einmal auf einen Konsens kommen würde, dass man sagt das wollen wir und das verfolgen wir jetzt und nicht jeden Tag irgendeine andere Meldung kommt oder in den Medien sogar unterschiedlich an einem Tag berichtet wird.

Auch die Auffahrt Hagenau. Das muss man auch ehestmöglich beim Bund einfordern, bei der ASFINAG und auch beim Verkehrsministerium, die schlussendlich das Ja dazu gibt. Das Verkehrschaos jeden Tag auf der B 156, das hat sich in den letzten fünf Jahren verdoppelt. Das ist nicht besser geworden, wo doch die Regierung angetreten ist, das Verkehrschaos zu entschärfen, sondern das ist noch viel extremer geworden. Ich bin da tagtäglich Augenzeuge und sehe das was sich dort wirklich ereignet.

Zum Thema Sicherheit, glaube ich, haben wir auch einiges einzufordern. Da möchte ich mich aber schon auch beim Herrn Landeshauptmann und auch beim Walter Steidl und seiner Fraktion bedanken, die sich sehr wohl für die Sicherheitsbelange im Land Salzburg einsetzen. Es ist nur leider so, dass wir mit den vorhandenen Ressourcen einfach nicht auskommen. Es wird einfach nicht berücksichtigt, dass es viele Beamtinnen gibt, die einfach karenziert sind, weil sie Kinder haben, was eh gut ist, das kritisiert keiner, aber es gibt keinen Pool, der die auffüllen könnte. Dann, wenn das Geringste ist, ist das System schon wieder gefährdet.

Jetzt war dieser Mord in Stiwoll. Natürlich haben sie die Einsatzeinheiten dann nach längerer Zeit zusammengezogen, weil sie den Mörder nicht gefunden haben. Da haben sie gleich versucht, von meiner Polizeiinspektion z.B. drei Leute abzuziehen. Fünf machen dort Dienst, dann bleiben noch zwei über, dann kannst du nur mehr auf Notfall fahren. Das ist in vielen anderen Belangen auch so. Deswegen ist im Bereich der Polizei sicher großer Handlungsbedarf.

Wir haben in Bergheim ein Flüchtlingsheim, wo zuletzt auch ein Terrorist festgenommen worden ist. Ihr könnt Euch vorstellen, welche Briefe wir, aber auch der Bürgermeister, ich weiß nicht, ob er die weiterleitet an die Landesregierung, bekommen, was für ein Unruhegefühl und wie hoch die Unsicherheit in der Bevölkerung ist, wenn du weißt, dass in unmittelbarer Nachbarschaft ein IS-Terrorist festgenommen wurde, der zuerst sogar wieder ausgelassen worden ist.

Nicht dass die Polizei jetzt mehr Personal will, sondern das kommt aus der Bevölkerung. Das Gleiche kommt ja auch, wie ich schon angeschnitten habe, mit dem Verkehr. Der Verkehr steht jeden Tag und die Leute suchen natürlich dann Umgehungswege, fahren in die Siedlungen hinein und natürlich die dort Wohnhaften sagen wir halten den Verkehr nicht mehr aus. Erstens fahren so viele, zweitens fahren sie viel zu schnell und der Schulweg der Kinder und alles andere ist auch noch gefährdet. Deswegen ist es wichtig, auch in dem Bereich entsprechend aktiv zu werden.

Eine große Sache ist auch der Bürokratieabbau, der zwischen Bund und Land stattfindet mit dem Hin- und Herüberweisen. Wenn man sich das anschaut diese ganzen Buchungszei-

len, wo das Land an den Bund zu überweisen hat, der Bund wieder an das Land überweist und hin und her, da gehört einfach endlich einmal eine Verfassungsreform oder eine Verwaltungsreform gemeinsam gemacht, dass diese Unsinnigkeiten der Bürokratie abgeschafft werden. Dazu ist mir ein guter Spruch untergekommen: „Die Bürokratie ist der größte Feind des Hausverstandes.“ Das kann ich nur unterschreiben, wenn ich an die Wortmeldungen denke, was der Karl Schnell z.B. im Bereich der Medizin uns schon alles erzählt hat oder auch im Land selbstgemachte Dinge wie beim Campingplatzgesetz. Wenn ich die Vorschriften sehe, dass ein Blumentopf per Bescheid zu entfernen ist, usw., da kann ich nur sagen Bürokratie ist wirklich der größte Feind des Hausverstandes. (Beifall des Klubobmannes Abgeordneten Dr. Schnell und der Abgeordneten Steiner-Wieser)

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Danke Kollege Naderer. Als Nächste zu Wort kommt Frau Klubobfrau Daniela Gutschi für die ÖVP. Auch sieben Minuten.

Klubobfrau Abg. Mag.^a Gutschi: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Geschätzte Regierungsglieder! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Geschätzte Zuschauer hier und vor den Bildschirmen!

Ja es ist natürlich sehr verlockend in einer Zeit, wie wir uns jetzt befinden, von Salzburg aus gute Ratschläge und Forderungen nach Wien zu schicken, in einer Zeit, wo die Koalitionsverhandlungen gestartet sind. Ich glaube das ist genau der Stil, den wir eigentlich nicht haben wollen und den auch am 15. Oktober die Menschen hier in diesem Land abgewählt haben.

Wir in Salzburg pflegen ja schon lange den Stil, dass wir konstruktiv zusammenarbeiten, gemeinsam arbeiten und sich gegenseitig erzählen was der andere falsch gemacht hat oder nicht in dem Ausmaß zumindest, dass wir nicht weiter gut zusammenarbeiten können, und das ist auch die Erwartung, die die Menschen jetzt an diese neue Bundesregierung haben. Ich glaube es ist hoch an der Zeit, dass dieser wirklich von mir sehr geschätzte und von uns allen sehr geschätzte Salzburger Stil auch im Bund Einzug hält.

Daher weniger die guten Ratschläge und Forderungen jetzt von meiner Seite, aber natürlich sehr wohl ein Statement zu dem, dass wir uns einbringen wollen und dass wir gewisse Dinge natürlich auch weiterhin so haben wollen, wie es bisher gelaufen ist. Dazu ist gerade die Regionalität, die Subsidiarität für uns in Salzburg ein ganz besonders wichtiges Thema.

Die Stärkung des ländlichen Raumes ist ein so ein Thema. Wir haben in den letzten Jahren sehr oft Zentralisierungstendenzen erleben müssen. Wir haben gesehen, dass gerade im Bereich von Behörden, von verschiedenen Verwaltungseinheiten immer der Zentralraum stark bevorzugt worden ist und der ländliche Raum ist gerade auch in diesem Bereich zusätzlich ausgedünnt worden. Das ist unsere Verantwortung, hier darauf zu pochen und natürlich gerade die Stärkung des ländlichen Raumes entsprechend weiter zu fordern.

Wir sind überzeugt davon, dass wir viele verschiedene Bereiche haben, die wir regional besser gestalten können als wenn sie zentralistisch gestaltet werden. Da möchte ich jetzt einige Beispiele nennen.

Der Gesundheitsbereich zum Beispiel. Gerade im Gesundheitsbereich gibt es ja immer wieder ganz stark die Forderung nach Zentralisierung, es gibt die Forderung, von Wien aus zu steuern und davor möchte ich ganz stark warnen. Es gibt sehr gut gewachsene Systeme, Einheiten in den Regionen, in den Ländern und wir brauchen natürlich die finanzielle Unterstützung von Wien aus der Bundesregierung, aber es geht auch ganz wesentlich darum, die Maßnahmen in den Regionen zu setzen, die vor Ort Sinn machen.

Als Beispiel möchte ich diese Primärversorgungszentren nennen. Die Primärversorgungszentren sind ja in dem neuen PHC-Gesetz entsprechend jetzt verankert und auf den Weg gebracht worden und es hat große Diskussionen gegeben, gerade im Nationalrat, weil man in erster Linie die Wiener Brille aufgehaut hat. Dass gerade diese Primärversorgungszentren für uns in den ländlichen Regionen auch eine Chance darstellen können, das wurde viel zu wenig in die Diskussion einbezogen und daher ist es ganz, ganz wichtig, dass wir gerade in diesem Bereich weiterhin auch die Kompetenz in den Ländern behalten und dass wir entsprechend einer bedarfsgerechten Entwicklung dieser PHC in enger Kooperation mit den Gesundheitsberufen hier auch umsetzbare Modelle erarbeiten und gemeinsam auf den Weg bringen.

Oder aber auch die Entwicklung von patientenorientierten Modellen zur Unterstützung von qualitativ besserer Versorgung an einem Best Point of Service. Das sind so Dinge, die in den Ländern schon sehr weit vorangebracht wurden und wo wir entsprechend auch dranbleiben müssen.

Ich habe die Ehre und Freude, dass ich Mitglied im Verhandlungsteam für Soziales bin bei den Koalitionsverhandlungen, und das ist mir natürlich ein ganz großes Anliegen und hier werde ich mich sehr stark einbringen, weil gerade im Sozialbereich gibt es ja sehr unterschiedliche Systeme in den Ländern und es wäre fatal, wenn man hier einfach der Zentralisierung von gut gewachsenen Strukturen und Systemen entsprechend gefährden würde.

Ich denke hier ganz wesentlich natürlich an eine der größten Herausforderungen der Zukunft, an das Thema Pflege. Wenn wir uns die demographischen Entwicklungen anschauen, dann wissen wir, dass wir hier sehr viel zu bearbeiten haben werden in den nächsten Jahren und da ist es ganz notwendig, dass gerade die pflegenden Angehörigen besonders unterstützt werden, dass teilstationäre Einrichtungen geschaffen werden, dass Beratungsstellen geschaffen werden und dass vor allem auch eine Vereinfachung im Bereich des Zugangs zur Unterstützung passiert und da bin ich einer Meinung mit Helmut Naderer, der Bürokratieabbau muss natürlich weiter vorangetrieben werden ganz klar und wir müssen aufhören, von Seiten der Politik die Leute mit Bürokratismus zu überfordern, sie damit zu ärgern, sondern die Politik muss für die Menschen da sein und ihnen bestmöglich und einfachste mögliche entsprechende Unterstützung geben.

Also das ist ein Punkt, der mir persönlich sehr am Herzen liegt, und auch hier wieder den regionalen Fokus ganz stark im Blick zu behalten. Das gilt auch zum Thema Mindestsicherung, wo ich überzeugt bin, dass im Bereich der Mindestsicherung es absolut notwendig ist, wieder zu einer bundeseinheitlichen Regelung zu kommen. Aber natürlich gerade was den Wohnaufwand, den höchstzulässigen Wohnaufwand anbelangt, ist es ein Unterschied, ob ich in Salzburg lebe oder im Burgenland. Das sind Punkte, die entsprechend auch mit Augenmaß beachtet werden müssen und wo man herangehen muss.

Ein Punkt, der sicher auch für uns ein ganz ein wesentlicher Punkt ist, und Helmut Naderer hat es ja auch schon angerissen, das ist natürlich der Ausbau der Infrastruktur in den Ländern. Da erwarten wir uns schon Unterstützung von Seiten des Bundes, weil gerade beim Ausbau unserer infrastrukturellen Einheiten hier sehr viel zu tun ist. Ich denke an die Stadtreionalbahn. Ich denke aber natürlich auch an das Thema des lawinensicheren Ausbaus des Schienenverkehrs im Bereich des Pass Lueg. Also sehr viele Dinge, die zu tun sind.

Nichtsdestotrotz noch einmal. Der gute Stil, der muss jetzt auch im Bund Einzug halten, der muss gepflegt werden. Die Herausforderungen sind natürlich groß, die Erwartungen sind sehr groß an die neue Bundesregierung und es ist für mich oberste Priorität, dass jetzt sehr rasch auch wieder eine handlungsfähige Bundesregierung angelobt werden kann, die die Dinge anpackt und die notwendigen Schritte zur Weiterentwicklung unseres Landes setzen kann. Danke. (Beifall der ÖVP- und Grünen-Abgeordneten und des Klubobmannes Abgeordneten Naderer)

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Danke. Für die SPÖ am Wort ist Herr Klubvorsitzender Walter Steidl. Bitte, Du hast das Wort.

Klubvorsitzender Abg. Steidl: Geschätzte Frau Präsidentin! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Die Aktuelle Stunde wird immer öfter zur Therapiestunde der ehemaligen Stronachtruppe, haben wir jetzt am Beginn gehört. Aber zum Ernst der Sache.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Was fordert der Salzburger Landtag für Salzburg von der neuen Bundesregierung? Wahrscheinlich ist damit schwarz-blau gemeint und wird ja letztendlich nicht mehr zu verhindern sein. Diese Aktuelle Stunde wird jetzt in Wien niemanden besonders aufregen und wird auch niemand besonders darauf gewartet haben, was wir heute in dieser Aktuellen Stunde diskutieren und wird auch das Leben der 550.000 Salzburgerinnen und Salzburger jetzt auch nicht verbessern.

Ich bin der Meinung, gestützt auf die Wahlprogramme der jetzigen Parteien, die hier versuchen, eine Regierung zu bilden, schwarz-blau, gestützt auf diese Wahlprogramme sei natürlich auch eine Frage gestattet und erlaubt und sie ist sogar notwendig, diese zu stellen. Wen wird diese Regierung mit was überraschen? Wer wird das 14 Milliarden schwere Steuerpaket und Sparpaket bezahlen? Die damit zu erwartende wachsende Ungleichheit,

wer wird hier die Kosten und die Rechnung begleichen? Und für wen wird in diesem Land das Vermögen mehr und wie viele werden letztendlich durch das soziale Netz fallen und rutschen?

Wer wird diese Rechnung letztendlich bezahlen? Das müsste sich auch das Land Salzburg fragen, weil 14 Milliarden Einsparungen natürlich auch das Land Salzburg betreffen werden, weil der Bund, die Länder und die Gemeinden natürlich im Finanzausgleich kommunizierende politische Gefäße sind und wenn der Bund 14 Milliarden Euro sparen will, dann hat das natürlich zwangsweise auch Auswirkungen auf unsere Budgets der 119 Gemeinden und des Landes Salzburg. Also wer wird diese Rechnung letztendlich begleichen? Werden es die Jungen sein, die diese Rechnung zu bezahlen haben werden bei der Kinderbetreuung wie in Oberösterreich, wo die Kinderbetreuung massiv verschlechtert und gekürzt wurde in der Unterstützung? Ist das das Modell des Bundes, wie in der Mindestsicherung vielleicht auch das Modell Oberösterreich das Modell des Bundes werden wird? Wird in den Schulen und Universitäten gekürzt werden? Werden es die Alten sein, die die Rechnung zu bezahlen haben bei den Pensionen oder bei der Mindestsicherung oder wird sogar der Pflegeregress wieder abgeschafft? Oder werden es sogar die Kranken sein in diesem Land in der Gesundheitsversorgung, wenn der ländliche Raum ausgedünnt wird gerade im stationären gesundheitlichen Versorgungsbereich oder werden Selbstbehalte kommen, wie schon einmal unter schwarz-blau. Ich erinnere nur an die Ambulanzgebühr.

Werden es die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sein, die die Rechnung zu bezahlen haben? Wird der seit 1945 hart erarbeitete soziale Frieden der Sozialpartnerschaft und das damit verbundene Herzstück dieser Sozialpartnerschaft der Kollektivvertrag für irgendwelche neu liberale Wirtschafts- und Gesellschaftsmodelle geopfert werden? Werden es die Arbeitnehmer sein, die die Rechnung zu bezahlen haben?

Schwarz-blau haben es in den letzten Tagen über die Medien bei diversen Pressekonferenzen wirklich fest versprochen und sie sind fest entschlossen es wird eine Veränderung geben und wir können uns jetzt alle fragen, so wie ich das für mich gerade gemacht habe und getan habe, was wird diese Veränderung für uns bringen oder nehmen wir eine Anleihe aus der Vergangenheit, weil wir ja eigentlich immer nur aus der Vergangenheit in die Zukunft schließen können und aus der Vergangenheit wissen wir doch, da war doch was von 2000 bis 2006 unter schwarz-blau eins. Diese Herdplatte war verdammt heiß und diese Herdplatte kommt sukzessive wieder in das Erinnerungsvermögen von vielen in dieser Republik und diese Herdplatte brachte für viele in unserem Land große Ungleichheiten.

Nur ein Beispiel der Ungleichheit die Gruppenbesteuerung, die heute noch zu Ungleichheiten führt in der Aufbringung der Steuern. Diese Gruppenbesteuerung führte zu einer Mindereinnahme für den Bundeshaushalt von 500 Mio. Euro, die musste ja jemand begleichen.

Oder Sozialabbau. Bei den Pensionisten, auch ein Beispiel genannt, führte unter schwarz-blau bei der Nettokaufkraft bei den Pensionisten zu einem Verlust in diesen sechs Jahren von 11 %. Warum? Weil die Pensionserhöhungen massiv hinter der Inflationsrate zurückge-

blieben sind und ein drittes Beispiel: Korruption. Diese Republik hat nach 1945 in diesen Jahren von 2000 bis 2006 einen ganz gewaltigen Korruptionsschub erfahren, der mitunter die Justiz in personelle Probleme gebracht hat. Ich will jetzt einmal optimistisch bleiben und hoffe, dass uns ein derartiger Korruptionstsunami wie unter der Ära Schüssel dieses Mal erspart bleiben wird. Ich bin der Meinung, es wird trotzdem für viele in diesem Land sozial kälter werden. Es werden mehr als einige sein, die unter dieser zu erwartenden Politik frösteln werden und es wird die Aufgabe der Opposition sein, sowohl der parlamentarischen als auch der außerparlamentarischen Opposition sein, dafür zu sorgen, dass da viele Menschen dabei nicht erfrieren.

Was fordere ich für Salzburg? Statt einer Veränderung fordere ich eine Verbesserung zum Beispiel beim Wohnbau mit leistbarem Wohnen und mit den bezahlbaren Mieten, wieder eine Zweckbindung der Wohnbaufördermittel, der fast 1,8 Mrd. im Bund bzw. der 112 Mio. hier in Salzburg mit einer jährlichen Indexanpassung und mit einer Zweckbindung dieser Mittel für den sozialen Mietwohnungsbau. Auch bei den Rückflüssen mit einer Zweckbindung und, liebe Kollegin Gutschi, bitte nimm mit, dass endlich die Änderung der Bundesverfassung umgesetzt wird, nämlich dass wir in der Vertragsraumordnung eine Länderkompetenz bekommen – ich komme zum Schluss, Frau Präsidentin – in der Bundesverfassung, damit wir in der Vertragsraumordnung rechtliche Sicherheit haben in der Abschöpfung von Umwidmungsgewinnen. Das ist das, was wir brauchen würden und die Polizei, die 262 Stellen, die sind letztendlich auch zu ersetzen, weil es untragbar ist, dass die Salzburger Polizistinnen und Polizisten 750.000 Überstunden pro Jahr machen.

Abschließend: Paradigmenwechsel wäre auch angesagt und ein Kulturbuch. Die Verhältnisse in der Gesundheitsprävention zu verändern. Das Verhalten alleine bei den Menschen zu verändern, ist nicht der alleinige Ansatz, das muss ergänzt werden, auch die Verhältnisse zu verändern, wenn man gestern den Gesundheitsbericht gehört, gelesen und gesehen hat, hier braucht es einen Ansatz in unseren Schulen. (Beifall der SPÖ-Abgeordneten)

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Danke Herr Klubvorsitzender. Diese eine Minute werde ich der SPÖ dann in der zweiten Runde quasi abziehen. ...

(Zwischenruf Klubvorsitzender Abg. Steidl: Das tragen wir solidarisch!)

... Eben gemeinsam. Bitte Herr Klubobmann Cyriak Schwaighofer für die Grünen.

Klubobmann Abg. Schwaighofer: Vielleicht eine kurze Vorbemerkung. Lieber Walter Steidl, ich kann es sehr gut nachvollziehen, dass Du Dich vor allem in fünf von sechs Minuten darauf konzentriert hast, die seinerzeitige schwarz-blaue Ära zu kritisieren. Wir haben das ja auch immer wieder massiv kritisiert. Ich hätte mir eigentlich noch mehr gewünscht, weil Du die Landeskorespondenz angesprochen hast, was wichtige Dinge wären, die eigentlich Thema der heutigen Aktuellen Stunde sind. Aber sei es drum.

Ich möchte gerne einen Satz zitieren, sozusagen mich selber zitieren aus dieser Landeskorespondenz, weil mir der als Vorbemerkung ganz wichtig ist. Auswendig habe ich ihn nicht lernen können, das schaffe ich nicht mehr und jetzt lese ich ihn vor, weil es mir ein Grundanliegen ist. Wir sind gebeten worden, kurz etwas zu sagen zu dieser Aktuellen Stunde. Mein wichtigster Gedanke war: Der Sozialstaat ist eine Errungenschaft, die wesentlich für die soziale Sicherheit, den sozialen Frieden und für die Stabilität unseres Gemeinwesens in Österreich ist. Ich appelliere daher an die zukünftige Bundesregierung, die sozialen Errungenschaften oder diese sozialen Errungenschaften der vergangenen Jahre und Jahrzehnte, die als Grundfeste unserer Wohlfahrtsnation gelten, unbedingt zu erhalten und wenn nötig auszubauen. Das meine ich ganz, ganz ernst. Da sollte man ganz vorsichtig sein bei Maßnahmen, die die soziale Sicherheit, das soziale Miteinander gefährden.

Grundsätzlich möchte ich unterstreichen, dass ein Wunsch von uns in Salzburg sicher auch sein kann, das hat die Daniela Gutschi schon angesprochen, dass das, was wir als gemeinsamen Stil in der Landesregierung und im Landtag pflegen, dass wir das der Bundesregierung sehr ans Herz legen können als einen unserer Wünsche, weil ich nämlich glaube, dass die Bundesregierung in den letzten Jahren der Politik allgemein und dem Vertrauen in Politik in der Bevölkerung einen denkbar schlechten Dienst erwiesen hat und wir alle darunter leiden, dass Politik derart schlecht beleumundet ist und das hat damit zu tun, wie auf Bundesebene miteinander oder gegeneinander umgegangen worden ist. Das wäre ein erster Punkt und ein erster Wunsch, den ich von Salzburg aus nach Wien schicken würde.

Dann möchte ich noch eine grundsätzliche Bemerkung anführen, die immer wieder bei mir für Verärgerung sorgt, wenn es heißt die Bundesländer oder die Länder verprasen die Gelder des Bundes, also wir verschwenden die Gelder oder es heißt, die Landesfürsten mit ihren Spielwiesen. Da wird immer so getan als würde sozusagen in Wien das Geld geschöpft, die Wertschöpfung passieren, dann an die Länder verteilt und dort wird es dann verprasst. Ich möchte wieder einmal sagen, zum x-ten Mal eigentlich, die Steuern, die dann in geringem Maß zu uns zurückkommen, werden von den Menschen, von den Betrieben, von den Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen in den Gemeinden und in den Ländern erarbeitet und wir liefern den allergrößten Teil nach Wien ab, um dann etwas zurückzubekommen. Also diese Haltung, die könnte sich die Bundesregierung auch abgewöhnen, immer so zu tun, als wären das generöse Daten und Zuwendungen, die man uns da überlässt, sondern hier wird die Wertschöpfung gemacht.

Ich führe nur ein Beispiel an. Wenn wir die Salzburger Festspiele fördern, auch von Seiten des Landes immer wieder und dann die hohe Wertschöpfung bejubeln und dann Untersuchungen kommen welche Wertschöpfung die Salzburger Festspiele erbringen. Der allergrößte Teil dieses Geldes bleibt nicht in Salzburg, sondern geht nach Wien als Lohnsteuer, als Einkommenssteuer, als Umsatzsteuer und dergleichen. Dann kommt vielleicht nur ein Teil zurück. Wir wollen das ja nicht ändern, aber wir wollen nur eine Klarstellung, dass der Wohlstand auch in den Regionen erarbeitet wird.

Zur Steuerpolitik noch eine kurze Anmerkung. Wer gestern und vorgestern ferngesehen hat, der ist irgendwie aus dem Staunen und aus dem Entsetzen nicht herausgekommen, wenn man sich ansieht, wie in Milliarden und zig Milliarden oder Billionen, Billiardenhöhe legale Steuervermeidung bei uns passiert. Da wünsche ich mir auch von der Bundesregierung einen massiven Einsatz (Beifall der SPÖ-Abgeordneten) als Salzburger in Brüssel oder wo auch immer, dass diese Dinge abgestellt werden, weil wir reden hier von Einsparungen und von Menschen, die angeblich in der sozialen Hängematte liegen, aber die Verhältnisse zwischen dem, was der Arbeitslose, der sich vielleicht der Vermittlung ein bisschen entzieht, und dem, was da in diesen Gremien der Firmen oder Konzernen passiert, da sind Welten dazwischen.

Ich habe gestern ein Zitat gelesen, allein mit dem veruntreuten Geld der Paradise Papers könnte man den Welthunger für 60 Jahre stillen. Man muss sich diese Dimensionen vorstellen, wenn es 20 Jahre sind oder wenn es fünf Jahre sind, das ist schon viel zu viel und da erwarte ich mir und wünsche ich mir von der Bundesregierung wirklich einen massiven Einsatz, dass man da gemeinsam entsprechend dagegen vorgeht.

Oder wie gestern im Spiegel Jakob Augstein gesagt hat, und das ist auch bedenkenswert, er sagt das System ist krank, unser gesamtes soziales System und wie damit umgegangen wird und wie es bewertet wird. Die Wut wächst, aber sie hat falsche Ziele. Der Hass der Betroffenen, der zu kurz Gekommenen, der Ärmeren gilt eher dem Kriegs- als dem Steuerflüchtling. Sollten wir kurz darüber nachdenken, wie das so ist.

Jetzt zu einigen Dingen, die ich mir auch wünsche von dieser Bundesregierung. Der Bildungsbereich ist schon angesprochen worden. Ich möchte es noch einmal ganz stark sagen. Kinderbetreuung, Nachmittagsbetreuung ist schon angesprochen worden, wir brauchen hier die nachhaltige Unterstützung des Bundes sonst geht das Ganze nämlich zurück und nicht dorthin, wo wir es brauchen, speziell auch im ländlichen Raum. Wir wissen aus den Untersuchungen, wenn der ländliche Raum in diesen Bereichen nicht gut ausgestattet ist, dann wird hier die Entwicklung nicht so sein, dass wir die Menschen, die Familien am Land halten können, sondern die Frauen, das wissen wir, sind die, die abwandern.

Im Bereich Klimaschutz da brauchen wir mehr Ernsthaftigkeit auf Bundesebene. Es war nur durch den massiven Einsatz der Grünen seinerzeit möglich, dass wir beispielsweise das Energieeffizienzgesetz verlängern haben können. Wir brauchen hier mehr Ernsthaftigkeit, um dieses Pariser Klimaabkommen auch zu erfüllen. Das muss in erster Linie von der Bundesregierung ausgehen. Dazu gehört auch die Unterstützung der Stadtrationalbahn, um den öffentlichen Verkehr auszubauen.

Ich glaube auch, dass wir in der Landwirtschaft ein Umdenken brauchen, ganz ehrlich gesagt. Wir sind hier auf dem Weg zu immer größer, immer industrialisierter, und das ist, glaube ich, aus ökologischer Sicht, aus nachhaltiger Sicht, der falsche Weg.

Eine kurze Anmerkung noch, ich muss meiner Nachfolgerin noch kurz etwas wegnehmen. Ich möchte nur eine Anmerkung loswerden, weil das ärgert mich auch jedes Mal wieder, wenn von dieser Transparenzdatenbank gesprochen wird, dass die Länder endlich einmal einbuchen sollen, damit diese Doppelförderungen aufhören sollen. Was ist denn die Realität, liebe Kolleginnen und Kollegen? Viele Vereine, Kulturvereine, Sozialvereine können nur überleben, wenn sie Doppel- und Dreifachförderungen haben. Wir sind ein klassischer Fall.
...

(Zwischenruf Klubvorsitzender Abg. Steidl: Tauriska zum Beispiel!)

... Wir haben einen Kulturverein im Schloss Goldegg. Wir erhalten Förderung vom Bund, vom Land und von der Gemeinde. Wenn wir das nicht hätten, könnten wir zusperren.

Was heißt dieses Wettern gegen Doppelförderung? Dort, wo sie Sinn ergeben und helfen, Strukturen aufrechtzuerhalten, sollen sie bleiben, glaube ich, das wäre notwendig und richtig. So das wollte ich noch loswerden. Dankeschön. (Beifall der ÖVP-, SPÖ- und Grünen-Abgeordneten)

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Auch bei den Grünen wird der zweiten Rednerin eine Minute abgezogen werden. Herr Klubobmann Karl Schnell, Du hast das Wort.

Klubobmann Abg. Dr. Schnell: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Hohes Haus! Herr Landeshauptmann! Hohe Regierung! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Was wünsche ich mir als Landespolitiker von der neuen Bundesregierung? Nämlich, dass sie wenigstens einen ganz, ganz kleinen Bruchteil von dem, was sie in den Wahlen versprochen haben, einhalten. Was erwarte ich mir? Sehr wenig.

Wir haben angesprochen, Kollegin Gutschi, das Gesundheitswesen. Jeder von Ihnen, jeden kann es morgen treffen, glauben Sie mir das wie schnell das geht, wie schnell ein Leben zunichte geführt werden kann von Einflüssen, die wir nicht in der Hand haben. Dann ist das Schlagwort gegen die Zentralisierung, dann redest Du der Zentralisierung nämlich den sogenannten PHC das Wort. Was ist denn ein PHC-Erstversorgung? Wo entstehen sie? In den Zentren, in den Spitälern. Was glaubt's denn Ihr, wer dann zu Euch nach Hause fährt wenn jemand krank ist und zu Hause liegt, einen alten Menschen? Das PHC? Nein.

Ich wünsche mir von der Regierung, dass sie wieder den Beruf des Hausarztes attraktiv machen, dass ein wunderschöner Beruf von den Menschen wieder ergriffen wird. Ich wünsche mir, dass man den alten Menschen, jenen Österreicherinnen und Österreichern, die nach dem Zweiten Weltkrieg viel mitgemacht haben und nachher das Österreich wieder aufgebaut haben, in Würde altern lässt, weil ich x-mal hier den Antrag gestellt habe, das Schonvermögen zu erhöhen. Ihr habt es alle abgelehnt. Ich wünsche mir, dass die alten Menschen nicht im Stich gelassen werden.

Ich wünsche mir für unsere Betriebe, dass das Versprechen Arbeitszeitflexibilisierung eingeführt wird, dass unsere Betriebe im Tourismus endlich wieder überhaupt ihre Dienstpläne erfüllen können, ihre Betriebe überhaupt eröffnen können.

Lieber Helmut, Du hast gesagt Bürokratieabbau. Was kämpfen wir da schon seit Jahrzehnten. Ganz im Gegenteil. Jedes Monat kommt wieder einer ins Haus, in die Betriebe und schaut nach. Evaluieren, validieren, kontrollieren, liebe Freunde. Das wünsche ich mir. Nur einen kleinen Bruchteil dieser Versprechen, die die jetzigen, wahrscheinlich zukünftigen Bestimmer über das Land Österreich, dass sie das einhalten.

Ich wünsche mir, dass es einfach auch ihnen gelingt, global zu denken und zu wissen, dass Österreich nicht die ganze Welt retten kann. Ich wünsche mir, dass in der Sicherheit etwas gemacht wird, dass nicht eine Bauernfamilie in Seekirchen in der Nacht überfallen wird und hier gepeinigt wird. Das wünsche ich mir. Nicht eine Politik, indem man genau weiß, dass die Sicherheitsprobleme größer werden, die Polizeiwachstuben, wie in den letzten Jahren, man abbaut, schließt und jetzt müssen wir sie wieder aufbauen und haben die Leute nicht dazu. Ich wünsche mir, dass man ein bisschen ein Gespür kriegt auch für die Arbeitsplatzsicherung, dass man erkennt, dass man damit die Arbeitsplätze nicht sichert, indem die, die nicht arbeiten gehen, fast gleich viel verdienen wie die, die arbeiten gehen. Das wünsche ich mir, liebe Freunde, dass unsere Betriebe wieder arbeiten können. Da gäbe es so, so viele Dinge und sie haben es ja versprochen, obwohl ich sehr wohl gemerkt, was die zukünftigen Regierenden versprochen haben.

Die soziale Kälte, weil die Panamapapiere angesprochen wurden, lieber Cyriak Schwaighofer, Du bist in der letzten Periode mit Deiner Fraktion in der Regierung. Ich kann mich erinnern als jemand der deutschen Finanz eine Kasette überreicht hat, wie z.B. auch Geld ins Ausland transferiert wird. Da waren übrigens auch viele Salzburger dabei. Ich habe versucht, ich war auch damals noch in der Partei, die jetzt in der Zukunft regieren sitzen wird, zu erfahren, dass wir diese Leute ausfindig machen. Die Kasette gibt es. Frag nach in der Regierung. Ich kann mir nicht vorstellen, dass die Regierung in Salzburg diese Kasette von der deutschen Finanz nicht zur Verfügung gestellt wird. Im eigenen Bereich, Du lachst, Herr Landeshauptmann, aber die Kasette gibt es. Wer hat sie denn dann bekommen? Wer hat sie gekriegt? Ihr sitzt im Finanzamt, Ihr habt einen Finanzminister, also muss sie ja der haben bitte, das wurde von der deutschen Finanz zur Verfügung gestellt. Dann schaut's einmal nach, wo im eigenen Land die Übeltäter sitzen, die das Geld transferieren irgendwohin in die Schweiz oder sonst wohin. Da müssen wir nachschauen. Panamapapers, das wissen wir eh, Cyriak, wie das passiert. Leider, leider, wie lange haben wir diskutiert hier über Jahre, Jahrzehnte, dass man endlich eine Spekulationssteuer einführt. Nichts ist passiert. Auch in Richtung für mich. Auch Ihr habt's da nichts zusammengebracht, dass man endlich einmal, liebe SPÖ, eine Spekulationssteuer einführt. Nein, man hat die falschen immer wieder besteuert und belastet.

Ich wünsche mir, dass die Menschen, die tagtäglich hart arbeiten und all das finanzieren müssen, und die Schere von jenen, die arbeiten, und die, die nur nehmen, nicht immer

noch größer wird, sodass die, die noch am Zahnfleisch daher rennen und arbeiten und schuften und rackern, damit sie das Geld erwirtschaften, das ist nicht die Politik, das tun die Leute in Österreich, in Salzburg, die arbeiten, dass die das noch alles finanzieren können werden in der nächsten Zeit. Das wünsche ich mir.

Ich wünsche mir auch, dass wir genug Geld zur Verfügung stellen für unsere Zukunft für unsere Kinder, damit sie eine gute Ausbildung genießen. Wenn man jetzt liest, auf welchem Weg China ist und auf welchem Weg wir sind, und der Herr Landeshauptmann hat es ja angeschnitten auch und immer wieder dargestellt, wie viele Schulabgänger wir haben, die also nicht einmal die Ausbildung fertig machen. Wir hören es von den Betrieben, von der Wirtschaft, wie viele junge Menschen es gibt, die nicht einmal das einfachste Grundwissen mitbringen, damit sie ihre Arbeit erledigen können. Das wünsche ich mir, nur einen kleinen Bruchteil. Die Herrschaften, die jetzt dann in der Regierung sind, umzusetzen, nur einen ganz kleinen von dem, was sie uns alles versprochen haben. Erwarten tu ich mir gar nichts. Erwarten tu ich mir nämlich, dass sie genau das tun, was die wollen, die ihnen das große und viele Geld gegeben haben, dass sie einen erfolgreichen Wahlkampf führen. Danke. (Beifall der FPS-Abgeordneten und des Klubobmannes Abgeordneten Naderer)

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Danke. Wir starten jetzt in die zweite Runde. Für die ÖVP Kollege Hans Scharfetter. Fünf Minuten!

Abg. Mag. Scharfetter: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Hohes Haus! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen!

Wie nicht anders zu erwarten, sind die Zugänge etwas unterschiedlich was die Vorstellungen einer neuen Bundesregierung betrifft. Aber ich glaube in einem Punkt sind wir uns alle einig was wir uns wünschen. Vor allem angesichts der Herausforderungen, die unmittelbar bevorstehen, ist es eine stabile, eine handlungsfähige und vor allem eine entscheidungsfreudige Regierung.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben es erlebt die letzten Monate, die letzten Jahre könnte man fast sagen, wenn in der Bundesregierung das gegenseitige Blockieren zur Lieblingsbeschäftigung wird, wenn der Minimalkompromiss zum Maß aller Dinge wird, dann kann man dieses Land nicht gut regieren.

Ich denke wir brauchen eine entscheidungsfreudige Regierung. Meine Vorredner haben einige wichtige Punkte angesprochen. Lieber Walter Steidl, ich habe ein bisschen den Eindruck, dass jetzt von einer vermeintlich neuen Bundesregierung all das gefordert wird, was in den letzten Jahren unter einer sozialdemokratisch geführten Regierung nicht erreicht werden konnte, ...

(Zwischenruf Abg. Hirschbichler MBA: Da ward's Ihr auch dabei, nicht böse sein!)

... nicht erreicht werden konnte. Jetzt aber zu den eigentlichen Punkten, ...

(Zwischenruf Klubvorsitzender Abg. Steidl: Wo ward's Ihr die letzten 30 Jahre?)

... wo wir aus der Sicht der Wirtschaft meinen, dass das ganz zentrale Punkte sind, wie wir Österreich wieder besser positionieren können.

Ich gehöre nicht zu jenen, die den Wirtschaftsstandort Österreich dauernd schlecht reden. Ich glaube auch nicht, dass alles anders gemacht werden muss. Ich glaube nur, dass wir ganz vieles besser machen können. Wir können vieles besser machen und ich möchte mich auf ein paar Dinge beziehen, die die Wirtschaft insgesamt betreffen, die Wirtschaft auch in Salzburg. Wir haben eine an und für sich recht erfreuliche Situation was das Wirtschaftswachstum betrifft und jetzt wird es darum gehen, dass wir diesen Wachstumstrend mit klugen und richtigen Maßnahmen unterstützen.

Meine Damen und Herren, wir haben eine Abgabenquote von 43,1 %. Da sind wir in Europa ganz vorne dabei. Wir haben die Situation, es wurde angesprochen, dass gar nicht so wenige mit kreativen Maßnahmen der Steuerflucht sich ihrer Verpflichtung entziehen und dass die Normalbürger in diesem Land mit einer extrem hohen Abgabenbelastung konfrontiert sind. Wir haben eine Lohnnebenkostenbelastung, die nur in einem europäischen Land höher ist, nämlich in Belgien. Wir reden schon lange über dieses Thema der Lohnnebenkostenbelastung. Ich glaube es ist jetzt die Zeit gekommen und ich denke es gibt auch den Spielraum, wenn ich etwa daran denke, dass wir um 40 % weniger Arbeitsunfälle haben als noch vor zehn Jahren, dass wir hier den Spielraum haben, um auch im Bereich der Lohnnebenkosten etwas zu ändern.

Frau Kollegin Hirschbichler, es war schon das Thema Eures dringlichen Antrages, die Frage wie schaffen wir wieder mehr Beschäftigung. Österreich liegt gut im internationalen Vergleich was die Arbeitslosenrate betrifft, aber wir sind etwas abgerutscht. Wir waren nicht so erfolgreich, wie andere Länder bei der Bekämpfung steigender Arbeitslosigkeit. Wir sind von einem der Spitzenplätze ins Mittelfeld abgerückt. Eines kann ich Ihnen aus Überzeugung sagen, Frau Kollegin, wenn wir die Steuerbelastung zurücknehmen, wenn wir den Unternehmen wieder die Möglichkeit geben zu investieren und vor allem wenn wir flexiblere Arbeitszeiten schaffen, wenn wir Bürokratie zurücknehmen, dann schaffen wir Arbeitsplätze. Arbeitsplätze werden in den Betrieben geschaffen, von Unternehmen, die mit Zuversicht in die Zukunft schauen, und die Rahmenbedingungen vorfinden, wo sie sich sagen es zahlt sich aus zu investieren.

Ich denke, dass etwa eine Begünstigung jener Unternehmenserträge, die investiert werden, auf der Hand liegt, weil damit schaffen wir Investitionen, damit schaffen wir Arbeitsplätze und damit schaffen wir auch wirtschaftliche Dynamik. ...

(Zwischenruf Abg. Hirschbichler MBA: Wenn sie investiert werden und nicht verspekuliert!)

... An der Stelle aus Salzburg natürlich auch ein klarer Wunsch der Rücknahme der Mehrwertsteuererhöhung, ich bin gleich fertig, Frau Präsidentin, im Tourismus. Das war eine Fehlentscheidung, hat in der Branche viel Unmut ausgelöst und wird uns sehr helfen, eine wichtige Branche wettbewerbsfähiger zu gestalten.

Aber ein Punkt ist mir noch ein großes Anliegen, und Frau Präsidentin, ich ersuche, dass ich den noch ausführen darf. Es war schon viel vom sozialen Frieden die Rede, vom sozialen Zusammenhalt. Ja, meine Damen und Herren, das ist ein ganz hoher Wert in unserer Gesellschaft. Diese Solidarität dürfen wir nicht gefährden. Sie ist aber auch gefährdet, und Karl Schnell hat es angesprochen, wenn es Fälle gibt, wo der Bezug von Transferleistungen attraktiver ist, wie das Aufnehmen einer geregelten Arbeit. Auch das gefährdet den sozialen Frieden und den sozialen Zusammenhalt. Das heißt, meine Damen und Herren, wir müssen unsere Sozialsysteme treffsicherer gestalten, ...

(Zwischenruf Abg. Hirschbichler MBA: Und die Löhne erhöhen!)

... wir dürfen nicht nur, Frau Kollegin, an jene denken, die Sozialleistungen beziehen, wir müssen auch an jene denken, die mir ihrer Steuerleistung, mit ihrer Arbeit dieses Sozialsystem finanzieren, dann können wir den sozialen Frieden und die Treffsicherheit aufrechterhalten.

Meine Damen und Herren, liebe Kollegen, den 15. Oktober, das Wahlergebnis kann man aus unterschiedlicher Sicht interpretieren. Aus meiner Sicht ist sehr klar artikuliert worden vom Wähler der Wunsch nach Veränderung. Ich wünsche einer neuen Regierung auch den Mut zu diesen Veränderungen. Vielen Dank. (Beifall der ÖVP-Abgeordneten, des Klubobmannes Abgeordneten Naderer und der Abgeordneten Fürhapter)

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Danke. Für die SPÖ Niki Solarz. Du hast vier Minuten. Ich werde nach drei Minuten läuten.

Abg. Dr.ⁱⁿ Solarz: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Hohes Haus!

Meines Erachtens hat der Walter Steidl die richtige Frage gestellt. Wer wird die Rechnung bezahlen? Wir sind uns, glaube ich, alle einig, dass es zu Einsparungen kommen wird, und zwar zu massiven Einsparungen. In der Regel ist es so, dass nicht die zahlen werden, die genug haben, sondern immer die, die die schwächste Lobby haben, und das sind die MigrantInnen, das sind die, die schlecht ausgebildet sind, das sind die, die in schlechten Arbeitsverhältnissen stehen, das sind die Alleinerziehenden, das sind die Familien. Gerade wenn ich an die Familien denke, da hat Cyriak Schwaighofer einen ganz wichtigen Punkt angesprochen. Wie schaut es aus in Zukunft mit der Kinderbildung und der Kinderbetreuung? Das ist einfach die Ressource, in die wir investieren müssen.

Wenn ich mir jetzt die Zahlen anschau und wenn ich mir die rechtlichen Regelungen dazu anschau. Seit 2008 stellt der Bund viel Geld auf Druck der SPÖ zur Verfügung für den Aus-

bau der Kinderbetreuung. Das sind diese 15a Vereinbarungen, die wir haben. Für Salzburg waren es in den letzten Jahren über sechs Millionen Euro. Da muss ich einmal ein Lob an die Landesrätin Berthold aussprechen, die wirklich in den letzten Jahren das gesamte Geld nach Salzburg geholt hat im Gegensatz zu den Vorgängerinnen der ÖVP, die nämlich das meiste Geld liegenlassen haben. Das hat dem Ausbau der Kinderbetreuung sicher nicht gut getan. Es ist zwar etwas weitergegangen, aber trotzdem noch viel zu langsam und viel zu wenig, weil, wenn ich mir das Barcelona-Ziel anschau, dann fehlen in Salzburg immer noch über 2.300 Plätze für die U3-Betreuung, und das ist sehr viel. Österreichweit sind es über 18.000 Plätze, die fehlen.

Gerade diese 15a Vereinbarung ist ein wichtiges Instrument zum Ausbau der Kinderbetreuung. Die jetzige, die wir haben, läuft dieses Jahr aus. Gut, Ministerin Karmasin hat es geschafft, dass jetzt doch noch eine Verlängerung dieser 15a Vereinbarung zustande kommt, allerdings nur für ein Jahr und es gibt auch keine Verbesserungen. Was heißt das? Das heißt man hat eigentlich keine Planungssicherheit, weil die letzten 15a Vereinbarungen waren doch über mehrere Jahre und man hat null Qualitätsverbesserung. Das ist unbefriedigend auf allen Seiten.

Wenn ich mir jetzt den positiven Effekt der Kinderbetreuung anschau, dann ist es nicht nur die Vereinbarkeit von Beruf und Familie, das ist natürlich ein wichtiger Aspekt, aber es geht um ganz andere Sachen und wir sind uns mittlerweile fast alle einig, dass es bei der Kinderbetreuung ja auch um Kinderbildung geht. Es geht um das soziale Lernen, es geht aber auch, und das ist der zweite wichtige Appell an die Bundesregierung, um die Sprachförderung. Die 15a Vereinbarung, die derzeitige bezüglich Sprachförderung, die läuft nächstes Jahr aus. So und was ist dann? Dann gibt es wieder kein Geld.

Ein weiterer wichtiger Punkt, wir haben das da herinnen auch schon oft diskutiert, das ist das letzte kostenlose Kindergartenjahr. Da läuft die 15a Vereinbarung auch nächstes Jahr aus. Wie geht es dann weiter? Ich denke das ist ein Punkt, der so wichtig ist, und da sollten wir schon in die Richtung gehen, dass das für die Familien besser wird. Der Walter hat es, glaube ich, angesprochen, Oberösterreich hat jetzt wieder Elternbeiträge für den Kindergarten am Nachmittag eingeführt. Ich sage das ist eine Strafzahlung für Mütter, die arbeiten gehen wollen oder müssen. In Wirklichkeit soll es in die Richtung gehen, dass man sagt man stellt das zweite Kindergartenjahr auch kostenfrei und vielleicht kann sich die Landesregierung doch durchringen und das dritte Kindergartenjahr kostenfrei stellen. Die SPÖ hat Finanzierungsvorschläge vorgelegt.

Mein dringender Appell an die ÖVP, vor allem an den Landeshauptmann, bitte nehmen Sie das nach Wien mit, vor allem der Bereich der Kinderbildung, Kinderbetreuung, dass da etwas weitergeht und dass da nicht auf dem Rücken der Ärmsten und derjenigen, die die schwächste Lobby haben, eingespart wird. Danke. (Beifall der SPÖ-Abgeordneten)

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Danke. Für die Grünen Kollegin Kimbie Humer-Vogl. Auch Du hast nur vier Minuten.

Abg. Mag.^a Dr.ⁱⁿ Humer-Vogl: Noch eine unter Druck gesetzte Frau. Werte Frau Präsidentin! Hohes Haus!

Die nächste Regierung ist am Umgang mit den Schwächsten zu messen. Das haben kirchliche Spitzenvertreter dieser Tage in einer gemeinsamen Stellungnahme angekündigt. Ich zitiere daraus. Von der neuen Regierung wird gefordert eine verantwortungsvolle Politik mit Weitblick, die keinen Menschen zurücklässt, Arme und von Armut gefährdete Menschen, Migranten, Migrantinnen, Pflegebedürftige, Menschen mit Behinderungen sind in die Mitte der Gesellschaft zu holen, das Ausspielen von Gruppen gegeneinander ist dem Wahlkampf geschuldet und darf keine Basis für die künftige österreichische Politik sein, heißt es in dieser Stellungnahme. Diesen Forderungen kann ich mich vorbehaltlos anschließen.

Wie aber kann eine solche Politik aussehen, die diesen Forderungen gerecht wird? Nehmen wir das Beispiel Armutsbekämpfung. Ich wünsche mir von der neuen Bundesregierung, dass eine österreichweite einheitliche Mindestsicherungsregel tatsächlich danach ausgerichtet wird, die Armut zu bekämpfen und nicht noch mehr Armut erzeugt. Ich wünsche mir, dass ein besonderer Blick den Familien gilt, denn diese, gerade mit mehreren Kindern, sind armutsgefährdender als wir alle meinen mögen. So wünsche ich mir auch von der neuen Regierung, dass sie keine Maßnahmen setzt, die Familien weiter zu belasten.

Ein kurzer Blick übrigens auf den Zusammenhang zwischen Armut und Gesundheit. Wer in Armut lebt, ist wesentlich kränker und wird kürzer leben. Hier erwarte ich mir auch von der Regierung, dass sie für mehr gesundheitliche Chancengleichheit sorgt.

Es geht natürlich auch um die Integration von MigrantInnen, unabhängig davon welches Schicksal sie in unser Land geführt hat. Ich zitiere Michael Chalupka mit den Worten: Wir brauchen eine Regierung für alle, die in Österreich leben, egal ob mit oder ohne österreichischem Pass. Ich wünsche mir von der neuen Regierung, dass sie der Entstehung von Zweiklassengesellschaften vorbeugt. Zweiklassengesellschaften finden wir übrigens jetzt schon in der Gesundheit vor, die knapper werdenden Ressourcen, Personal, hohe Kosten durch Hightech-Medizin beschleunigen diesen Prozess. Auch hier erwarte ich mir von der Regierung, dass sie versucht, diesem Prozess Einhalt zu gebieten. Wenn wir den Zuzug nach Österreich bekämpfen wollen, dann wird das nicht ohne entwicklungspolitische Maßnahmen gehen und da brauchen wir mehr wie Lippenbekenntnisse, da muss Geld in die Hand genommen werden.

Daniela Gutschi hat es bereits angesprochen. Die Pflege ist eines unserer wesentlichsten Zukunftsthemen. Auch hier wünsche ich mir von der neuen Regierung, dass sie den Fokus auf eine Entlastung der Angehörigen lenkt, denn die Pflege im häuslichen Umfeld kostet uns ein Viertel dessen was sie in Institutionen kostet und da ist es für uns wichtig, jene Rahmenbedingungen vorzufinden, die Angehörige bei der Pflege brauchen. Dazu gehört z.B. eine Valorisierung des Pflegegeldes.

Auch die zwei wesentlichen Zukunftsthemen der Pflege sind anzusprechen: Demenz und palliative Versorgung. Ich wünsche mir, dass Mittel und Gelder fließen, damit die Demenzstrategie auch in den Gemeinden umgesetzt werden kann und ich wünsche mir eine flächendeckende palliative Betreuung von Menschen, denn es soll keine Frage des Geldes sein, wie ich sterbe.

Zum Schluss noch ein Wort zur Inklusion. Ich wünsche mir, dass Menschen mit Behinderungen in die Mitte der Gesellschaft geholt werden können. Wie soll das gehen, wenn wir schon den Weg dorthin mit Hindernissen verstellen? Ich wünsche mir von der neuen Bundesregierung eine Offensive für Barrierefreiheit. Nur dann werden wir es schaffen, auch die UN-Behindertenrechtskonvention tatsächlich umzusetzen.

Eine Bundesregierung, die diese Forderungen umsetzt, wird einem Urteil bezüglich ihres Umgangs mit den Schwächsten gelassen entgegensehen können. Danke. (Beifall der ÖVP-, SPÖ- und Grünen-Abgeordneten)

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Danke Frau Kollegin. Als Nächster zu Wort kommt noch einmal Klubobmann Karl Schnell für die FPS. Fünf Minuten!

Klubobmann Abg. Dr. Schnell: Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Ich bleibe bei den Versprechen derjenigen Personen in der Politik, die jetzt die neue Bundesregierung stellen werden. Schlagwort Glyphosat. Jeder hat bekundet, wie sehr sie dagegen sein werden und in Europa dagegen stimmen. So wird die Bevölkerung angelogen. Schauen wir uns doch bitte das Verhalten der Herren Politiker im europäischen Parlament wirklich an, wo man sich jetzt sogar aufregt, dass das alles nicht stimmt, was gewisse Personen gesagt haben, aber was die FPÖ da für eine Rolle gespielt hat, braucht sich nur ein jeder im Internet anschauen, ist nachzulesen.

Bleiben wir bei dem Versprechen Salzburg als Tourismusland, die Mehrwertsteuer hier bei den Tourismusbetrieben zu senken auf 10 % hat man gesagt. Ich bin neugierig, ob das passieren wird. Es gehört gesenkt auf eine Mehrwertsteuer, wie wir es in den Nachbarländern haben, damit wir konkurrenzfähig bleiben können, liebe Freunde. Auch da bin ich neugierig, ob man das einhalten wird.

Unsere Umwelt und unsere Natur für unsere zukünftigen Generationen zu erhalten, man hat schon im Schlagwort Glyphosat gesehen, wie sehr man hier gelogen hat und ich bin neugierig, ob man einen Weg der Besserung hier einschreiten wird.

Letztendlich wird es sehr schwierig sein, diese Versprechen zu halten, weil sie Geld kosten. Wenn man zusammenzählt was die Versprechen ausmachen und auf der anderen Seite gespart werden soll, dann kann ich mir nicht vorstellen, dass das funktionieren wird.

Kollegin Gutschi, noch einmal, auch auf das Gesundheitswesen zurückzukommen. Schaut's Euch doch bitte einmal die Entwicklung an, nämlich Eindämmung der Bürokratie und Versorgung der Menschen in den Spitälern. Wir haben keine Ärzte mehr, wir haben ein Pflegepersonalproblem in der Pflege, aber wir bekommen einen Bettenmanager, eine OP-Manager, einen Designer, einen Controller, einen Kommunikator und glaubt's Ihr die kosten nichts. Die Entwicklung die finanziellen, die Abgänge werden immer höher. Es wird also nicht eingespart, sondern es wird noch mehr Geld verwendet, aber nicht im Gesundheitsbereich, sondern dort, wo es um die Bürokratie und die Verwaltung geht. Das ist der falsche Weg und das wünsche ich mir, dass die Regierenden es erkennen werden und einen anderen Weg einschlagen.

Helmut Naderer hat es angesprochen, der Hausverstand. Helmut, ich fürchte nicht, dass sie den über Nacht bekommen werden. Wenn man z.B. mit Wirten, lieber Hans, in Südtirol, sprich Landesgebiet Italien, redet, wie man dort von den Banken versucht, den Wirten sogar Geld aufzudrängen, damit sie modernisieren, ausbauen können, dann wünsche ich mir fast, wir könnten den Betrieb nach Italien verlegen, wie dort auch, da gibt es keine Bürokratie insofern, dass wenn man einen Lift baut einen Wartungsvertrag hat, weil sonst kriegt man gar keinen, wenn er kaputt ist, dort hat man keine derartigen Verträge. Wenn dort etwas kaputt ist, dann hole ich den Handwerker, den ich brauche, der mir das wieder richtet. Das muss man sich anschauen, welche Unterschiede da in Wirklichkeit vorhanden sind. Dieser Abbau der Bürokratie, der Landesrat Mayr ist gerade nicht da, hat man einen kleinen, kleinen Anlauf in Salzburg macht. Da brauchen wir eigentlich gar keine Wünsche nach Wien richten, da müssten wir im eigenen Land einmal anfangen, das wäre ganz, ganz einfach, dass man nicht die Menschen zwingt, bürokratische Unsinnigkeiten umzusetzen und damit den Betrieb zu gefährden.

Ich wünsche mir aber auch wirklich, dass die Einsicht einkehrt, dass ein Alleinverdiener, um eine Familie zu erhalten, gewisse Dinge im Leben erledigen muss, die er mit seinem Verdienst gar nicht mehr erledigen kann. Das heißt, dass das Einkommen wirklich zum Auskommen nicht mehr reicht. Ich wünsche mir da auch, dass es Einkommen gegen muss, dass sich eine Familie noch aussuchen kann, ob ich für meine Kinder zu Hause bleibe oder nicht oder ob ich sie zur Betreuung in Kindergärten, in Krabbelstuben oder in Schulen schicke ganztägig. Auch das wünsche ich mir für die Familien. Leider, leider wie gesagt bin ich nicht unbedingt guter Hoffnung, dass das eintreten wird, denn dazu bin ich zu lange in der Politik, dass die Versprechen meistens nicht gehalten werden. Danke. (Beifall der FPS-Abgeordneten)

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Danke. Der Letztredner ist Helmut Naderer für FWS Salzburg. Du hast exakt noch vier Minuten, fünf exakt.

Klubobmann Abg. Naderer: Danke, Frau Präsidentin, für die Worterteilung.

Ich möchte die zweite Wortmeldung beginnen erstens einmal, dass das keine konstatierte Aktion von mir war, dass heute die Regierungsmitglieder nicht zum Gespräch kommen,

denn ich habe ursprünglich das so formuliert gehabt „was will die Regierung von Wien“ und dass der Landeshauptmann dazu Stellung nimmt. Es ist dann in der Präsidiäle allerdings auf Betreiben einiger dazu gekommen, dass das umformuliert worden ist. Also ich hätte mir ganz gerne auch die Stellungnahme des Landeshauptmannes dazu angehört, aber es ist auch so ganz gut.

Das Zweite möchte ich mit einer Frage, der Walter Steidl hat gesagt was wird sich für die 555.000 Salzburger verbessern durch die heutige Aktuelle Stunde. Eine Gegenfrage, Walter: Was hat sich für die Salzburger verbessert durch die Aktuelle Stunde der SPÖ am 30. Oktober 2013 „Gesundheitsversorgung am Prüfstand“, am 5. Februar 2014 „Polizeiinspektionen Schließungen“, am 1. Oktober 2015 „Sparkurs zulasten der Regionen“, am 3. Juni 2015 „Hilfe für Menschen auf der Flucht“ und 16. April „Fehlende Rezepte für die Gesundheitspolitik“ und dann noch zweimal Verkehrspolitik. ...

(Zwischenruf Klubvorsitzender Abg. Steidl: Ich sage Dir das unter vier Augen bei einem Kaffee!)

... Es hat sich in der Verkehrspolitik, die Ihr dreimal gehabt habt's, nichts verbessert. In der Gesundheitspolitik hier auch nach wie vor große Probleme ...

(Zwischenruf Klubvorsitzender Abg. Steidl: Einiges verbessert!)

... und die Polizeiinspektionen sind auch geschlossen worden. ...

(Zwischenruf Klubvorsitzender Abg. Steidl: Die Anträge sind aufgegriffen worden!)

... Die Verbesserungen durch die Aktuelle Stunde der SPÖ kann ich nicht nachvollziehen, wenn wir schon auf das eingehen wollen und vielleicht auch an die Daniela Gutschi, die gesagt hat, einen neuen Stil. Man kann auch mit Stil etwas einfordern und darauf aufmerksam machen höflich, dass man das gerne hätte. Das hat nichts mit dem zu tun, dass man dann einen schlechten Stil pflegen muss. Ich glaube das kann man so ganz kooperativ und kameradschaftlich machen, insbesondere wenn man einer Partei angehört, die dann offenbar auch in der Regierung sitzen wird, dann hat man vermutlich den leichteren Zugang als wie ein Oppositionspolitiker.

Zum Cyriak, der gesagt hat, dass viel Geld auch in der Region erwirtschaftet wird was dann nach Wien gezahlt wird, das stimmt schon. Ich darf Euch die Statistiken in Erinnerung rufen. Von € 10.000,--, was wir pro Person und Jahr Steuerleistung in Salzburg haben, kriegen wir nur € 2.600,-- zurück. Das heißt knapp Dreiviertel bleibt in Wien, versiegt in den Wiener Kanälen, in der U-Bahn oder sonst irgendwo und unsere großen Vorhaben sind dadurch einfach nicht finanzierbar. Ich glaube, der gesamte Steuerkuchen Salzburgs pro Jahr ist ungefähr fünf Milliarden in Euro ausgedrückt, wenn wir da nur eine Milliarde zurückbekommen, ist das relativ wenig, weil wenn wir die Hälfte zurückerhielten, könnten

wir viele Verkehrsprobleme und viele andere Probleme, sei es jetzt bei der Gesundheitspolitik im eigenen lösen mit eigenem Geld, aber leider versickert das in den Wiener Kanälen.

Was mir auch ganz wichtig ist, ich bin in der ersten Wortmeldung nicht dazugekommen, ist dieser Zentralismus, der einfach ausgeübt worden ist. In Zeiten wie diesen, Stichwort Home-Office, ist alles von jedem auf der Welt mit Internet zu machen. Was spricht dagegen, das Landwirtschaftsministerium vielleicht in den Lungau oder nach Oberösterreich oder irgendwo dezentral zu verlegen. Das wäre eine wichtige Aufwertung der Region. Es würde Arbeitsplätze schaffen und würde auch dazu beitragen, dass die Region bekannter wird und vielleicht auch im Tourismus dann mehr Erfolge hat.

Ich bin gespannt, da habe ich leider auch die Zweifel, wie sie der Karl Schnell hat, dass sie das wirklich umsetzen werden. Die beiden Parteien haben gesagt sie wollen die Kammern reformieren. Da bin ich gespannt. Da bin ich wirklich gespannt, weil was da für ein Widerstand daherkommt. Die Kammern, egal welche, wird jede einzelne bemüht sein, ihre Pfründe abzusichern, ihre Funktionen, und sind es nur ganz kleine, wo es ein Entschädigungsgeld gibt für die Sitzung von 40 Euro oder irgendetwas ...

(Zwischenruf Abg. Hirschbichler MBA: Das ist unerhört, unerhört ist das!)

(Zwischenruf Klubobmann Abg. Dr. Schnell: Papier werden sie austauschen!)

... Ich glaube kaum, dass wir da ein Ergebnis kriegen. Wenn wir eines kriegen, ist es gut. Also die Schweiz hat keine Zwangsmitgliedschaften bei den Kammern, funktioniert gut, haben eine hervorragende Wirtschaft, haben wenig Arbeitslose, haben keine Streiks. Warum müssen wir Zwangsmitgliedschaften haben? Zwang ist für mich immer, das klingt nach Diktatur, ich muss. Das ist überhaupt nicht mehr zeitgemäß für ein drittes Jahrtausend. ...

(Zwischenruf Klubvorsitzender Abg. Steidl: Staatsbürgerpflicht!)

... Die Transparenzdatenbank, was auch der Cyriak Schwaighofer angesprochen hat, das finde ich total in Ordnung, dass die befüllt wird. Warum soll nicht drinnen stehen, wenn es sachlich zu rechtfertigen ist, dass man zwei-, dreimal die Förderung braucht, um als Kulturinitiative überleben zu können, ist das ok, aber warum befüllt man sie nicht. Das ist gegen das Gesetz. Da wurde ein Gesetz gebrochen. Wird einfach nicht gemacht, wird boykottiert. Deswegen glaube ich, dass das schon dazu beitragen würde, ein bisschen eine Transparenz zu schaffen. Einen Satz noch? ...

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf (unterbricht): Ende.

Klubobmann Abg. Naderer (setzt fort): Ende. Ok. Ich beuge mich der Härte der Präsidentin.

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Danke, denn wir haben eine Aktuelle Stunde mit Regeln, die wir uns selber gegeben haben, und ich glaube auch da sollten wir zeigen, dass wir uns auch an die Regeln halten. Danke. Damit haben wir die Aktuelle Stunde abgeschlossen und wir kommen zum nächsten Tagesordnungspunkt.

Punkt 5: Mündliche Anfragen (Fragestunde)

Eingebracht wurden insgesamt sechs mündliche Anfragen und ich darf daran erinnern, dass nach der Fragestellung immer das befragte Landesregierungsmitglied fünf Minuten Zeit hat, eine Antwort zu geben, dann noch Zusatzfragen und eine Zusammenfassung von maximal zwei Minuten durch den Fragesteller quasi vorgegeben ist.

5.1 Mündliche Anfrage des Abg. Klubobmann Dr. Schnell an Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl betreffend Dienstzeitregelung für Ärzte

Bitte, Herr Klubobmann Schnell, Du bist am Wort.

Klubobmann Abg. Dr. Schnell: Herr Landeshauptmann-Stellvertreter!

Bis zum Jahr 2020 werden in Salzburgs Spitälern rund 100 Ärzte fehlen, wenn die vorgeschriebene Dienstzeit von 48 Stunden pro Woche eingehalten wird. In Dänemark gelten bereits jetzt die 48-Stunden-Dienste. Das Ergebnis: Jede dritte Klinik wurde geschlossen. Ich habe bereits seit Jahren auf diese Problematik immer wieder hingewiesen. Laut Zeitungsberichten helfen sich die Spitäler mit Betriebsvereinbarungen mit den Ärzten, um den Betrieb aufrechtzuerhalten.

Du kannst Dich erinnern, vor Jahren habe ich schon immer darauf hingewiesen, wenn diese Arbeitszeitregelung der EU kommt, dann werden wir unsere Spitäler nicht mehr in der Form aufrechterhalten können.

Ich stelle deshalb an Dich gemäß § 78 a die folgende mündliche Anfrage. Wie sehen die Betriebsvereinbarungen mit der Ärzteschaft in den Spitälern in Salzburg aus? 1.1 Wie viele Ärzte haben sich bereit erklärt, mehr Wochenarbeitsstunden zu leisten? 1.2 Welche weiteren Maßnahmen werden getroffen, um den Dienst in den Spitälern aufrechterhalten zu können?

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Danke. Herr Landeshauptmann-Stellvertreter!

Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl: Herr Klubobmann, danke für die Anfrage. Es ist richtig, seit der Novelle aus dem Jahr 2003 bzw. die EU-Richtlinie des Arbeitszeitgesetzes weiß man, dass die 48-Stunden-Woche kommt. Man hat zehn Jahre Übergangszeit und Übergangsfrist gehabt. Es sind viele Dinge, ich könnte da jetzt stundenlang reden. Dänemark hat tatsächlich so reagiert, dass die gesamte Spitallandschaft umstrukturiert wurde

und die kleinen Spitäler geschlossen wurden. Wir gehen in Salzburg bekanntlich einen anderen Weg. Es gibt mehrere Beschlüsse des Landtages, dass die Spitäler aufrechterhalten werden müssen. Wir haben nur die Rahmenbedingungen in den letzten mittlerweile schon mehr als zehn Jahren, sondern 14 Jahren, seit 2003, die Rahmenbedingungen eher noch verschärft als richtigerweise, wie Du sagst, auf die neue Regelung zu reagieren.

Im Jahr 2006 wurden leider die Zugangsbeschränkungen z.B. zum Medizinstudium gemacht und seither werden nur mehr in Österreich rund 800 Studentinnen und Studenten fertig in Medizin, früher waren es bis zu 1.400.

Viele andere Dinge, die noch, wir haben es eh schon oft diskutiert, die gesetzlichen Vorgaben, die es den Spitälern, vor allem den kleinen Spitälern schwer machen, diese vorgegebene 48-Stunden-Woche auch umzusetzen. Ich habe immer wieder darauf hingewiesen, aber leider sind bundesgesetzliche Maßnahmen noch notwendig, und das ist mein Wunsch an die Regierung, die neue Regierung, dass da endlich die Gesundheitsreferenten der Länder gehört werden und entsprechend reagiert wird.

Was die Betriebsvereinbarungen jetzt angeht, ich habe in den letzten zwei Tagen alle Spitäler kontaktiert, weil ich habe sie nicht alle im Kopf. Die Betriebsvereinbarungen sind in den einzelnen Spitälern sehr unterschiedlich. Das reicht davon, dass es einerseits befristete gibt, andererseits unbefristete gibt. Dann gibt es Betriebsvereinbarungen, die für das gesamte Spital teilweise gelten, andere wieder nur, die für einzelne Abteilungen, Schwarzach hat eine sehr differenzierte Betriebsvereinbarung, die Betriebsvereinbarung des Unfallkrankenhauses ist etwas ganz Kompliziertes, das ist 48 Seiten lang. Ich kann das natürlich gerne, wir haben das eingefordert, und ich kann es schriftlich gerne weiterleiten, aber zusammengefasst sozusagen alle diese Betriebsvereinbarungen eben wie gesagt sehr verschieden aufgebaut.

Wenn ich die SALK herausnehme, dann haben wir die Betriebsvereinbarung so gestaltet, wie es zur Zeit das Ärztarbeitszeitgesetz vorsieht, dass bis Ende dieses Jahres bis zu 60 Stunden gearbeitet werden darf, ab 1. Jänner 2018 nur mehr 55 Stunden und noch ist vorgesehen, dass mit 1. Juli 2021 eben dann die 48-Stunden-Woche umgesetzt werden muss. Wir haben im Zuge der Verhandlungen zum Pflegepaket, zu einem neuen Pflegepaket haben wir auch vereinbart, dass diese Betriebsvereinbarungen bis 2021 auch unterschrieben werden, das heißt, das wird nicht jedes Jahr wieder erneuert, sondern diese Betriebsvereinbarungen gelten jetzt bis 2021.

Die zweite Frage wie viele Ärztinnen und Ärzte die Opt-out-Regelung unterschrieben haben, ist auch unterschiedlich in den Spitälern. In der SALK haben von den 1.030 Ärztinnen und Ärzten aktuell 459, also 45 % die Option gewählt. Im Tauernklinikum sind 76 von den 138 Ärztinnen und Ärzten in der Opt-out-Regelung. Im Krankenhaus Schwarzach haben 153 Ärztinnen und Ärzte eine Opt-out-Regelung unterschrieben. Dort ist es aber so, dass 76 Ärztinnen und Ärzte nicht mehr als 48 Stunden arbeiten, also das heißt, da hätte man noch Luft nach oben, wenn es notwendig wäre, um den Dienst aufrechtzuerhalten.

Im Krankenhaus Oberndorf von den 40 Ärztinnen und Ärzten haben 28 die Opt-out-Regelung unterschrieben und im Unfallkrankenhaus hat immer schon seit 2003 diese 48-Stunden, ich weiß nicht genau ob seit 2003, aber da ist die Betriebsvereinbarung so gestaltet, dass sowieso nur 48 Stunden erlaubt wird, zu arbeiten. Bei den Barmherzigen Brüdern haben von den 104 Ärztinnen und Ärzten 28 die Opt-out-Regelung unterschrieben.

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Danke für die Beantwortung. Bitte!

Klubobmann Abg. Dr. Schnell: Zusammenfassung. Die Beantwortung, Herr Landeshauptmann-Stellvertreter, gibt mir zumindestens Recht, dass ich mit meinen Warnungen, und wenn ich es noch so oft bis zum Erbrechen hier im Landtag auch immer wieder gesagt habe, Recht behalten habe. Ich wünsche mir für die Zukunft einfach zwei Dinge, sage ich einmal ganz offen, dass man die Leute, die etwas verstehen davon und die mit der Sache immer zu tun haben, auch ernst nimmt und nicht sagt jetzt kann ich es nicht mehr hören, jetzt geh ich hinaus, weil die Probleme haben wir jetzt. Das bestätigt das, was ich immer gesagt habe.

Einen Wunsch, dass man nicht alles von der EU und auch von Wien übernimmt ohne nachzudenken, weil die haben nicht die besseren Politiker in Brüssel und auch nicht in Wien, wie wir da in Salzburg. Ich glaube, dass wir selbst genau wissen was wir brauchen und man muss nicht alles immer ungeprüft übernehmen. Die Bitte habe ich einfach und ich glaube, dass wir auch ein großes Problem haben, wenn immer dieses Schlagwort und Wunderwort PHC mit den Primärversorgungen. Wenn ich höre, dass da ungefähr sieben Ärzte arbeiten müssen, um einen Dienst von 7:00 Uhr früh bis 7:00 Uhr abends zu tätigen. Wo nehmen wir denn die Ärzte her? Wenn wir in den Spitälern schon die Probleme haben bitte, weil die Arbeitsdienstzeitregelung nicht mehr einführen, draußen in der Peripherie, dass wir die Nachfolge der Hausärzte nicht mehr gegeben sind. Ja, wo sollen wir dann die PHC-Ärzte hernehmen? Hat das schon einer überlegt und da bitte ich einfach, nicht angewidert wegzuhören, wenn Fachleute etwas sagen, sondern vielleicht doch zu überlegen, vielleicht hat auch einmal die Opposition Recht und wie gesagt nicht alles ungeprüft aus der Europäischen Union zu übernehmen. Die haben uns viele, viele Sorgen in letzter Zeit bereitet nicht nur im Gesundheitswesen. Danke.

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Dann kommen wir zur nächsten

5.2 Mündliche Anfrage der Abg. Steiner-Wieser an Landesrat Mayr bezüglich der Vergabe der Wohnbauförderung

Bitte, Frau Kollegin, Du hast das Wort.

Abg. Steiner-Wieser: Danke Frau Präsidentin. Sehr geehrter Herr Landesrat!

Anfang 2017 wurde die Antragstellung in der Wohnbauförderung auf eine Online-

Antragstellung umgestellt. Auf der Homepage des Landes Salzburg wird beschrieben, wie diese funktioniert. Jedoch sind Theorie und Praxis weit voneinander entfernt, wie das Beispiel einer Salzburger Familie zeigt, die bereits vier Mal zu den jeweiligen quartalsmäßigen Terminen, pünktlich um 9:00 Uhr, die Förderung beantragte, jedoch per computergenerierter automatischer Antwort umgehend die Ablehnung des Wohnbauantrages erhielt, da die Planzahlen bereits vergeben waren. Es entsteht dadurch der Eindruck, dass es sich bei der Vergabe der Wohnbauförderung mehr um eine Lotterie handelt als um ein faires Fördersystem.

Ich stelle daher gemäß § 78 a an Sie folgende mündliche Anfrage. Wie können Sie garantieren, dass die Wohnbauförderung nach sozialen Gesichtspunkten vergeben wird und jeder eine faire und gleiche Chance hat, in den Genuss dieser zu kommen?

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Danke Frau Kollegin. Bitte Herr Landesrat, fünf Minuten.

Landesrat Mayr: Danke Frau Abgeordnete. Grundsätzlich möchte ich festhalten, dass die Antragstellung mit Ausnahme der Wohnbeihilfe bereits seit Jahren über den Online-Assistenten der Wohnbauförderung erfolgt. Aufgrund der Erfahrungen der letzten Jahre und der politisch festgesetzten Planzahlen wurden mit Beginn des Jahres 2017 Kontingente für die einzelnen Quartale eingerichtet. Mit der Einführung dieser Vorgangsweise wurde auch festgelegt, dass alle notwendigen Unterlagen, mit Ausnahme des behördlich bewilligten Bauplanes, hochgeladen werden müssen. Dadurch hat sich natürlich die Qualität der Anträge massiv verbessert und hat zur Konsequenz, zur positiven Konsequenz, dass Förderverträge im Unterschied zu früher sehr rasch ausgestellt werden können.

Für das Jahr 2017, das möchte ich auch festhalten, werden alle Planzahlen, nämlich 200 Förderfälle in der Errichtung und 400 Förderfälle im Kauf nahezu mit einer Punktlandung erreicht werden. Bei der ursprünglichen Planung der neuen Wohnbauförderung hat sich die Regierung nach den Zahlen des alten Systems orientiert. Da waren ähnliche Planzahlen vorhanden, nur die sind bei weitem nicht erreicht worden. Da stellt sich natürlich jetzt die Frage, welches System ein sinnvolleres ist. Eines, das niemanden mehr interessiert und nicht in Anspruch genommen wird, oder eines, das die Menschen gerne annehmen, das interessant ist und das bei der Errichtung ihrer Häuser oder beim Kauf der Wohnungen hilft.

Die Salzburger Landesregierung hat sich entschlossen, einen Budgetansatz in der Höhe von 28,5 Mio. Euro für die Errichtung von Häusern und für den Kauf von Wohnungen jährlich zur Verfügung zu stellen. Für die Antragstellung gelten für alle dieselben Kriterien. Es ist aber auch wie bei anderen Förderungen, dass irgendwann natürlich die budgetäre Summe erschöpft ist. Die in der Fragestellung angesprochenen sozialen Gesichtspunkte, die sind natürlich mit den Kriterien der Wohnbauförderung berücksichtigt. Das sind Einkommenskriterien und das sind Kriterien der Familiengröße und es wurde jetzt im vierten Quartal 2017 eine ganz spezielle Sparte geöffnet, nämlich für kinderreiche Familien. Die haben sicher-

lich das Problem gehabt, dass sie in der Antragstellung länger brauchen, weil einfach mehr Unterlagen vorhanden sind.

Bei den im Jahr 2017 zugesicherten Förderfällen, und das ist glaube ich ganz wichtig, liegt der Anteil der Zusicherung für wachsende Familien bei über 70 %. Das ist auch einmal ein Hinweis wer gefördert wird. Also 70 % der Annehmer dieser Förderung sind wachsende Familien. Darüber hinaus darf auch gerade im Hinblick auf soziale Treffsicherheit noch ein Aspekt angebracht werden. Der passt jetzt zwar nicht direkt zum Thema Eigentum, aber zum Thema soziale Treffsicherheit, nämlich die Wohnbeihilfe hat im Jahr 2013 noch 11,8 Mio. Euro betragen, beträgt im Jahr 2016 21,2 Mio. und wird im Jahr 2017 voraussichtlich 24,5 Mio. Euro erreichen. Also das erlaube ich mir zu behaupten, dass sehr, sehr viel für Soziales im Bereich der neuen Wohnbauförderung hier getan wird. Danke.

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Danke für die Beantwortung, Herr Landesrat. Frau Abgeordnete!

Abg. Steiner-Wieser: Danke, Herr Landesrat. Aus Ihrer Anfragebeantwortung ergeben sich für mich zwei Zusatzfragen. Viertes Quartal haben Sie angesprochen. Wie viele Förderansuchen gab es jetzt im vierten Quartal, wie viele wurden davon genehmigt bzw. abgelehnt. Zweite Zusatzfrage: Was passiert mit den freigewordenen Budgetmitteln, also von den abgelehnten Förderfällen? Werden die heuer noch an andere Familien ausgeschöpft?

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Herr Landesrat, bitte um Beantwortung der Zusatzfragen.

Landesrat Mayr: Danke. Prinzipiell ist für das vierte Quartal kein Kontingent mehr vorgesehen gewesen. Die Aufteilung jetzt z.B. in der Errichtung von Häusern war so: 100 Fälle im ersten Quartal, 50 im zweiten und 50 im dritten. Aufgrund dessen, dass es aus den ersten drei Quartalen insgesamt 18 Ablehnungen gegeben hat, haben wir den Förderassistenten genau für diese 18 Fälle noch einmal geöffnet. Die waren natürlich sehr, sehr schnell verbraucht und meines Wissens sind diese 18 Fälle auch alle bewilligt worden. Es würde auch keinen Sinn machen, wenn jetzt z.B. ein oder zwei Fälle nicht bewilligt werden könnten, noch einmal für ein oder zwei Fälle den Förderassistenten aufzumachen. Den würden wir dann mit 2. Jänner 2018 praktisch dazufügen. Also ich habe es zuerst schon gesagt. Wir werden eine Punktlandung schaffen.

Viel entspannter war die Situation bei der Kaufförderung. Hier haben wir immer eigentlich ein und mehr Monate pro Quartal diese Kaufförderung anbieten können. Das hat sich wesentlich langsamer entwickelt. Der große Run war schon auf die Errichtungsförderung, was ich eher als überraschend betrachtet habe, weil ich nicht geglaubt habe, dass doch so viele Menschen das Interesse haben, ein eigenes Haus zu bauen. Ich hätte eher geglaubt, dass wir mehr in der Kaufförderung hier in Bedrängnis kommen.

Abg. Steiner-Wieser: Die Zusatzfrage ist noch nicht beantwortet worden. Wie viel wurden jetzt im vierten Quartal abgelehnt und werden die frei gewordenen Mittel heuer noch ausgeschöpft?

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Danke. Es wurde beantwortet, dass kein Antrag abgelehnt wurde.

Landesrat Mayr: Meines Wissens nach heutigem Stand ist keiner abgelehnt worden. Sollte sich ergeben, dass einer oder zwei doch abgelehnt werden, weil die Unterlagen nicht beigebracht werden können, weil in dem Prozess sind wir noch drinnen, dann wird es aber nicht möglich sein, in diesem vierten Quartal wegen einem oder zwei Anträgen den Förderassistenten noch einmal zu öffnen.

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Danke. Du hast die Möglichkeit einer Zusammenfassung.

Abg. Steiner-Wieser: Vielen Dank für die Beantwortung. Es ist bitter. Familien müssen oft mehrmals ansuchen, damit sie überhaupt einmal in den Genuss einer Wohnbauförderung kommen. Es kommt zu monatelangen Zeitverzögerungen, was wiederum mit erheblichen Mehrkosten verbunden ist. Es ist keine Planbarkeit mehr für Jungfamilien gegeben und es kommt einem vor, als wenn nach dem Gießkannenprinzip gearbeitet wird. Die derzeitige Form der Vergabe von Wohnbauförderung ist leider nicht sozial ausgewogen und bedarf wirklich dringend einer Reform und erinnert mich eher an eine Lotterie denn an ein faires Vergabesystem. Es geht aus einer Anfragebeantwortung, die wir heute auf der Tagesordnung haben, hervor, dass die Eingabe zwischen vier und 143 Minuten braucht. Das heißt, wer das Zehnfingersystem besser beherrscht, hat eher eine Chance, dass er eine Wohnbauförderung erhält, als einer, der länger eingeben muss und mehr eingeben muss. Also bitte dringende Überarbeitung des Vergabesystems. Dankeschön.

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Danke. Damit kommen wir zur nächsten

5.3 Mündliche Anfrage der Abg. Fürhapter an Landesrätin Mag.^a Berthold MBA betreffend Haftpflichtversicherungen für Asylwerberinnen und -werber

Bitte, Du hast das Wort.

Abg. Fürhapter: Danke Frau Vorsitzende. Frau Landesrätin!

In der Landtagssitzung vom 7. Oktober 2015, also vor über zwei Jahren, wurde meine mündliche Anfrage zum Thema Haftpflichtversicherungen für Asylwerbende von Ihnen dahingehend beantwortet, dass das Land Salzburg gerade eine Umfrage an Salzburger Versicherungsunternehmen durchführe und geprüft werde, ob und wie man Asylwerbende über einen Rahmenvertrag von Seiten des Landes haftpflichtversichern könnte und wie dies finanziert werden könnte.

Ich stelle deshalb an Sie gemäß § 78 a folgende mündliche Anfrage. Gibt es bereits Ergebnisse aus den Gesprächen zwischen dem Land Salzburg und den Versicherungen?

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Frau Landesrätin!

Landesrätin Mag.^a Berthold MBA: Sehr geehrte Frau Abgeordnete, liebe Gabi!

Ja, es gibt Ergebnisse. Das Grundversorgungsreferat hat eine Umfrage gemacht bei den Versicherungsanstalten, hat Angebote geprüft. Das Ergebnis der Prüfung war, dass die anfallenden Versicherungsbeiträge weit über den Kosten gelegen wären, die allfällige Schadensübernahmen durch das Land im Einzelfall verursachen. Es hätten die Versicherungen um ca. € 200.000,-- im Jahr gekostet. Wir haben in den Jahren 16 und 17 insgesamt acht Schadensfälle, die wir übernommen haben, mit einer Gesamtsumme von € 5.715,--. Das sind im Durchschnitt € 714,-- pro Schadensfall und damit ist die Relation € 200.000,-- Prämien zu € 5.700,-- Schadenskosten in zwei Jahren einfach eine sehr klare Entscheidungsgrundlage gewesen, keine generelle Versicherung abzuschließen.

Wir haben eine aktuelle Vorgangsweise mit dem Grundversorgungsreferat, dass im Einzelfall geprüft wird, ob das Land den Schadenersatz zahlt. Im Einzelfall heißt, es darf kein schuldhaftes Verhalten einer asylwerbenden Person sein und dann kann es übernommen werden. Wir haben auch eine aktuelle Vereinbarung, dass mit den Asylwerbenden eine Rückzahlungsvereinbarung abgeschlossen werden muss und dass geschaut wird, wie und in welchen Raten kann man das Geld zurückbekommen.

Die Einführung einer Haftpflichtversicherung durch das Land geht auch nicht so einfach, weil wir im Grundversorgungsbereich mit den Ländern und mit dem Bund eine 15a Vereinbarung haben. Wir müssten alle Länder und den Bund überzeugen, dass wir gemeinsam eine Versicherung abschließen, weil sonst müsste das Land zu 100 % die gesamten Kosten der Versicherung tragen. Wir sind als Länder aber sehr intensiv gewesen in den Gesprächen mit dem Herrn Bundesminister, einerseits in persönlichen Gesprächen im März 2017, dann auch in unsere Konferenzen, das letzte Mal jetzt am 20. Oktober 2017. Wir haben den Bund gebeten, aufgefordert, doch eine günstige Haftpflicht- und Unfallversicherung österreichweit abzuschließen. Der Herr Bundesminister hat gesagt, dass er das Thema prüfen wird, dass er auch die Bundesbeschaffungsagentur dahingehend beauftragen wird, eine gemeinsame Versicherungslösung zu finden. Es liegt uns dazu bis zum heutigen Zeitpunkt kein Bericht und kein Ergebnis vor, aber wir bleiben bei dem Thema dran.

Wenn man jetzt den Bereich der ehrenamtlichen Tätigkeit anschaut, so ist dieser, wenn es da Schadensfälle gibt, abgedeckt durch die Bündelversicherung des Landes, die wir allen freiwillig engagierten Menschen auf Antrag zur Verfügung stellen. Und wenn sie bei Hilfsorganisationen tätig sind, wie z.B. Rotes Kreuz, Caritas oder Hilfswerk, dann gibt es bei den Hilfsorganisationen Ehrenamtlichenversicherungen.

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Danke. Bitte Frau Abgeordnete, eine Zusammenfassung oder Unterfragen.

Abg. Fürhapter: Eine Zusatzfrage. Frau Landesrätin, liebe Martina, nur interessehalber jetzt. Wenn Schäden an Gebäuden oder in Gebäuden entstehen, wo diese Asylwerberinnen und Asylwerber untergebracht sind, sei es jetzt sanitäre Anlagen, egal was, wer kommt für diese Schäden auf?

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Frau Landesrätin!

Landesrätin Mag.^a Berthold MBA: Die Quartiersbetreibenden sind verantwortlich für die Führung des Quartiers. Dazu gibt es Hausordnungen, gibt es Besprechungen mit den Bewohnern und Bewohnerinnen. Wenn mutwillige Schäden da sind, so muss man diese wie bei anderen beim anderen Zusammenleben einfordern. Die Schadensfälle, von denen ich gesprochen habe, das ist z.B. wenn ein Kind mit dem Dreiradler auf einem Parkplatz herumfährt und ein Auto zerkratzt. Also wir haben bei einem Fahrradunfall eine Schädigung durch ein minderjähriges Kind. Das sind die Fälle, die auf unserer Ebene besprochen werden. Wenn es in den Quartieren ist, dann ist das die Aufgabe der Quartiersbetreiber.

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Danke. Frau Abgeordnete!

Abg. Fürhapter: Zusammenfassung. Also vielen Dank für die ausführlichen Mitteilungen, liebe Martina. Ich würde mich freuen, wenn Dein Bemühen dahingehend weitergeht, dass vielleicht doch eine österreichweite Lösung gefunden wird, weil das auch meiner Meinung nach den sozialen Frieden dann fördern würde. Danke.

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Danke. Wir kommen zur nächsten

5.4 Mündliche Anfrage des Abgeordneten HR Dr. Schöchl an Landesrat Mayr betreffend die Elektrifizierung der Mattigtalbahn

Bitte, Du hast das Wort.

Abg. HR Dr. Schöchl: Danke Frau Präsidentin!

Die Mattigtalbahn ist eine Nebenbahn und stellt in Steindorf bei Straßwalchen eine Verbindung von der Westbahn nach Braunau am Inn her. Die 37 km lange einspurige Mattigtalbahn wurde im Jahr 1873 erbaut und ist bis heute noch nicht elektrifiziert, wobei das natürlich die große Voraussetzung wäre, um eine verbesserte Vertaktung auf der Westbahn in diesem Bereich, also bis nach Salzburg erzielen zu können. Es standen ja immer wieder Pläne im Raum, die Elektrifizierung der Mattigtalbahn gemeinsam mit den ÖBB und dem Land Oberösterreich zu planen und zu finanzieren. Die Kosten sollen laut Medienberichten rund 80 Millionen Euro betragen, wobei 80 % davon an die ÖBB entfallen und die übrigen

20 % zwischen den Ländern Salzburg, Oberösterreich und den betroffenen Gemeinden aufgeteilt werden.

Ich darf deshalb die folgende Anfrage an Dich stellen. Gibt es bereits eine Einigung mit dem Land Oberösterreich und den ÖBB über die Umsetzung der Elektrifizierung der Mattigtalbahn? Danke.

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Bitte Herr Landesrat!

Landesrat Mayr: Vielen Dank Herr Abgeordneter. Ich möchte vorweg einfach eine Berichtigung machen, weil ich schon glaube, dass es wichtig ist, dass die Abgeordneten wissen was wirklich in Planung ist und läuft und was nicht läuft.

Es gibt ganz, ganz engen Kontakt mit ÖBB Infra und mir was diese Magistrale anbelangt zwischen Paris und Budapest. Derzeit haben wir die große Herausforderung, 1,2 Mio. Kubikmeter Erdreich aus dem Tunnelaushub dieser Tunnelkette unterzubringen im Bereich Köstendorf. Das ist die große Herausforderung, die wir jetzt bewältigen müssen. Die ÖBB ist guten Willens, dass ab 2024/2025 mit dem Bau dieser Tunnelkette begonnen wird. Also da ist engste Abstimmung und da gibt es monatlichen Kontakt mit Herrn Baltram, das ist der Leiter der ÖBB Infra. Selbiges gilt auch, das gehört unmittelbar zu diesem Bereich dazu, für die Haltestelle Seekirchen Süd. Da ist die enge Abstimmung derzeit zwischen der ÖBB und der Frau Bürgermeisterin Schwaiger hinsichtlich der genauen Situierung dieser Haltestelle. Das ist nicht so einfach. Wenn diese neue Haltestelle da ist, dann hat das Einfluss auf die Zugverbindung Mattigtal durch den ganzen Flachgau und diesen Halt musst du irgendwo unterbringen. Aber da wird ganz emsig gearbeitet.

Jetzt zur konkreten Frage. Die Gesamtkosten für dieses Projekt betragen nach dem derzeitigen Stand € 76 Mio. Bestandteil dieses Projektes ist neben der Elektrifizierung der Mattigtalbahn von Steindorf bis Friedburg auch die Modernisierung der Station Neumarkt und Steindorf sowie die Auflassung von Eisenbahnkreuzungen und die Errichtung von Geh- und Radwegen. Die ÖBB hat hier einen Vorschlag zur Kostenaufteilung gemacht und der würde so vorsehen, dass natürlich den Löwenanteil die ÖBB bezahlen würde. Für das Land Salzburg würden 10,8 Mio. Euro übrigbleiben und für das Land Oberösterreich 6,4 Mio. Euro.

Dieser Vorschlag wurde seitens der Landesbaudirektion auch genau geprüft und wir halten diesen Vorschlag für plausibel. Das Problem ist jetzt das, dass Oberösterreich diesem Vorschlag derzeit nicht zustimmt. Ich versuche eigentlich seit geraumer Zeit in laufenden Gesprächen mit meinem Kollegen aus Oberösterreich einen Konsens zu finden. Wir hatten vor einigen Wochen ein gemeinsames Gespräch mit dem Herrn Baltram von der ÖBB Infra und mit dem Landesrat Steinkellner und es konnte wieder keine Einigung erzielt werden.

Das Problem liegt daran, dass die ÖBB dieses dritte Gleis zwischen Steindorf und Neumarkt als Teil der Westbahn sieht, also ÖBB sieht das anders, die ÖBB sagt das ist ein Teil der Mattigtalbahn. Ich kann die Mattigtalbahn nur dann realisieren, elektrifizieren, wenn ich

das bis Neumarkt fortsetze, wo der ganz große Bahnknotenpunkt entsteht. Das ist eben dieser strittige Punkt. Wir wissen ja jetzt aus Medienberichten, dass Oberösterreich einen ganz rigiden Sparkurs eingeschlagen hat und ich habe jetzt den Herrn Landeshauptmann gebeten, in dieser Sache behilflich zu sein, indem er mit dem Landeshauptmann von Oberösterreich entsprechende Gespräche führt, dass das abgewickelt werden kann.

Für das Funktionieren dieses Nord-Ost-Astes ist einfach die Errichtung dieses dritten Gleises und die Elektrifizierung der Mattigtalbahn die notwendige Grundlage. Auch eine weitere Verlängerung ins oberösterreichische hinein, wird nur dann funktionieren, wenn zuerst diese beiden Hausaufgaben gelöst sind. Das heißt wir sind ganz entschieden an dieser Sache dran. Wir haben die Zusage für unseren Teil gemacht, wir sind bereit, diesen Finanzierungsteil zu tragen und ich denke Oberösterreich wäre mit den 6,4 Mio. wirklich sehr gut bedient, weil genau diese Pendler aus diesem Raum würden massiv davon profitieren, weil wir möchten ab 2021 die S2 elektrisch genau in diese Richtung hin verlängern. Wir würden dann diese Dieselloks wegbekommen. Also wäre auch in vielerlei Hinsicht ein ganz ein wichtiges Projekt. Wir sind dran und wir hoffen, dass wir doch jetzt in Bälde auch vielleicht mit Hilfe der beiden Landeshauptleute zu einer Lösung kommen.

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Danke. Herr Abgeordneter!

Abg. HR Dr. Schöchl: Danke für die Bestätigung, dass das eine ganz eine wesentliche Voraussetzung ist, um die Vertaktung wirklich hinzubringen, die elektrifizierte Vertaktung für diesen Nord-Ost-Ast.

Wenn ich nachfragen darf. Oberösterreich möchte natürlich, dass diese Strecke herausgerechnet werden, damit der Anteil für Salzburg höher wird und der oberösterreichische Finanzanteil von 6,4 Mio. dramatisch sinkt?

Landesrat Mayr: Wir haben nichts zu verschenken.

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Danke. Eine Zusammenfassung?

Abg. HR Dr. Schöchl: Eine Zusammenfassung. Man kann das nur unterstützen und jede Initiative, die dieser Sache dient, und die ja schon viele Jahre eigentlich hier vorangetrieben wird, dass die zu einem guten Ende kommt, weil es - um sich noch einmal zu wiederholen - eine ganz eine wesentliche Voraussetzung für eine Verkehrsentlastung im nordöstlichen Flachgau ist. Dankeschön.

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Danke. Wir kommen zur nächsten

5.5 Mündliche Anfrage des Abg. Steiner BA MA an Landesrätin Mag.^a Berthold MBA betreffend Sportförderung an den EK Zell am See

Bitte Herr Kollege!

Abg. Steiner BA MA: Danke Frau Präsidentin. Sehr geehrte Frau Landesrätin!

Ich stelle an Sie die mündliche Anfrage betreffend der Sportförderung des EK Zell am See. Wie Sie wissen, ist der traditionelle Sportverein EK Zell am See eine Institution der heimischen Sportszene besonders bei uns im Pinzgau. Die jahrelange Tätigkeit des Vereines für den Eishockey- und den Jugendsport ist im Pinzgau ein unverzichtbarer Faktor. Der Verein hat auch sehr viele Fans und überzeugt jedes Jahr wieder mit sportlichen Topleistungen.

Ich stelle deshalb an Sie gemäß § 78 a der geltenden Landtagsgeschäftsordnung folgende mündliche Anfrage. Erstens: Wie viel Sport- und Jugendförderung hat der Eishockeyclub Zell am See seit 2014 bis dato erhalten? Gibt es mit dem Vorstand eine Vereinbarung bezüglich der Förderungen und ist beabsichtigt, die Förderung für das Jahr 2018 zu erhöhen?

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Frau Landesrätin!

Landesrätin Mag.^a Berthold MBA: Zuerst einmal Gratulation an den Verein, an die Eisbären und an den Trainer Dietmar Werfrin. Ich bekomme mit, wie intensiv hier Sportarbeit gemacht wird vor allem für die Kinder und Jugendliche. Das ist in jedem Bezirk des Landes ganz wichtig. Ich freue mich sehr und halte ihnen die Daumen, dass die Saison so erfolgreich weitergeht. Sie gehen von der 1.000 Grenze von Besucherinnen und Besuchern aus und haben ein Budget von € 470.000,-- auf die Beine gestellt.

Zur konkreten Frage. Es gab in den letzten Jahren Förderungen in der Höhe von € 40.180,-- für die Zeller Eisbären und es wird im 2017er Jahr noch etwas dazukommen, nämlich nach Abrechnung. Das sind die Fahrtkosten und das ist die Trainer- und Trainerinnenförderung. Wahrscheinlich so mit Blick auf die vergangenen Jahre noch € 6.000,-- zusätzlich.

Ich freue mich auch sehr, dass die Eisbären jetzt mitaufgenommen werden konnten in das Förderprogramm, für die Teamsportförderung. Das sind Gelder genauso wie die Jugendsportförderung, die aus dem Sportressort zur Verfügung gestellt werden. Das sind ab dem heurigen Jahr € 10.000,-- und insgesamt sind es jetzt die erwähnten € 40.180,--. Dazu hat es sicher viele Gespräche gegeben, auch ein Gespräch, Herr Abgeordneter, wo Du dabei gewesen bist, dann Gespräche mit Vertretern des Vorstandes und dem Sportdirektor. Meine Freigabe zur neuen Teamsportförderung habe ich im März 2017 gegeben und ich bin informiert worden, dass die Gelder auch in diesem Jahr schon angewiesen worden sind. Falls Du replizierst auf den Bericht in der Salzburger Woche vom 14. September dieses Jahres, dass es kein Geld gibt: Hier ist etwas in einer falschen Wahrnehmung oder Darstellung geschrieben worden, weil zu dem Zeitpunkt schon vereinbart war mit dem Verein, dass das Geld dazukommt.

Es wird im Jahr 2018 auch eine dementsprechende Erhöhung geben, weil wir die Kinder- und Jugendsportförderung generell für alle Vereine erhöhen. Also das sind zwei Positionen. Das ist einerseits der Bereich des Basisbetrags. Also da gibt es eine Spanne von € 300,-- bis maximal € 3.500,--, je nach Aktionen und Teilnehmerinnen und Teilnehmern, und es wird

die Prämienhöhe erhöht auf maximal € 1.500,--. Die Eisbären haben durch ihre erfolgreiche Kinder- und Jugendarbeit in den letzten Jahren Prämien bekommen und ich gehe einmal davon aus, weil ich auch weiß, dass die Arbeit ungebrochen und engagiert weitergeführt wird, dass diese Prämie ihnen auch im nächsten Jahr zustehen wird.

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Danke Frau Landesrätin. Herr Kollege Steiner, eine Zusammenfassung.

Abg. Steiner BA MA: Danke Frau Präsidentin. Ich möchte noch kurz zusammenfassen. Genau dieser Artikel, was Sie angesprochen haben, Frau Landesrätin, und unser gemeinsames Treffen mit dem Verein, das hat mich persönlich zu Irritationen geführt und ich muss sagen, Sie werden das eh immer wieder gesehen haben, warum ich hier auch nicht locker lasse in dieser Sportförderung generell, wir bringen ja auch zahlreiche Anfragen ein diesbezüglich, weil es einfach die Überzeugung ist von uns, ein wichtiger Faktor für viele, viele Vereine in unserem wunderschönen Bundesland Salzburg ist. Ich muss sagen was ich heute gehört habe, erfreut mich sehr und ich glaube wir beide oder wir alle herinnen sollen ihnen alles, alles Gute weiterhin wünschen und wie gesagt herzlichen Dank für die profunde Beantwortung.

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Danke. Damit kommen zur letzten

5.6 Mündliche Anfrage der Abg. Klubobfrau Mag.^a Gutschi an Landesrat Schellhorn betreffend Abschaffung des Pflegeregresses

Bitte Frau Klubobfrau, Du hast das Wort.

Klubobfrau Abg. Mag.^a Gutschi: Sehr geehrter Herr Landesrat!

In der Beantwortung der mündlichen Landtagsanfrage vom 2. Oktober 2016 hast Du über die Schritte berichtet, die das Land Salzburg setzt, um bestmöglich auf die Abschaffung des Pflegeregresses mit 1. Jänner 2018 vorbereitet zu sein. Neben der Kostenfrage, die laut Deiner Antwort primär unter der Federführung von Vorarlbergs Landeshauptmann Markus Wallner mit dem Bund verhandelt wird, hast Du auch ausgeführt, dass zur Klärung der vielen Vollzugsfragen eine Arbeitsgruppe im Sozialministerium eingerichtet wurde und ein entsprechendes Papier dieser Arbeitsgruppe zur Klärung unterschiedlichster Rechtsfragen dem Land bereits vorläge und nun auch hier geprüft werden würde.

Ich stelle deshalb an Dich gemäß § 78 a der Geschäftsordnung des Landtages folgende mündliche Anfrage. Erstens: Gibt es schon konkrete Ergebnisse dieser rechtlichen Prüfung? Die Unterfrage 1.1: Welche Schritte werden im Land gesetzt, um den reibungslosen Vollzug der neuen Rechtslage ab 1. Jänner 2018 zu garantieren?

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Bitte Herr Landesrat!

Landesrat Dr. Schellhorn: Dankeschön für die Anfrage. Zunächst die Rechtsfragen im Hinblick auf die Abschaffung des Pflegeregresses durch dieses Bundesverfassungsgesetz wurden seitens des Bundesministeriums geklärt. Eine Arbeitsgruppe, wie ursprünglich versprochen, zum Thema Umsetzung wurde jedoch vom Ministerium nicht eingerichtet. Nichtsdestotrotz wird seitens der Abteilung 3 der Landesregierung an der Umsetzung der Abschaffung des Pflegeregresses intensiv gearbeitet. Die Umsetzungsarbeiten betreffen folgende Bereiche.

Erstens: Die erforderlichen gesetzlichen Anpassungen des Salzburger Sozialhilfegesetzes. Ein Entwurf wurde bereits vorgelegt. Ein Termin mit der Legistik findet in der nächsten Woche am 14. November statt. Zweitens: Es erfolgt eine zeitnahe Information der Bezirksverwaltungsbehörden über die gesetzlichen Änderungen ab 1. Jänner 2018. Es hat bereits ein Abstimmungstermin mit den Bezirksverwaltungsbehörden stattgefunden und ein Folgetermin wird am 30. November mit den Bezirksverwaltungsbehörden, Sozialämtern stattfinden.

Drittens: Es wird eine schriftliche Vollzugsanordnung ausgearbeitet und wird rechtzeitig auch noch fertiggestellt. Viertens: Es werden auch die Vollzugsinstrumente, z.B. Antragsformulare dann auch des SIS, also des Sozialinformationssystems entsprechend auf die neue Rechtslage adaptiert. Auch das läuft bereits. Fünftens: Auch das Informationsmaterial, Broschüren und Internetauftritt zu diesem Thema wird adaptiert und wird auch rechtzeitig fertiggestellt. Also insgesamt wird von Seiten der Abteilung 3 intensiv an diesen Umsetzungsmaßnahmen gearbeitet und ich bin sehr zuversichtlich, dass alles ab 1. Jänner 2018 dann entsprechend der neuen Rechtslage gut läuft.

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Danke. Bitte!

Klubobfrau Abg. Mag.^a Gutschi: Vielen Dank, Herr Landesrat, für die Beantwortung. Die Abschaffung des Pflegeregresses ist ja für die Betroffenen ein großer Schritt und auch ein Schritt, den wir schon lange gefordert haben, dass man im Bereich des Schonvermögens etwas tut. Jetzt häufen sich natürlich auch die Anfragen bei uns in den Klubs, wie denn das alles abzuwickeln sein wird. Ich bin daher sehr dankbar zu hören, dass hier die Vorbereitungen schon sehr gut laufen von Seiten der Abteilung 3 und hoffe, dass dann mit Inkrafttreten des Gesetzes am 1. Jänner 2018 die Leute entsprechend Auskunft bekommen und alle Unklarheiten beseitigt sind. Danke.

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Danke vielmals. Damit haben wir den Tagesordnungspunkt mündliche Anfragen abgeschlossen und ich rufe somit auf

Punkt 6: Dringliche Anfragen

Im Einlauf befinden sich zwei dringliche Anfragen, und zwar die erste der FPS an Landeshauptmann Dr. Haslauer und ich ersuche die Schriftführerin um Verlesung der dringlichen Anfrage. Bitte!

6.1 Dringliche Anfrage der Abg. Dr. Schnell, Rothenwänder, Steiner BA MA und Wiedermann an Landeshauptmann Dr. Haslauer betreffend Übernahme von Teilen des historischen Zentrums von Bad Gastein

(Nr. 41-ANF der Beilagen)

Abg. Jöbstl (verliest die dringliche Anfrage):

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Danke für die Verlesung. Ich bitte nun Dich, sehr geehrter Herr Landeshauptmann, ans Rednerpult, um die Fragen zu beantworten. Du hast zehn Minuten.

Landeshauptmann Dr. Haslauer: Vielen Dank für die Anfrage. Wie den Medien entnommen werden konnte, haben wir uns entschlossen, in Bad Gastein einzugreifen. Seit 17 Jahren ist dort im Ortszentrum Stillstand. Seit 17 Jahren, eigentlich mehr, seit 24 Jahren verfallen die Gebäude. Das Hotel Straubinger ist seit über 20 Jahren geschlossen. Es ist momentan fast wie eine grassierende Seuche. Ein Haus nach dem anderen im Ortszentrum mit diesen historischen Gebäuden sperrt zu, obwohl der Ort sich an sich touristisch gut entwickelt. Die haben rund 1,2 Mio. Nächtigungen und im oberen Bereich, dort, wo der Salzburger Hof ist, und bei anderen Betrieben geht es sehr, sehr gut, aber es gibt auch Insolvenzen, Grüner Baum z.B.

Das Problem bestand einfach darin, dass zwischen dem Ort und dem Eigentümer keine Gesprächsbasis mehr vorhanden war, dass die Gebäude vor sich hinverfallen sind, dass Sanierungsaufträgen nur schleppend nachgekommen wurde, oder gar nicht und, dass wir gesehen haben wenn das so weitergeht, dann wird die Substanz dieser kulturhistorischen bedeutsamen Gebäude so in Mitleidenschaft gezogen, dass sie wahrscheinlich nicht mehr zu retten sind. Es muss hier dringend einiges in die Substanz investiert werden und vor allem haben wir auch große Sorge, was dann überhaupt weiter passiert, wenn etwas passieren sollte, und das war ja nicht abzusehen, wie viele Jahre diese Gebäude noch leer stehen und vor sich hin verfaulen. Sie alle wissen, es ist sehr viel Geld in Umlauf, aber auch sehr viel Geld aus dubiosen Quellen und ich sage ganz ehrlich ich will nicht, dass dann Investoren aus Kasachstan, oder woher auch immer, hier investieren und diese Gebäude einer Nutzung zugeführt werden, wo wir schlicht und einfach die Hand nicht draufhaben. Darf ich es so formulieren.

In all diesen Jahren habe ich den Kontakt gehalten mit der Eigentümerfamilie. Ich habe mich schon vor vielen Jahren bemüht, dass da etwas weitergeht. Ich war zahlreiche Male in Wien, habe verhandelt ohne Ergebnis und seit fünf, sechs, sieben Jahren war auch Still-

stand in diesen Verhandlungen und jetzt ist es eben gelungen, einen Kaufpreis auszuhandeln, der erheblich unter den Kaufpreisvorstellungen der Eigentümer zu liegen gekommen ist und wir haben dann gesagt wir gehen diesen Weg, wobei ich dazusagen möchte, ich wäre froh gewesen, wenn dieser Kelch an mir vorübergegangen wäre, denn eines ist klar, es ist erst ein erster Schritt und da steht noch ein langer arbeitsintensiver Weg vor uns.

Warum wurde der Landtag damit nicht befasst? Erstens ist es eine Zuständigkeitsfrage. Es ist eine Zuständigkeit der Regierung. Wir haben den Erwerb über den Wachstumsfonds, über eine Tochtergesellschaft des Wachstumsfonds hergestellt oder sind dabei, ihn jetzt rechtlich und technisch abzuwickeln. Der Vertrag ist ja unterschrieben, aber mit der aufschiebenden Bedingung, dass die Fondskommission zustimmt, dass Anteile an dieser Käufer GmbH erworben werden und dass die Regierung zustimmt. Das ist jetzt in Abwicklung befindlich und zweitens muss ich Ihnen sagen, war die Situation höchst sensibel, weil wir haben es ja dort mit zwei Eigentümern zu tun. Herrn Duval Junior und Herrn Dipl.Ing. Wojnarowsky, einem 87 jährigen Herrn, die auch miteinander nicht ganz friktionsfrei kommunizieren. Meine Sorge war, wenn da etwas an die Öffentlichkeit gerät, dass sich wieder Spekulanten sonder Zahl melden und dass dann sozusagen von Verkäuferseite gesagt wird, schauen wir noch ein bisschen, warten wir noch ein bisschen und wir wieder in diese Stillstandssituation hineingekommen wären.

Die Fondskommission hat sich gestern mit der Angelegenheit auseinandergesetzt und einstimmig beschlossen, mit den Stimmen der Koalition, aber auch mit Stimmen der Wirtschaftskammer, der Arbeiterkammer und der Kollegen, die aus dem Land dorthin delegiert sind, die Anteile an der GmbH zu erwerben und in weiterer Folge auch zugestimmt, dass das Eigentum durch diese GmbH in den Gebäuden erworben wird.

Der Wachstumsfonds hat ohnedies jährlich zu berichten über den Stand und die Gebarung des Fonds und da ist natürlich dann auch in dem Bericht die Entwicklung bei dieser Tochtergesellschaft des Wachstumsfonds aufzunehmen und überdies stehen wir natürlich auch gerne für alle Arten von Anfragen formell oder informell zur Verfügung. Ich bitte aber um Verständnis, dass Diskretion notwendig war in der sensiblen Situation, da hat sich seit 17 Jahren ein Fenster aufgetan und wenn wir da wieder nicht durchgekommen wären, dann wäre das wieder schwierig geworden. Schon am Tag nachdem es in den Medien war, haben bei mir Leute angerufen sie hätten 100 Mio. Euro in der Schweiz liegen usw. usf. Da ist so viel Unseriöses unterwegs, würde ich einmal sagen, da muss man wirklich höllisch aufpassen. Solche Käufer haben natürlich nur ihre Rendite im Sinn. Wir haben die Rendite nicht im Sinn, wir brauchen da kein Geschäft machen, keinen Gewinn machen, sondern wir wollen eine Entwicklung anstoßen.

Diese Entwicklung ist erstmals anders, würde ich sagen, denn bisher, muss ich schon ein bisschen kritisch anmerken, wenn Investoren gekommen sind nach Bad Gastein, dann hat man sich dort zurückgelehnt und hat gesagt, schauen wir einmal was das wird. Jetzt ist eine ganz andere Stimmung im Ort. Es gibt eine Projektentwicklung. Die Gemeinde, der Tourismusverband, viele Hoteliers arbeiten an einem Strang und versuchen, Ideen zu kreie-

ren, das Ortszentrum weiterzuentwickeln, eine Positionierung für Bad Gastein zu finden, Verkehrsthemen zu regeln, etc., es ist ja ein sehr steiler Ort mit vielen Etagen sozusagen. Diese Überlegungen wurden immer über die Köpfe der Eigentümer hinweg angestellt oder an ihnen vorbei, weil einfach keine Kommunikation mit diesen bestanden hat und das ist jetzt anders. Wir sind jetzt als Eigentümer als Land Salzburg hier mit dabei. Wir bringen uns da sehr, sehr gerne ein und wir suchen geradezu den ganz engen Kontakt mit der Gemeinde und dieser Gruppe.

Sie fragen ferner aus welchem Budgetansatz wurden diese Mittel herangezogen. Das sind zwei Budgetpositionen. Ich darf Sie Ihnen kurz benennen: DKZ02000 Haushaltsansatz 1/782055/7480/001, Beiträge für Investitionen, Regionalförderprogramme aus dem laufenden Jahr 2017 mit einem Teilbetrag von € 4 Mio. und aus DKZ87300 Haushaltsansatz 1/782055/7480300, das ist eine Rücklage aus den Ansätzen zur Abwicklung der EU-Strukturfondsprogramme 2007 bis 2013 von € 3,5 Mio.

Sie fragen ferner wie hoch sich die Gesamtkosten für die Sanierungsarbeiten der Liegenschaften belaufen. Was haben wir vor? Wir müssen zunächst einmal die wichtigsten Substanzerhaltungsmaßnahmen tätigen, damit die Gebäude nicht weiter Schaden erleiden. Das muss jetzt vor dem Winter passieren. Der Dachdecker war schon dort, dann gab es einen Schneeeinbruch mit 15 cm Neuschnee, aber es wird auch wieder wärmer werden, dann werden die Dacharbeiten weiter fortgeführt. Da ist einiges zu machen. Es gibt Vorschriften von der Baubehörde, vom Bundesdenkmalamt, die zum Teil auch in Exekution befindlich sind. Diese Arbeiten sind durchzuführen, die Kosten für das Hotel Straubinger betragen € 400.000,-- für Dach- und Fassadensanierung sowie für das Badeschloss € 50.000,-- für die Errichtung eines Daches. Also wir rechnen mit einmal rund € 450.000,-- Sanierungskosten, die wir jetzt umgehend umsetzen wollen. Das ist die erste Phase.

Die zweite Phase beginnt dann jetzt gleich parallel laufend. Das ist die Entwicklung einer entsprechenden Projektierung und Vermarktung. Man muss sich jetzt anschauen, wie kann man diese Gebäude für touristische Zwecke, für gesundheitswirtschaftliche Zwecke, für was auch immer entsprechend gestalten, was gibt es an zusätzlichen Ausbaumöglichkeiten, wie hoch ist das Zimmerpotential, wie ist die Betriebskostensituation, was muss man investieren und aus all diesen Daten, das ist natürlich eine intensive Arbeit, die von Architekten und Planern durchzuführen sind und Betriebswirten, ergibt sich ein Projekt und dieses Projekt, und das wäre dann die dritte Phase, ist sozusagen der Investoren- und Betreibersuche dann zu unterlegen.

Sie haben noch gefragt wie hoch belaufen sich die Kosten für die Tätigkeit des Finanzberaters Grossnigg sowie die Kosten für behördliche Auflagen. Die behördlichen Auflagen habe ich Ihnen gesagt. Dr. Grossnigg kriegt von uns kein Geld, er ist auch nicht beteiligt, weil das Land bzw. der Wachstumsfonds zu 100 % an dieser Gesellschaft beteiligt ist, also eine 100 %ige Tochtergesellschaft. Dr. Grossnigg ist für uns insofern interessant, weil er Vertreter des Eigentümers des danebengelegenen Haus Sponfeldner ist. Das ist auch ein relativ großes leer stehenden Hotel und es ist sinnvoll, sozusagen unser Projekt für Entwicklungen

gemeinsam zu machen und er versteht etwas vom Geschäft. Also insofern ist es gut, ihn mit an Bord zu haben. Wie da die Zusammenarbeit im Detail sich noch gestaltet, werden wir noch sehen.

Letzter Punkt: Welche Sicherheit gibt es, dass nach den angestrebten zwei Jahren tatsächlich Investoren da sind und wir die Liegenschaften - was unser Ziel ist - wieder weggeben können? Keine Garantie. Da gibt es keine Garantie. Das ist eine Einschätzung, dass wir das schaffen werden. Es gibt sehr viel guten Willen und ich glaube, dass wir auch mit unserer Seriosität und einem ganz klaren Konzept die entsprechenden Investoren finden können, aber die Garantie kann ich Ihnen jetzt nicht geben, weil sonst hätten wir es nicht kaufen müssen. Wir wollen eine Entwicklung anschieben und wir sind am Beginn dieses Weges.

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Danke Herr Landeshauptmann. Für die Anfragesteller kommt Klubobmann Schnell. Du hast ebenfalls zehn Minuten. Dann gibt es weitere Wortmeldungsmöglichkeiten der Fraktionen oder auch vom Herrn Landeshauptmann. Gesamtdauer haben wir 45 Minuten. Bitte, Du hast das Wort.

Klubobmann Abg. Dr. Schnell: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrter Herr Landeshauptmann!

Danke für die Beantwortung. Sie zeigt sehr viel unternehmerischen Mut. Vor ungefähr zehn Jahren oder in diese Zeit hinein fällt auch, 17 Jahre geht diese Geschichte dahin, haben wir auch diesen Thermenwahn in Salzburg gehabt. Wir wollten eine Therme in St. Martin bauen, eine Therme in Taxenbach war auch die Frage, wo sich die Bad Gasteiner gefürchtet haben, dass irgendwo das Wasser abrinnt. Eigentlich alles so ein bisschen ein Flop geworden.

Es ist viel Geld ausgegeben worden und ich habe mir damals gedacht und habe das auch argumentiert hier: Schade, dass man das Geld nicht verwendet hat, um Bad Gastein, nämlich eine Thermenregion, die wir haben, die wirklich in aller Welt bekannt ist, so revitalisieren. Das gleiche haben wir dann gedacht als wir draufgekommen sind, auch als Opposition, dass sieben Millionen Steuergeld ein Spa in Kaprun bekommen hat, die Vamed, das muss man sich einmal vorstellen, die in Wirklichkeit nichts anderes getan hat, als einen Konkurrenzbetrieb aufgebaut hat für die heimischen Familienbetriebe, Gastronomie- und Hotelleriebetriebe in der Region. Ein 200-Betten-Hotel mit einem riesen Hallenbad, das überhaupt nichts mit einer Therme zu tun hat, weil das Wasser, dass sie heraufpumpen, müssen sie tausend Tauchsieder hineinhalten damit es warm wird und man in Wirklichkeit nur eine Konkurrenz geschaffen hat zu den bestehenden Betrieben in Kaprun, in Saalbach, die es uns alle betrifft. Da habe ich mir auch gedacht und das auch argumentiert hier im Landtag, warum hat man die zehn Millionen nicht verwendet, Herr Landeshauptmann, aber da warst Du damals nicht zuständig, um Bad Gastein zu unterstützen.

Ich bin voll bei Dir, Herr Landeshauptmann, Du hast die Anfragesteller mit Sie betitelt, ich darf beim Du bleiben, ich bin vollständig bei Dir, und das ist toll und ich finde es ganz

klass, dass man da sagt wir wollen uns von der Politik und Du bringst Dich ein und es sind schwierige Situationen, um diese Situation irgendwo zu regeln und zu einem guten Ende zu bringen. Bin ich komplett bei Dir.

Ich hätte mir nur gewünscht, dass man die Millionen und hunderte Tausend, die bis jetzt in der Thermenfrage von den Gemeinden, vom Land in den Wind geschossen wurden und eben auch diese zehn Millionen, diese zehn Millionen waren nicht alles Steuergelder von Salzburg, muss ich schon dazu sagen, hat der Bund mitbezahlt in das Spa Kaprun, Vamed. Ich frage mich nur warum der Steuerzahler einen Milliardenkonzern unterstützen muss um Millionen, wenn man auf der anderen Seite Gastronomie und Hotellerie das Leben schwer macht und jetzt habe ich halt Bedenken, ich hätte gehofft, dass Du uns heute irgendwo sagen kannst ja wir haben schon einen Zukunftsplan und ich habe die sechs Millionen des Landes nicht investiert im Erwarten was bringt die Zukunft, sondern ich hätte mir schon gedacht, dass da vielleicht auch im Hintergrund Leute da sind, die eventuell als Käufer dann in Frage kommen würden.

Das mit dem Wachstumsfonds hat mich auch ein bisschen irritiert, weil Du in den Medien gesagt hast Du wirst an den Wachstumsfonds herantreten. Das klingt komisch, wenn man selber der Vorsitzende dieses Fonds ist und ist mir auch klar ...

(Zwischenruf Landeshauptmann Dr. Haslauer: Ich habe nur eine Stimme dort!)

... und wenn man dann liest für was eigentlich diese Förderungen gedacht sind, eher für Klein- und Mittelbetriebe und wundert mich, dass das dann jetzt für so einen Großkauf herangezogen wird.

Auf der anderen Seite irritiert mich schon auch ein bisschen Du hast gesagt es muss natürlich alles, und es ist mir die klar die Gesprächspartner sind diffizil und schwierig, aber ich glaube die paar Tage bevor es die Krone gewusst hat, hätten wir auch noch warten können, dass man vielleicht den Landtag informiert. Ich weiß schon, dass es eine reine Regierungsaufgabe ist, keine Frage, das ist Aufgabe der Regierung, das ist Sache der Regierung, aber ich glaube es wäre gerade im Hinblick dessen, was in Salzburg schon alles passiert ist, einfach gut gewesen, ein bisschen das Vertrauen herzustellen, auch den Landtag, die gewählten Mandatäre zu informieren.

Auf der anderen Seite z.B. auch Krankenhaus Mittersill. Ist eine Regierungsaufgabe, aber da kommt der Herr Bürgermeister Viertler dann mit einer Petition zu uns in den Landtag. Da sind zwei Bürgermeister, da Padourek und der Viertler, da ist die Regierung zuständig, aber dann kommt er mit einer Petition in den Landtag.

Ich bin auch froh, dass ich dem Budget nicht zugestimmt habe, weil ich mich frage, wann haben wir das diskutiert und seit wann weiß man das, dass man die sechs Millionen zur Verfügung stellt, und warum versteckt man es dann unter diesen Punkten. Warum tut man es nicht in das Budget hinein und sagt die sechs Millionen, die sind für den Ankauf der drei

Hotels, weil wir wollen hier in der Frage Bad Gastein helfen und wir sind guter Dinge, dass wir das durchbringen.

Ich habe ein bisschen Bedenken, Du weißt, Herr Landeshauptmann, ein bisschen kriege ich es schon mit vom Tourismus, und so einfach wird das nicht werden. Also wenn ich Wirtschaftler bin, eines würde ich mir momentan nicht kaufen, ein Hotel und kein Spital, weil ich keine Mitarbeiter bekomme, keine Ärzte, weil ich mir keine Arbeit kaufe, weil nämlich die Bedingungen, die die Politik selbst stellt in diesen Bereichen, so schwierig ist, dass pausenlos nur die Kontrolloren da sind, aber keine Mitarbeiter. Du hast schon fast mehr Kontrolloren an der Rezeption stehen, die wieder etwas kontrollieren müssen, als wie Mitarbeiter und die kriegst du nicht mehr. Und wenn du sie kriegst, dürfen sie nicht arbeiten, nur zehn Stunden, dann müssen zehn Stunden schlafen in Tourismusgebieten. Das musst du dir einmal auf der Zunge zergehen lassen. Wenn die Politik hergeht und sagt wir regeln alles, wurscht ob einer am Fließband steht oder ob einer in einem Tourismus sechs Monate das Geld erwirtschaften muss, was ein anderer in zwölf Monaten erwirtschaften muss.

Trotzdem es ist sehr mutig, Herr Landeshauptmann, ich werde das beobachten. Mir tut es trotzdem ein bisschen weh, weil ich einfach mir gedacht habe warum wissen das wieder die Medien vor eigentlich gewählten Mandataren, die es aber dann letztendlich mittragen müssen. Weil ich kann mich erinnern auch an andere Dinge, die in Salzburg passiert sind, wo wir als Opposition auch gefragt haben, falsche Antworten bekommen haben, aber dann sind wir natürlich mitschuldig, dann ist es ein jeder gewesen, jeder Landtagsabgeordnete herinnen. Da hätte ein jeder ein Finanzexperte sein müssen. Das tut mir irgendwo weh, weil ich glaube ich halte Dich für einen äußerste intelligenten, vor allem für einen Politiker, Herr Landeshauptmann, der in die Zukunft denkt, und ich glaube es ist absolut positiv zu bewerten was jetzt getan wurde. Die Frage ist nur es wird nicht einfach werden diese sechs Millionen, die jetzt investiert wurden, auch zu einem guten Ende zu bringen. Das ist eine große Schwierigkeit und natürlich ein hohes Risiko.

Ich hätte mir halt ehrlich gesagt Rückendeckung von den Politikern, von den gewählten im Land, irgendwo geben, hätte mit ihnen geredet, wie seht ihr das, was denkt ihr darüber und hätte mir damit schon ein bisschen einen Schnee aus den Straßen geschaufelt, die Richtung Bad Gastein führen. Ich wünsche mir, dass das gut geht. Ich hoffe es, aber wie gesagt einfach wird es nicht werden. Ich hätte mir natürlich heute gewünscht und habe mir auch erwartet, dass Du schon für die Zukunft auch eine Absicherung hast, da sind dann auch mögliche Betreiber da, die schon das Versprechen abgegeben haben, dass sie in die Richtung denken, das zu übernehmen und wie gesagt das mit dem Wachstumsfonds hat mich auch ein bisschen irritiert, wenn ich da lese Du wirst es an den Wachstumsfonds herantragen. Habe ich mir gedacht, wenn Du Vorsitzender bist, wird das nicht so schwierig sein.

Übrigens noch einen Kritikpunkt muss ich anbringen. Du hast gesagt der Wachstumsfonds wird auch berichten. Wann war der letzte jährliche Bericht, der eigentlich im Gesetz steht, an den Landtag? Ich kann mich nämlich an keinen mehr erinnern. Entweder habe ich

es vergessen oder der Wachstumsfonds hat vergessen, das was im Gesetz steht, jährliche Berichterstattung an den Landtag durchzuführen. Danke. (Beifall der FPS-Abgeordneten und des Klubobmannes Abgeordneten Naderer)

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Danke. Bitte Wortmeldungen? Kollege Scharfetter, Du hast das Wort. Fünf Minuten!

Abg. Mag. Scharfetter: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Hohes Haus!

Ich darf mich doch kurz zu Wort melden zu diesem Thema als Abgeordneter, aber vor allem auch als Unternehmer aus dem Gasteinertal, als jemand, der die Situation sehr gut kennt, als jemand, der gemeinsam mit dem Landeshauptmann auch viele Gespräche in der Vergangenheit geführt hat.

Ja, es ist eine mutige Entscheidung und wir haben uns das auch überhaupt nicht leicht gemacht. Es wäre schön gewesen, wenn in den letzten 17 Jahren im Ortszentrum von Bad Gastein etwas passiert wäre. Es ist leider nichts passiert. Ich muss Euch das kurz schildern. Das Gasteinertal ist eine grundsätzlich florierende Tourismusregion. Wir haben über 2,3 Mio. Übernachtungen und das Problem der letzten Jahre war, dass die vielen positiven Entwicklungen überlagert wurden von der Situation im Ortszentrum. Das ist wie ein Mühlstein quasi, wie ein Mühlstein hat das die Entwicklung belastet. Das war das beherrschende Thema.

Ja, es ist eine mutige Entscheidung, aber die Frage ist was ist die Alternative. Wir haben ein Ortszentrum, fünf Objekte, die praktisch dem Verfall preisgegeben wurden. Der Landeshauptmann hat das geschildert. Akuter Handlungsbedarf. Wenn nichts passiert, dann passiert wirklich was an der Substanz dieser Gebäude und ich darf mich wirklich bedanken. Der Landeshauptmann hat über all die Jahre den Kontakt bei den Eigentümern gehalten. Wir haben immer Gesprächsbereitschaft signalisiert und es hat sich jetzt ein Fenster quasi aufgemacht, dass wir einmal drei Objekte erwerben können. Ich halte es auch durchaus für sinnvoll, dass man nicht immer über das Gesamtprojekt spricht, weil das ist ein riesen Projekt, es sind ja noch zwei weitere Objekte, das Kongresszentrum und das Haus Austria, sondern dass man jetzt einmal schaut wie kann man den Straubingerplatz entwickeln. Das wird keine leichte Aufgabe. Da dürfen wir uns überhaupt nichts vormachen.

Aber ich sage noch einmal. Es gab die Möglichkeit und ich denke es war notwendig, dieses Zeitfenster zu nutzen, da bedurfte es viel Verhandlungsgeschick. Wir haben jetzt die Liegenschaften einmal im Wachstumsfonds erworben, der Landeshauptmann hat es ausgeführt. Es wird erste Sicherungsmaßnahmen geben, die ganz dringend sind. Der Winter steht vor der Tür. Historische Bausubstanz, denkmalgeschützt, das geht natürlich nur mit der Gemeinde gemeinsam mit einem Verkehrskonzept, mit dem Tourismusverband und, Herr Landeshauptmann, ich kann den Eindruck wirklich bestätigen, da herrscht jetzt schon eine gewisse Aufbruchsstimmung. Die haben jetzt alle erkannt, da müssen wir zusammenhelfen, da müssen wir auch die Voraussetzungen schaffen, da geht es auch um Flächenwidmung,

um Verkehrserschließung. Also da ist jetzt wirklich ein Ruck durch Bad Gastein gegangen. Es ist natürlich nur der erste Schritt, das ist uns allen klar.

Karl Schnell, ich muss Dir Recht geben, das ist momentan nicht einfach, Tourismusprojekte und Investoren zu gewinnen. Wir sind auch schon fest am Rechnen. Der Standort ist attraktiv. Das Gasteinertal ist eine attraktive Tourismusregion. Wir haben dort ein paar interessante Aspekte. Das Ortszentrum von Bad Gastein ist ein Unikat, ich würde sagen fast im gesamten Alpenraum, ist touristisch attraktiv. Es gibt auch einige Hotelbetreiber, die sehr erfolgreich sind, die das beweisen. Jetzt wird es darum gehen, rasch die Sicherungsmaßnahmen zu setzen, um gemeinsam ein Projekt zu entwickeln. Das wird uns alle fordern, da brauchen wir auch die Expertise vor Ort, aber ich bin trotzdem guter Dinge, weil ich an den Standort glaube, weil ich glaube, dass wir hier Potential haben auch für eine touristische Entwicklung.

Und abschließend: Die Alternative wäre, dass historische Bausubstanz unwiederbringlich verloren geht, dass eine ganze Region hinabgezogen wird von der Entwicklung im Ortszentrum und da haben wir den ersten Schritt gesetzt. Es ist der erste Schritt, noch ein langer Weg, aber es ist ein Schritt, für den ich mich herzlich bedanken möchte, Herr Landeshauptmann. Danke dafür, dass Du auch die Entschlossenheit hast und Mut ist etwas, was man als Unternehmer braucht, was man aber auch in der Politik mitunter braucht. Ich bin gleich fertig, Frau Präsidentin. Ihr werdet es mir vielleicht anmerken, ich bin durchaus ein bisschen emotional bei diesem Thema, weil ich die Entwicklung kenne, weil ich mich noch erinnere an die Hochblüte oder an die Phase, wie Bad Gastein eine weit über die Grenzen hinaus bekannte Tourismusdestination war, wie blühendes Leben im Ortszentrum war. Ich sehe die Chance, dass wir dort wieder anschließen können. Wird ein schwieriger, ein langer Weg, aber wir haben den ersten Schritt gesetzt. Danke. (Beifall der ÖVP- und Grünen-Abgeordneten, des Klubobmannes Abgeordneten Naderer und der Abgeordneten Fürhapter)

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Danke. Gibt es weitere Wortmeldungen? Bitte Kollege Scheinast! Auch Du hast fünf Minuten.

Abg. Scheinast: Vielen Dank Frau Präsidentin. Hohes Haus!

Das ist wohl eine mutige Entscheidung da zu investieren, wo seit 17 Jahren eigentlich der Verfall herrscht, wo die bisherigen Eigentümer eigentlich gezeigt haben, dass sie zwar ursprünglich als Investoren oder als Unternehmer aufgetreten sind, aber nichts unternommen, nichts investiert haben, dass wirklich historisch wertvolle Substanz an ganz wesentlichen innerörtlichen Bereichen dem Verfall preisgegeben worden sind, dass die Aufträge zur Instandsetzung oder wenigstens zur Bestandserhaltung immer wieder ignoriert worden sind. Jetzt einzugreifen, das ist wirklich mutig und ich hoffe, dass es auch gelingt, dass es nicht so ist, dass wir da ein Fass ohne Boden öffnen, weil immerhin ist ja auch das Kongresszentrum noch innerhalb von Bad Gastein ein sehr problematischer Bau, eine sehr problematische, sehr zentrale Örtlichkeit, die man ja, glaube ich, bei allem, was man sich für Bad Gastein wünscht, immer auch mitdenken muss.

Ich wollte nur sagen der Mut wird hoffentlich von Erfolg gekrönt sein ...

(Zwischenruf Klubobmann Abg. Dr. Schnell: Wie in St. Martin!)

... und ich wünsche uns allen, dass dieser Schritt jetzt auch für das Gasteinertal eine deutliche Verbesserung und einen Schwung entwickelt, weil wenn nicht, dann schaut es ein bisschen dramatisch aus. Das war es schon auch. Danke. (Beifall der ÖVP- und Grünen-Abgeordneten und der Abgeordneten Fürhapter)

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Danke Herr Kollege. Als Nächster zu Wort gemeldet bei dieser dringlichen Anfrage Klubvorsitzender Steidl.

Klubvorsitzender Steidl: Geschätzte Frau Präsidentin! Hohes Haus! Sehr geehrte Damen und Herren!

Ich möchte voranstellen, ich verstehe und habe auch zu 100 %iger Sicherheit Verständnis für die Vorgehensweise, wie das Ganze abgehandelt wurde, weil es tatsächlich so ist, wenn sich nach 17, 18 Jahren ein Fenster auftut, man weiß nicht wie lange dieses Fenster zum Durchlüften offen ist, und da muss man natürlich rasch, schnell und entschlossen handeln und das dürfte passiert sein. Ich stehe auch nicht an, dass damit vielleicht ein Grundstein, ein Fundamentstein gelegt wurde für eine neue erfolgreiche Entwicklung im Gasteinertal, im Besonderen natürlich in Bad Gastein. Ich hätte das nicht anders gemacht in der Abfolge, als im Nachhinein alle Akteure, die notwendig sind für die Mitentscheidung, zu unterrichten.

Das, was ich mir wünsche für die Zukunft, ist natürlich jetzt in der Abfolge für alles, was hier in Bad Gastein passiert, gemacht wird, wo es auch das finanzielle Engagement des Landes gibt, dass es Transparenz gibt und dass das auch gut unterstützt wird auch vom Salzburger Landtag. Ich glaube dazu sind durchaus alle sehr, sehr bereit, wie ich vernommen habe. Aber es braucht natürlich auch jetzt so etwas wie ein Konzept und viele Projekte, die damit verbunden sind, und da darf man natürlich die Gasteinerinnen und Gasteiner, die Bad Gasteiner Wirtschaft und die Mitarbeiter im Gasteinertal auch nicht alleine lassen. Da braucht es auch wieder das Engagement des Landes und all seiner Zuständigkeiten.

Dass diese 6 Mio. Euro nicht irgendwie leicht aus dem Portmonee zu finanzieren sind, das ist auch klar. Es geht hier um Rücklagen, nicht um Fremdfinanzierungen, das ist einmal das Positive dabei, aber dass der Investor Duval einen guten Schnitt gemacht hat, dass darf durchaus auch betont werden. In 17 Jahren für das eingesetzte Kapital 350%ige Verzinsung zu bekommen, per anno durchschnittlich 20 %, das ist nicht schmal, aber ich glaube auch, dass man diese Entschlossenheit jetzt in dieser Situation gebraucht hat. Warum? Weil Bad Gastein im Vergleich mit den europäischen Wintertourismusdestinationen einfach ein Juwel ist. Da haben wir natürlich auch eine dementsprechende Verantwortung des Landes

wahrzunehmen und müssen schauen, wenn die Möglichkeit gegeben ist und die Gelegenheit günstig war, dass man hier die Gelegenheit beim Schopf packt und es gemeinsam angeht.

Gerne, Herr Landeshauptmann, werden wir Sie und alle anderen, die in Zukunft damit sich auseinandersetzen werden, auf diesem Weg unterstützend begleiten. Aber es ist natürlich schon auch einiges darüber hinaus notwendig. Dieses Verantwortungsbewusstsein für ein finanzielles Engagement des Landes, auch für andere wichtige Teile auch in Zukunft aufzubringen. Was nützt uns ein schönes Bad Gastein, wenn das dazugehörige Straßennetz, um Bad Gastein zu erreichen, nicht ausreichend ist, nicht touristisch herzeigbar ist. Nicht nur in Bad Gastein, sondern anderswo auch, weil wir haben hier ein riesengroßes Problem. Oder wenn der öffentliche Personennahverkehr nicht auf dem internationalen Standard oder auf der Höhe des internationalen Standards ist. Das heißt das braucht es auch, um hier dieses Projekt erfolgreich auf den Weg bringen zu können.

Oder es braucht auch das finanzielle Engagement des Landes für Baulandsicherungsmodelle für die notwendigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in unseren Tourismusregionen. Das ist auch eine Herausforderung, damit sich die Mitarbeiter das mit ihren Einkommen und Lohn auch leisten können. Es braucht natürlich auch die Gesundheitsversorgung, die sowohl für die Touristen notwendig ist als auch für die einheimische Bevölkerung, im Besonderen natürlich auch für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Ich glaube es wäre auch die Gelegenheit günstig, darüber nachzudenken, was braucht es noch an finanziellem Engagement für wichtige Projekte des Tourismus in diesem Land, z.B. die 380 kV-Leitung. Wie gehen wir in Zukunft damit um? Wo können wir die touristische Entwicklung mit dieser Freileitung entlasten, dass wir vielleicht doch das Fenster auch öffnen für ein finanzielles Engagement, vielleicht für ein Pilotprojekt in diese Richtung, nämlich ein Kabel im alpinen Raum zu testen, auszuprobieren, wissenschaftlich zu begleiten. Das werden wir auch nur bekommen, wenn wir vom Land Salzburg politisch ein ehrliches Engagement an den Tag legen und das wird natürlich auch den einen oder anderen Euro kosten.

Insgesamt abgerundet und abschließend. Ich wünsche mir, dass dieses 100 %ige Risiko, das auf der Seite des Landes hier liegt, dass dieses Risiko auch im Interesse der Salzburger Bevölkerung, der Wirtschaft und im besonderen des Gasteinertals auch erfolgreich zu Ende gehen und ausgehen wird. (Beifall der SPÖ-Abgeordneten)

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Danke. Ich habe eine Wortmeldung zur Geschäftsordnung von Helmut Naderer. Bitte!

Klubobmann Abg. Naderer: Frau Präsidentin!

Gemäß § 32 (5) der Geschäftsordnung des Salzburger Landtages trete ich mein Rederecht an Dr. Karl Schnell ab.

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Er hätte auch ein Rederecht gehabt ohne die Abtretung. Bitte, Du hast das Wort!

Klubobmann Abg. Dr. Schnell: Walter Steidl, Du hättest es gleich abgewickelt, das ist mir schon klar. Wenn ich zurückdenke an die letzten 20 Jahre, sind viele Dinge so abgewickelt worden, die dann leider nicht immer zu einem guten Ende gefunden haben und sind nicht alle eingebunden worden.

Ich habe da nur eine Frage gestellt und die hat keiner beantwortet. Warum zehn Millionen Steuergeld für den Spa, für einen finanzkräftigen Unternehmer, für die Vamed, was hat der Bürger davon? Wenn man die zehn Millionen Euro verwendet hätte, habe ich mir damals gedacht, warum verwenden wir die nicht, um Bad Gastein zu retten. Keine Antwort. Ich kriege keine von Euch hier jedes Mal, wenn ich frage.

Dann nehmen wir noch den Wahn her, den wir damals gehabt haben, Eben, St. Martin Thermenwahn. Viel Geld geflossen. Da habe ich genau die gleiche Rede von Euch gehört: Der Schnell, jetzt fährt er jedes Mal heraus und jammert, dass das noch immer nicht steht. Aber nächstes Jahr wird es gebaut, weil jetzt haben wir einen Investor, jetzt ist einer da, der hat viel Geld. Das höre ich die ganze Zeit da von Euch. Dann sind die Millionen weg, die man vielleicht besser verwenden hätte können.

Ich hoffe, dass es dieses Mal nicht stimmt, ist mutig. Ich sage ja auch nicht, dass, nur ich hätte alle eingebunden, muss ich ganz ehrlich sagen, dann hätte man nicht immer das Gefühl jetzt passiert schon wieder etwas, wo man letztendlich nicht Bescheid wissen darf, weil es möglicherweise doch nicht so läuft. Ich hätte mir einfach Antworten auf diese Fragen erhofft. Die habe ich nie kriegt in diesem Landtag. Immer wieder wurde gesagt stimmt ja nicht was der Schnell sagt, ist alles nicht wahr. Aber letztendlich hat sich alles bestätigt, auch was den Spa in Kaprun betrifft. Warum müssen sie sich jetzt zusammenschließen, gemeinsam werben, weil sie nicht unbedingt schwarze Ziffern schreiben. Vielleicht müssen wir dann noch einmal helfen und wieder eingreifen. Jeder, der sich auskennt im Tourismus, sieht, dass das da nicht so läuft, wie wir uns das erwarten. Warum hat der Duval da, der anscheinend ein finanzkräftiger Mensch ist, warum hat er denn nicht investiert? Wenn finden wir dann? Wie viele finanzkräftige Investoren gibt es dann, die das dann so betreiben können, dass nicht das Land auf diesen drei Hotels sitzenbleibt und vielleicht das in den Wind geschossen ist? Die Antworten fehlen mir ein bisschen und das hätte ich mir irgendwo erwartet.

Glaubt's mir Leute, es kann nicht so sein, dass wir uns sehr schwer tun draußen und eigentlich das Gefühl hat, dass man von der Politik ständig im Stich gelassen wird, wenn es eh nur die bürokratischen Aufwände gibt, aber da gehen dann auf einmal zehn Millionen, da gehen sechs Millionen, da hat man das Geld. Das verstehe ich nicht und es ist ja einiges danebengegangen, nur auf das antwortet man nicht, auf das kriegt man keine Antwort da. Therme St. Martin, bis heute steht noch keine. Da hat man immer das gleiche gehört. Da habt Ihr auch mitgetan, da ward Ihr auch immer einig, es ist ja jahrzehntelang in Salzburg

so gegangen, ward's Ihr immer dabei auch, war immer Rot-Schwarz, jetzt sind halt die Grünen dabei, die alles befürworten und mittun und sagen ja super, ja klass, egal ob es ihnen passt oder nicht. ...

(Zwischenruf Klubvorsitzender Steidl: Erfolgreich in Salzburg!)

... Ja, erfolgreiche Unternehmer. Das hat es alles nicht gegeben diese Pleiten, die ich da jetzt angesprochen habe. ...

(Zwischenruf Klubvorsitzender Steidl: Das ist Teil des Lebens!)

... Aber Antworten will ich darauf haben, werden wahrscheinlich auch in Wirklichkeit irgendwo die Steuerzahler, das ist ja das Geld der Steuerzahler, das ist ja nicht Euer Geld, das Ihr da irgendwo investiert und in Risiko anwendet. Das ist schon das Geld der Steuerzahler. Die, die arbeiten müssen, und jeden Tag irgendeinen haben, der ihnen sagt was sie zu tun haben. Das ist witzig, wenn du eine Finanzkontrolle hast, dann musst du dir das einmal anschauen, Walter, wie du da behandelt wirst als jemand, der Tag und Nacht arbeitet, damit er diese Steuermillionen erwirtschaftet. (Beifall der FPS-Abgeordneten und des Klubobmannes Abgeordneten Naderer)

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Es gibt noch einmal fünf Minuten, wenn Du antworten möchtest. Bitte, Herr Landeshauptmann, diese ist um 12:05 Uhr dann aus die Anfragezeit. Bitte!

Landeshauptmann Dr. Haslauer: So beginnen die Reisen durchs Land. Wir sind in Bad Gastein gestartet und in Kaprun angekommen. Das eine hat mit dem anderen absolut nichts zu tun, Karl. ...

(Zwischenruf Klubobmann Abg. Dr. Schnell: Oh ja, es sind Steuergelder!)

... In Kaprun haben wir über 100 Arbeitsplätze. Die Therme läuft hervorragend. Die schreiben schwarze Zahlen und sie werden auch wieder zweistellig investieren, zweistellige Millionenbeträge investieren, privatwirtschaftlich, ohne Förderung. Das war ein dringender Wunsch der Gemeinde Kaprun mit einem SPÖ-Bürgermeister und mit vielen Unternehmern, die gesagt haben wir brauchen das, wir brauchen das, um weiter im Wettbewerb mithalten zu können. Ich bin da ganz dagegen, dass man das eine gegen das andere Projekt ausspielt. Wenn der Bürgermeister von St. Martin kommt und sagt wir haben bei uns Thermalwasser gefunden, hilf uns bei der Bohrung. Natürlich helfe ich, weil ich will, dass sich in den Gemeinden etwas weiterentwickelt. Wenn die Saalbacher kommen und sagen wir haben dieses oder jenes vor, hilf uns, ...

(Zwischenruf Klubvorsitzender Steidl: Schiweltmeisterschaft!)

... Schiweltmeisterschaft, natürlich stehen wir dabei. Ich glaube man kann die Dinge nicht gegeneinander ausspielen.

In Bad Gastein war halt die Situation dramatisch. Das war dramatisch und da bekenne ich mich dazu, dass wir einschreiten mussten. Ich muss Ihnen sagen, das ist ein schwieriges Projekt. Es war schon schwierig, den Ankauf über die Bühne zu bringen. Der erste Schritt ist getan, das ist von der Schwierigkeit vergleichbar wie die Rettung der Pinzgaubahn und die Weiterentwicklung, die heute unverzichtbar wäre im Oberpinzgau. Es ist vergleichbar mit der Herstellung des Domquartiers. Ein Projekt, das acht Jahre gedauert hat. Heute eine riesen Erfolgsgeschichte. Es ist vergleichbar mit den Ergebnissen der Vermögensauseinandersetzung, die wir abgeschlossen haben. Das sind alles furchtbar zähe Projekte, aber ich glaube es steht dafür. Man muss da auch den Mut haben, hineinzugehen und die Bevölkerung erwartet sich das auch.

Natürlich kann ich dort ein riesen politisches Problem bekommen und ich weiß schon jetzt ist der Jubel groß, das Land ist da und jetzt haben wir wieder Gesprächspartner, mit denen wir etwas weiterentwickeln können, und ich weiß auch, wenn in drei Monaten nicht die Bagger dort stehen und die Kräne, dann kommt die Stimmung auf, was ist jetzt. Das ist mir alles klar und alles bewusst.

Aber ich bekenne mich dazu, dass wir eine Handlungsverantwortung haben und ab einem gewissen Punkt kannst du als Land nicht mehr zuschauen, wie ein Teil einer Gemeinde vor die Hunde geht. Dazu bekenne ich mich. Ich weiß das kann man politisch unterschiedlich sehen. Ich bin auch dankbar darüber, dass wir das diskutieren können, aber ich bitte um Verständnis, das ist meine Sichtweise und wir werden diese Mittel, das sind ja enorme Mittel, die hier eingesetzt werden, verantwortungsbewusst einsetzen, sparsam einsetzen, auch gerne sehr transparent einsetzen mit den entsprechenden Aufsichts- und Kontrollorganen, aber wir haben hier einfach einen Handlungsbedarf und ich schaue da auch nicht länger zu. Ich bin auch der Regierung sehr dankbar, dass sie da gemeinsam mit uns diesen Weg geht. Vielen Dank. (Beifall der ÖVP- und Grünen-Abgeordneten und der Abgeordneten Fühapter)

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Danke vielmals. Wir haben ja auch eine weitere dringliche Anfrage der SPÖ, die sich auch mit demselben Thema auseinandersetzt und befasst und daher gibt es auch in der nächsten dringlichen Anfrage dann auch die Möglichkeit, sich noch zu diesem Thema zu Wort zu melden.

Ich rufe daher auf die

6.2 Dringliche Anfrage der Abg. KV Steidl und Hirschbichler MBA an Landeshauptmann Dr. Haslauer betreffend Salzburger Wachstumsfonds
(Nr. 42-ANF der Beilagen)

Ich darf den Schriftführer Steiner um Verlesung ersuchen.

Abg. Steiner BA MA (verliest die dringliche Anfrage):

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Danke. Bitte Herr Landeshauptmann, Du hast wieder zehn Minuten.

Landeshauptmann Dr. Haslauer: Es ist jetzt ohnedies schon sehr viel gesagt worden. Vielleicht zu den einzelnen Fragen. Diese Gesellschaft, die die Liegenschaften gekauft hat, ist eine 100 %ige Tochter des Wachstumsfonds. Wir haben also dort keine Mitgesellschafter. Die Übernahme der Anteile wurde gestern in der Fondskommissionssitzung einstimmig genehmigt und wird jetzt im Firmenbuch angemeldet.

Wie wird der Landtag weiter informiert? Ich verweise auf diesen Bericht. Ich muss das noch einmal nachrecherchieren was da in der Vergangenheit mit den Berichten gewesen ist. Ich stehe auch jederzeit da gerne entweder parlamentarisch oder für außerparlamentarische Anfragen zur Verfügung.

Welche Vorkehrungen sind getroffen worden, falls sich kein Investor findet? Noch keine, weil jetzt gehen wir einmal davon aus, dass das gut funktionieren wird und, dass wir unser Ziel erreichen werden.

Wie geht es weiter mit dem Kongresshaus und dem Haus Austria? Das sind ja die beiden zentralen Gebäude. Die sind weiter im Eigentum von Herrn Duval alleine. Da ist also Herr Wojnarowsky nicht Miteigentümer. Das heißt, da kommt es auch sehr darauf an, dass die Gesprächsbasis aufrecht bleibt. Die ist vorhanden. In den gesamten Überlegungen wird natürlich vor allem das Kongresshaus eine große Rolle spielen, aber wie das dann im Detail geht, werden wir sehen. Das hängt dann auch von den Investoren ab, die wir suchen und die auch kommen werden.

Für mich war wichtig, dass sich in einem Bereich einmal etwas bewegt. Ich bin überzeugt, wenn am Straubingerplatz sich etwas tut, wenn dort einmal die Kräne stehen und die Baugerüste und gearbeitet wird, dann wird sich auch in dem weiteren Bereich Entwicklung ergeben.

Die letzte Frage war: Gibt es für das Zentrum in Bad Gastein ein Gesamtkonzept für die touristische Weiterentwicklung? Daran wird intensiv verarbeitet. Gemeinde, Tourismusverband, Kollegen aus der Tourismusbranche, das Bundesdenkmalamt ist intensiv miteinbezogen, auch schon in den Vorgesprächen, war auch am Freitag mit dabei, auch bei der ersten Besichtigung und da werden Zukunftskonzepte ausgearbeitet. Die Gemeinde und der Tourismusverband haben dafür auch Geld in die Hand genommen, auch mit sehr qualifizierter Beratung und wir können uns jetzt dort unmittelbar einbringen. Wir sehen also nicht nur diese drei Hotels alleine, sondern wir sehen das Gesamtkonzept Bad Gastein, denn das wird auch wesentlich dazu beitragen, dass wir dann Investoren finden. Danke.

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Danke vielmals. Wir haben ja einmal schon im Landtag besprochen, welche Berichte dem Landtag vorzulegen sind. In unseren Aufzeichnungen in der Landtagsdirektion ist bei diesem Bericht des Wachstumsfonds vermerkt, dass er immer als Teil des Budgets quasi vorgelegt wird und keine jährliche weitere. Ich sage das jetzt nur zur Aufklärung, wie bei uns die Buchhaltung funktioniert und dieser Vermerk, den wir jetzt ausgehoben haben. Wir haben auch diese Berichterstattung im Landtag des öfteren ja diskutiert.

Für die Fragesteller, die SPÖ, keine Wortmeldung mehr. Weitere Wortmeldungen? Bitte Kollege Steiner. Du hast fünf Minuten.

Abg. Steiner BA MA: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Werte Regierung! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Liebe Zuhörer vor den Bildschirmen und hier im Haus!

Es ist sehr viel gesagt worden und, Karl, Du hast den Nagel wieder einmal auf den Kopf getroffen. Es geht hier um das Wie. Wie sind Informationsflüsse, wie wird hier vorgegangen und wenn so viel bereits in der Vergangenheit vorgefallen ist, dann glaube ich, dass eine Rückendeckung unumgänglich gewesen wäre in diesem Hohen Haus.

Ich möchte aber kurz noch zu diesem Wachstumsfond einige Worte verlieren, und zwar habe ich mir sehr viel Mühe gegeben auszuheben, wie dieser Wachstumsfonds über die Jahre hinweg sich entwickelt hat, was drinnen ist, was hineingegeben worden ist. Komischerweise ist er seit 2009 Teil des Budgets. Es ist absolut nicht im Detail, es ist eine sozusagen eine Bilanz, wenn man so will, was dargestellt wird, aber richtig, wie werden Mittel verwendet, wofür sind sie, das ist nicht gegeben, aber auch da werden wir in Zukunft hier tätig werden und Ihr werdet alle die Chance kriegen, liebe Frau Klubobfrau, auch die wirst die Chance kriegen, wir werden einen Antrag einbringen, dass das detailliert aufgelistet wird und dass die Transparenz endlich vorhanden ist, denn eines ist klar, und da unterstreiche ich die Wortmeldung von Walter Steidl, in Zukunft ist diese Transparenz unumgänglich und muss auch offengelegt werden. Aber so wie wir heute gehört haben, soll das ohnehin kein Problem sein.

Wir werden wieder einmal die Nagelprobe machen, dann könnt Ihr Euch beweisen, dann könnt Ihr uns zeigen, dass diese Transparenz wirklich vorherrschend ist und dabei möchte ich es belassen. Danke sehr.

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Danke. Ich habe noch eine Wortmeldung vom Kollegen Obermoser. Auch Du hast fünf Minuten und ich blicke herum, ich habe dann keine weiteren Wortmeldungen mehr. Bitte, fünf Minuten, Kollege Obermoser!

Abg. Obermoser: Sehr verehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrter Herr Landeshauptmann!
Liebe Kollegen!

„Tut man etwas, wird man geschimpft. Tut man nichts, wird man auch geschimpft.“ So lautet ein Sprichwort. Wir haben heute oft das Wort Mut gehört und diesen Begriff möchte ich noch ein bisschen strapazieren. Man muss schon mutig sein, dass man solche Entscheidungen trifft, denn da entsteht Perspektive, dadurch entsteht Hoffnung und man muss schon ein bisschen weiter denken, wenn man jetzt sät, dann wird man in weiterer Folge ernten und wenn man diese Gebäude saniert, herrichtet, dann wird eine enorme Wertschöpfungskette ausgelöst, Arbeitsplätze geschaffen in der Bauwirtschaft und in weiterer Folge in vielen anderen Bereichen kommt noch Beschäftigung und Wertschöpfung dazu.

Wir haben das Wort Angst heute auch schon gehört. Da möchte ich schon eines noch sagen. Wenn man jetzt nichts tut und im Gasteinertal sind internationalen Spekulanten unterwegs, wie Herr Landeshauptmann vorher ausgeführt hat, dann müssen wir uns genau hier im Landtag erst recht damit auseinandersetzen, warum wir nichts getan haben und zusehen, wenn internationale Spekulanten das Sagen haben. Aus diesem Grund ist es doch klug, wenn man den ersten Schritt setzt und nicht warten bis es zu spät ist. Perspektiven werden dadurch geschaffen!

Ich bedanke mich hier ausdrücklich bei Dir, Herr Landeshauptmann, dass Du als Landeshauptmann agierst, dass Du als Bekümmerer Dich um das Land bekümmerst, dass das Land am Beispiel Gastein im wahrsten Sinne des Wortes nicht verfällt, sondern dass es in irgendeiner Art und Weise entwickelt wird, und das ist wichtig.

Wir sprechen immer wieder von Stadt, Dorf und ländlicher Entwicklung. Auch in dieses Gesamtkonzept passt diese Strategie hinein und bringt uns wiederum Hoffnung und weitere Entwicklung und ja, der letzte Punkt, der mir wichtig ist, den ich erwähnen muss, ist der: Es werden selbstverständlich aus den Gemeinden und aus den Wirtschaftsbereichen weitere Begehrlichkeiten daherkommen und wenn sie im öffentlichen Interesse sind und wenn diese zur Weiterentwicklung des Wirtschaftsstandortes dienlich sind, des Wohnstandortes und unserer ganzen Landesentwicklung, dann sind auch diese Projekte genau anzuschauen und zu unterstützen. Dankeschön. Danke, Wilfried, dass Du das gemacht hast. (Beifall der ÖVP- und Grünen-Abgeordneten und der Abgeordneten Fürhapter)

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Danke. Jetzt gibt es doch noch eine Wortmeldung vom Kollegen Meisl. Bitte, auch fünf Minuten!

Abg. Ing. Mag. Meisl: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen!
Lieber Kollege Obermoser!

Also der Walter Steidl hat es bereits erwähnt. Wir unterstützen das, weil wir glauben, dass es eine Notwendigkeit gibt, im Ortszentrum von Bad Gastein tätig zu werden und es in der Verantwortung auch des Landes liegt, nicht nur zuzuschauen, sondern wenn sich etwas

ergibt, und das dürfte offensichtlich der Fall gewesen sein, dass man dann auch tätig wird, zugreift und die Chance auch beim Schopf packt.

Aber ich glaube man muss ein bisschen die Euphorie, die ich verstehe, Hans Scharfetter, als Betroffener natürlich, der das jahrelang gesehen hat was passiert, muss man doch insofern ein bisschen bremsen. Bis dato ist nichts passiert, außer dass man um 6 Mio. Euro drei höchst sanierungsbedürftige Gebäude zu einem, wenn man es jetzt als Verkehrssicht der Immobilienbewertung sieht, zu einem weit überhöhten Preis gekauft hat. Mehr ist noch nicht passiert, weil die Arbeit beginnt erst jetzt in Wirklichkeit. Jetzt heißt es ein Konzept zu erstellen. Jetzt heißt es einen Investor zu finden, der dieses Geld in die Hand nimmt und in den Tourismusbereich investiert, weil ich gehe davon aus, dass das Konsens ist, dass es eine touristische Nutzung geben soll und dass dort nicht etwas anderes entsteht, wo wir wissen, dass es durchaus Investoren gäben würde, diese Gebäude auch für andere Zwecke zu nutzen und Geld zu machen. Jetzt beginnt die eigentliche Arbeit und ich denke auch, dass es in der Region Geduld jetzt auch gefragt ist, weil die Bagger werden nicht so schnell auffahren, das wird sicherlich doch Monate, über Jahre brauchen, bis man soweit ist, dass diese Entscheidungen wie es weitergeht tatsächlich auch getroffen werden können.

Für unsere Fraktion darf ich noch sagen, dass wir das auch als Anlassfall nehmen werden, dass das Land offensichtlich doch bereit ist, sich auch aktiv einzubringen und aktiv zu engagieren, weil es gibt natürlich auch viele andere Projekte, wo das notwendig wäre und offensichtlich ist auch immer wieder Geld vorhanden und wenn ich das als Paradigmenwechsel der Landesregierung sehe, dass man weggeht von immer weniger Staat und viel Privat, dann nehmen wir das sehr positiv auf und werden die Landesregierung auch bei dem einem oder anderen Projekt, das sicherlich kommen wird, und ich gehe davon aus, Herr Landeshauptmann, in der letzten Woche haben sich wahrscheinlich schon einige bei Ihnen gemeldet, wir hätten das auch gerne, dass wir da natürlich das positiv sehen, dass das Land auch in diesem Bereich des Ankaufs und der Entwicklung von Projekten tätig wird und aktiv tätig wird und das werden wir auch in Zukunft sehr gerne hier im Landtag auch weiter vertreten und unterstützen. (Beifall der SPÖ-Abgeordneten)

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Danke vielmals. Damit haben wir keine Wortmeldungen mehr und auch die zweite dringliche Anfrage abgeschlossen. Ich unterbreche jetzt die Sitzung und wir treffen uns um 14:00 Uhr hier wieder für die Ausschussberatungen. Danke.

(Unterbrechung der Sitzung: 12:15 - 15:45 Uhr)

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf (nimmt die unterbrochene Sitzung wieder auf): Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Ich ersuche Euch alle, die Plätze einzunehmen, damit wir mit unserer Haussitzung fortfahren können und wir einen Überblick über die Anwesenheit haben können. Bitte, es wird

jetzt durchgezählt. Bei einem Tagesordnungspunkt brauchen wir eine Zweidrittelmehrheit, darum stellen wir jetzt genau die Anwesenheit fest, um die Zahl festlegen zu können und wir eine ordnungsgemäße Abstimmung durchführen können.

Wir setzen unsere Haussitzung nunmehr fort mit

Punkt 7: Berichte und Anträge der Ausschüsse

Ich werde wie üblich die einstimmig verabschiedeten Tagesordnungspunkt zusammenfassen und diese auch gemeinsam zur Abstimmung bringen.

Einstimmig verabschiedet wurde Top

7.3 Bericht des Ausschusses für Infrastruktur, Verkehr und Wohnen zum Antrag der Abg. Riezler-Kainzner und Brand betreffend Verbesserung der Mobilitätsmöglichkeiten für Menschen mit Behinderung im Land Salzburg
(Nr. 68 der Beilagen - Berichterstatte: Abg. Riezler-Kainzner)

7.4 Bericht des Verfassungs- und Verwaltungsausschusses zur Vorlage der Landesregierung betreffend ein Gesetz, mit dem die Höhe des Wohnbauförderungsbeitrags festgesetzt wird
(Nr. 86 der Beilagen - Berichterstatte: Abg. Mag. Mayer)

7.5 Bericht des Ausschusses für Wirtschaft, Energie und Lebensgrundlagen zum dringlichen Antrag der Abg. Klubvorsitzenden Steidl und Hirschbichler MBA betreffend „Aktion 20.000“
(Nr. 87 der Beilagen - Berichterstatte: Abg. Hirschbichler MBA)

Ich wiederhole. Einstimmig verabschiedet wurden Top 7.3, 7.4 und 7.5. Wer für die Annahme des Berichtes der Ausschüsse zustimmt, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenstimmen? Keine. Damit sind auch diese Berichte der Ausschüsse im Haus einstimmig angenommen worden.

Ich rufe nunmehr auf Top

7.1 Bericht des Verfassungs- und Verwaltungsausschusses zur Vorlage der Landesregierung betreffend ein Gesetz, mit dem das Landes-Verfassungsgesetz 1999 und das Landeshaushaltsgesetz 2017 - LHG 2017 geändert, ein Gesetz über die Struktur und die Führung des Landeshaushalts (Allgemeines Landeshaushaltsgesetz 2018 - ALHG 2018) und ein Gesetz über Haftungsobergrenzen für Gemeinden (Gemeinde-Haftungsobergrenzengesetz 2018 - GemHOG 2018) erlassen und das Landes- und Gemeindeverwaltungsabgabengesetz 1969 sowie das Salzburger Landeselektrizitätsgesetz 1999 geändert werden (Haushaltsrechts- und Verwaltungsabgabenreform-Gesetz 2018)
(Nr. 66 der Beilagen - Berichterstatte: Abg. Mag. Scharfetter)

Hier wurde Debatte ÖVP angemeldet. Bitte Frau Klubobfrau, Du hast das Wort.

Klubobfrau Abg. Mag.^a Gutschi: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Hohes Haus!

Wie wir bei der Ausschussberatung zum Haushaltsgesetz und zur entsprechenden Neufassung des Haushaltsgesetzes ja gemeinsam vereinbart haben, soll es zukünftige Berichte geben und wir haben jetzt daher einen Zusatzantrag formuliert, der von allen Parteien auch entsprechend unterschrieben worden ist. Das heißt es ist sozusagen ein Fünf-Parteien-Zusatzantrag zu Nr. 66 der Beilagen der Salzburger Landtag wolle beschließen, Art. 3 der Vorlage der Landesregierung Nr. 35 der Beilagen 6.s.15 GB in der Fassung des Ausschussberichtes Nr. 66 der Beilagen, das allgemeine Landeshaushaltsgesetz wird wie folgt geändert. Erstens: Im Art. 3 wird im Inhaltsverzeichnis die Wortfolge § 42 Differenzbegründungen und Beteiligungsbericht durch die Wortfolge § 42 Differenzbegründungen, Beteiligungsbericht und sonstige Berichtspflichten ersetzt.

Zweitens: Im § 42 wird 2.1 die Überschrift der Differenzbegründungen, Beteiligungsbericht um die Wortfolge und sonstige Berichtspflichten ergänzt. 2.2 nach der Ziffer erstens eine neue Ziffer zweitens eingefügt. Zweitens: Eine gesonderte Dokumentation darü-ber vorzulegen, in welchem Ausmaß die Landesregierung im abgelaufenen Rechnungsjahr ist gleich Berichtsjahr a) von Ermächtigungen zur Vornahme von Mittelaufstockungen, § 19 Abs. 1 und 2 unverzögerte Mittelauszahlungen § 20 Abs. 1 und 2 Gebrauch gemacht hat, b) zum Jahresende des Berichtsjahres sechs bestimmte Zahlungsmittelreserven gebildet hat. Die §§ 21 Abs. 3 bis 5 und 45 Abs. 4 und 5 und c) nicht ausgenutzte Darlehensaufnahmeermächtigungen, aus dem den Berichtsjahr vorangegangenen Jahr in Anspruch genommen hat, § 22 Abs. 2 sowie 2.3 die Ziff. 2 erhält die Bezeichnung drittens.

Drittens: Im § 45 werden nach Absatz 8 eingefügt 9 abweichend vom § 42 Abs. 2 lit. c hat die Dokumentation die Landesregierung für das Berichtsjahr 2018 die Ausnutzung von nicht in Anspruch genommenen Ermächtigungen zur Aufnahme von Darlehen und sonstigen Krediten aus den Jahren 2016 und 2017 zu umfassen.

Ich darf bitten, diesen Zusatzantrag aufzunehmen und entsprechend auch gesondert zur Abstimmung zu bringen. Dankeschön.

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Danke vielmals für diesen Zusatzantrag. Geschäftsordnungsgemäß eröffne ich die Spezialdebatte zu diesem Zusatzantrag im gesamten. Gibt es hier noch Wortmeldungen zu diesem Zusatzantrag? Er liegt mir jetzt schriftlich vor und ich sehe, dass er von allen Fraktionen mitunterfertigt wurde. Ich sehe keine Wortmeldung. Damit haben wir die Spezialdebatte zu diesem Zusatzantrag abgeschlossen und wir kommen zur Abstimmung über diesen Zusatzantrag. Wer diesem Antrag zustimmt, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenstimmen? Gegen die Stimme von Kollegin Steiner-Wieser. Danke vielmals.

Dann kommen wir zur Abstimmung über den Bericht aus dem Ausschuss inklusive des jetzt angenommenen Zusatzantrages. Im Ausschuss war das Abstimmungsverhalten ÖVP, SPÖ, Grüne und Abgeordneter Konrad gegen die Stimmen der FPS. Im Art. 1 dieser Gesetzesvorlage ist eine Verfassungsbestimmung enthalten, daher brauchen wir eine Zweidrittelmehrheit. Anwesend hier sind heute 29 Abgeordnete, das heißt die Zweidrittelmehrheit werden wir erreichen, wenn wir 20 Stimmen erreichen. Daher komme ich jetzt zur Abstimmung. Herr Klubobmann Cyriak Schwaighofer schaut kritisch. 20 Stimmen sind die Zweidrittelmehrheit.

Wer für die Annahme des Berichtes inklusive des Zusatzantrages ist, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Das ist ÖVP, Grüne, SPÖ, Otto Konrad, Gabriele Fürhapter gegen die Stimmen von Freie Wähler Salzburg, FPS und Kollegin Steiner-Wieser. Das heißt wir haben 25 Prostimmen und vier Kontrastimmen. Damit haben wir alle Abstimmungserfordernisse erfüllt. Danke.

Ich rufe nunmehr auf Top

7.2 Bericht des Finanzausschusses zur Vorlage der Landesregierung über den Haushaltsplan (Landesvoranschlag) für das Jahr 2018 sowie ein Gesetz, mit dem der Landeshaushalt für das Haushaltsjahr 2018, die mittelfristige Orientierung der Haushaltsführung für die Jahre 2019 bis 2022 und Haftungsobergrenzen festgelegt werden (Landeshaushaltsgesetz 2018 - LHG 2018)

(Nr. 67 der Beilagen - Berichterstatter: Abg. Mag. Scharfetter)

Auch hier hat die ÖVP Debatte angemeldet und ich glaube der Herr Landeshauptmann-Stellvertreter Stöckl möchte etwas sagen. Bitte, Du hast das Wort!

Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl: Frau Präsidentin! Hohes Haus!

Ich darf zum Landesvoranschlag 2018 mich auch im Hohen Haus jetzt melden und nicht nur beim Ausschuss. Wir haben für 2018 etwas erreicht mit der Umstellung von der kameralen zur Doppik, vom kameralen System zum Doppiksystem, auf das wir sehr stolz sein können. Wir sind die ersten in Österreich. Ich habe in der letzten Finanzlandesratssitzung in Vorarlberg darüber berichtet und dort ist sogar berichtet worden, dass einzelne Länder die Bitte an den Bund bereits herangetragen haben, möglichst noch ein Jahr von 19 noch auf einmal auf 20 zu verschieben, weil sie große Schwierigkeiten haben.

Das zeigt wohl, dass unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter extrem gut gearbeitet haben. Ob das die Abteilungen, die in erster Linie zuständig waren, meine Abteilung, die Abteilung 8 oder die Buchhaltungsabteilung, aber auch alle anderen Abteilungen, die sozusagen die Arbeit mitmachen haben müssen, die EDV, die ganze Umstellung. Das möchte ich nicht unerwähnt lassen. Ganz im Gegenteil. Da gebührt unseren Mitarbeitern einfach ein herzlicher Dank und großes Lob, dass wir das geschafft haben. (Allgemeiner Beifall)

Inhaltlich darf ich mich nicht nur für das Jahr 2017, sondern auch für die vorhergehenden Jahre beim Hohen Haus dafür bedanken, dass sehr vieles so optimal gelaufen ist, dass wir das alles erreicht haben was wir jetzt haben, dass wir ausgeglichene Budgets haben, dass wir auch für 18 eine gute Voraussetzung haben und vor allem, dass das Vertrauen, das uns geschenkt wurde immer wieder, dass bei den Bankenvergleichen eben die Verschwiegenheitspflicht so toll gehalten hat und eingehalten wurde, dass wir eben das so durchziehen konnten und die 117 Mio. zur Gänze praktisch lukrieren konnten. Das ist wirklich eine tolle Leistung von uns allen, dass wir das geschafft haben.

Das Budget 2018 ist ja wie gesagt auf Doppikbasis. Wir haben den Finanzierungshaushalt, wir haben den Ergebnishaushalt. Beim Finanzierungshaushalt, da können wir aufgrund des Kassabestandes, aufgrund der Liquidität den Ausgleich schaffen. Das heißt wir würden was umrechnen auf das kameralistische System, haben wir einen ausgeglichenen Haushalt, mehr noch sogar. Wir haben, wie wir im Ausschuss bereits berichtet haben und diskutiert haben, wir können noch zusätzlich 57 Mio. Euro zurückzahlen und wenn ich unseren heutigen Finanzbericht hernehme, dann werden wir es sogar schaffen, dass wir wahrscheinlich an die 400 Mio. Euro in dieser Funktionsperiode, in dieser Legislaturperiode an Schulden zurückbezahlt haben und auch dafür gebührt mein Dank und Anerkennung der Regierung und dem gesamten Landtag. Das ist eine Leistung von uns allen, dass wir das geschafft haben.

Eine Herausforderung wird sicherlich der Ergebnishaushalt werden. Wenn wir dann den Vermögenshaushalt haben, das wird April 2018 sein, das heißt wenn wir die Eröffnungsbilanz haben, die können wir erst vorlegen, wenn wir den Rechnungsabschluss für 2017 haben, dann wird es dahingehend spannend, ob und wie wir in Zukunft, und das beginnt bereits beim Budget 2019 die entsprechende AfA und andere Verbindlichkeiten oder andere Herausforderungen in den Ergebnishaushalt auch einarbeiten können, sodass wir auch den Ergebnishaushalt in Zukunft dann ausgeglichen darstellen können.

Wir haben 2018 weiterhin vor, Schulden zu tilgen und wir müssen natürlich mittelfristig diesen Kurs fortfahren und fortsetzen, sodass wir unsere Aufgaben auch immer wieder erfüllen können, weil eben die Finanzen in Ordnung sind.

Ich möchte noch auf etwas ganz Wichtiges hinweisen, dass wir für 2018 die große Herausforderung haben, dass wir im Budgetvollzug den Stabilitätspakt und die Maastrichtkriterien erreichen müssen und das heißt, dass wir sehr genau darauf achten müssen, welche Schritte wir setzen und ich werde gerne den Landtag in relativ kurzen Zeitabschnitten während des 2018er Jahres auch über den Budgetvollzug immer wieder berichten und auch unsere Ideen und unsere Maßnahmen, die wir setzen müssen im Laufe des Jahres, eben darlegen, wie wir dann im Endeffekt die Maastrichtkriterien auch erfüllen.

Ich darf jetzt schon ankündigen bzw. jetzt schon um Verständnis dafür bitten, dass ich im 2018er Jahr beim Budgetvollzug ein sehr, sehr strenger Finanzreferent sein muss, weil das geht nicht von selber die 90 Millionen Maastrichtkriterien zu erfüllen, sondern da muss

ganz aktiv daran gearbeitet werden. Ich sage nur ein Beispiel, weil schon einige Wünsche auf mich zugekommen sind.

Ich werde sicher keine Zustimmung z.B. für eine Transaktion geben, die von einmaligen Ausgaben in dauerhafte Verpflichtungen münden, denn das wäre genau der falsche Weg und das würde uns für die Zukunft z.B. sehr belasten. Ich werde sehr genau schauen beim Budgetvollzug, ob es Überschreitungen gibt und ich werde auch sehr genau schauen, ob Umschichtungen auch dem Landeshaushaltsgesetz entsprechen oder ob eben entsprechend einzuwirken ist und hier gewisse Kreditbremsen oder welche Maßnahmen halt dann zu setzen sind. Aber ich bitte jetzt schon um Verständnis dafür, dass ich alles daran setze werde und auch darüber berichten werden, wie wir den Budgetvollzug entsprechend umsetzen, damit wir dann auch die beiden Vorgaben aus dem Stabilitätspakt und aus Maastricht auch erfüllen werden.

In diesem Sinne bedanke ich mich noch einmal ganz herzlich bei allen, die das Budget mitgetragen haben, die das Haushaltsgesetz mitgetragen haben, bei allen, die immer wieder bereit waren, in den letzten Jahren wie gesagt Bankenvergleich etc. für unser Land wirklich Verantwortung zu tragen, mitzutragen und bei unseren Bediensteten noch einmal ein herzliches Dankeschön, dass wir das alles so gut über die Bühne gebracht haben. Danke.
(Beifall der ÖVP- und Grünen-Abgeordneten)

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Danke Herr Landeshauptmann-Stellvertreter. Gibt es weitere Debattenbeiträge? Das ist nicht der Fall. Damit kommen wir zur Abstimmung über Top sieben, den Bericht des Finanzausschusses. Ich darf die Beschlusslage aus dem Ausschuss referieren. Es war ÖVP, Grüne und Abgeordnete Fürhapter für diese Vorlagen gegen die Stimmen von SPÖ und FPS.

Wer für die Annahme des Berichtes ist, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Das sind ÖVP, Grüne, Kollege Konrad und Kollegin Fürhapter gegen die Stimmen von FPS, Steiner-Wieser, FWS und SPÖ. Damit mehrheitlich angenommen.

Ich rufe nunmehr auf Top

7.6 Bericht des Bildungs-, Schul-, Sport- und Kulturausschuss zum dringlichen Antrag der Abg. Heilig-Hofbauer BA und Mag.^a Sieberth betreffend ganztägige Schulformen
(Nr. 88 der Beilagen - Berichterstatter: Abg. Heilig Hofbauer BA)

Hier war die Beschlussfassung im Ausschuss ÖVP, SPÖ, Grüne und Abgeordneter Otto Konrad gegen die Stimmen der FPS und Abgeordnete Steiner-Wieser. Wer für die Annahme des Berichtes ist, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Das ist ÖVP, Grüne, SPÖ, Otto Konrad, Kollegin Fürhapter gegen die Stimmen von FPS, FWS und Kollegin Steiner-Wieser. Damit ist auch dieser Bericht mehrheitlich angenommen.

Damit ist dieser Tagesordnungspunkt abgeschlossen. Ich rufe nunmehr auf

Punkt 8: Beantwortung schriftlicher Anfragen

Hier wurde zu Top 8.4 Debatte FPS angemeldet.

8.4 Anfrage der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Essl, Steiner BA MA und Wiedermann an die Landesregierung (Nr. 20-ANF der Beilagen) - ressortzuständige Beantwortung durch Landeshauptmann Dr. Haslauer, Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl und Landesrätin Mag.^a Berthold MBA - betreffend § 5 des Finanzausgleichsgesetzes 2017 (Nr. 20-BEA der Beilagen)

Bitte Kollege Steiner, Dein Debattenbeitrag!

Abg. Steiner BA MA: Frau Präsidentin! Sehr geehrte Landesregierung! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen!

Warum wir uns hier zur Debatte gemeldet haben, ist folgendes und wir wollen das noch einmal unterstreichen. Wir haben immer davor gewarnt, wie die Kosten im Bereich des Asylwesens steigen. Wir sind oftmals belächelt worden von vielen. Zunächst ist natürlich vage ausgedrückt worden, ob wir diese Anfrage erhalten, die Beantwortung erhalten und die tatsächlichen Kosten überhaupt eruierbar sind. Doch jetzt liegen sie vor. Wenn wir sehen, es sind nicht alle Kosten drinnen, weil natürlich Personalkosten, Sonstiges hier schwer zu eruieren sind, aber der Anstieg, der hier schriftlich dokumentiert wurde, der ist nicht mehr vom Tisch zu wischen und diesen möchte ich klar hervorheben und sagen in allen Debatten, wo wir davor gewarnt haben und uns immer dagegen ausgesprochen haben, haben wir wohl mit dieser Beantwortung Recht behalten. Danke. (Beifall der FPS-Abgeordneten und des Klubobmannes Abgeordneter Naderer)

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Gibt es noch weitere Debattenbeiträge? Das ist nicht der Fall.

8.1 Anfrage der Abg. Steiner-Wieser und Klubobmann Naderer an die Landesregierung (Nr. 17-ANF der Beilagen) - ressortzuständige Beantwortung durch Landeshauptmann Dr. Haslauer und Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl - bezüglich der Kosten des Besuchs von Emmanuel Macron am 23. und 24. August 2017 (Nr. 17-BEA der Beilagen)

8.2 Anfrage der Abg. Steiner-Wieser und Klubobmann Naderer an Landesrätin Mag.^a Berthold MBA (Nr. 18-ANF der Beilagen) betreffend Subventionen ihres Ressorts (Nr. 18-BEA der Beilagen)

8.3 Anfrage der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Steiner BA MA und Wiedermann an die Landesregierung (Nr. 19-ANF der Beilagen) - ressortzuständige Beantwortung durch Landeshauptmann Dr. Haslauer - betreffend die Gegenstände der Regierungssitzungen und der Regierungsumläufe zwischen dem 1. und 31. August 2017

(Nr. 19-BEA der Beilagen)

8.5 **Anfrage** der Abg. Klubvorsitzenden Steidl und Brand an die Landesregierung (Nr. 21-ANF der Beilagen) - ressortzuständige Beantwortung durch Landesrat Mayr - betreffend Straßenzustand und Plausibilitätsprüfung
(Nr. 21-BEA der Beilagen)

8.6 **Anfrage** der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Essl, Steiner BA MA und Wiedermann an Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl (Nr. 36-ANF der Beilagen) betreffend die Nutzung von Landesliegenschaften
(Nr. 36-BEA der Beilagen)

8.7 **Dringliche Anfrage** der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Essl, Rothenwänder, Steiner BA MA und Wiedermann an Landesrat Mayr (Nr. 39-ANF der Beilagen) betreffend Salzburger Wohnbauförderung
(Nr. 39-BEA der Beilagen)

Dann rufe ich auf

Punkt 9: Berichte der Landesregierung, um deren Vorlage der Landtag ersucht hat

Hier wurden keine Debattenantrag angemeldet.

9.1 **Bericht** der Landesregierung zum Beschluss des Salzburger Landtages vom 31. Mai 2017 betreffend Ausnahme von der Westautobahn-Geschwindigkeitsverordnung 2015 für elektro-betriebene Fahrzeuge
(Nr. 69 der Beilagen)

9.2 **Bericht** der Landesregierung zum Beschluss des Salzburger Landtages vom 28. Juni 2017 betreffend Auflösung von zwei Zinstauschgeschäften
(Nr. 70 der Beilagen)

9.3 **Bericht** der Landesregierung zum Beschluss des Salzburger Landtages vom 31. Mai 2017 betreffend die Strafghelderhöhe nach StVO versus IG-L
(Nr. 71 der Beilagen)

Somit haben wir diesen Punkt auch abgeschlossen.

Ich komme nunmehr gemäß § 80 Abs. 4 unserer Geschäftsordnung zur Debatte auf Antrag der FPS über die Verweigerung der Akteneinsicht betreffend Strafzahlungen im Zusammenhang mit der Salzburger Finanzcausa. Es gibt hier eine Wortmeldung vom Kollegen Steiner. Bitte!

Abg. Steiner BA MA: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen! Liebe Kollegen!

Diese Debatte ist richtig, wurde von uns angemeldet diesbezüglich, weil wir vorerst in einer schriftlichen Anfrage von uns keine Auskunft bekommen haben. Ich möchte aber ausdrücklich jetzt festhalten, ich bedanke mich, lieber Christian Stöckl, nach Nachfrage von uns hast Du das wirklich mit unserem Klub ordnungsgemäß erläutert, hast uns Einsicht gegeben. Wir wissen Bescheid über diese Sache. Danke sehr. Ich nehme auch zur Kenntnis, dass die Verschwiegenheit äußerst wichtig in dieser Debatte. Danke sehr. (Allgemeiner Beifall)

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Danke vielmals. Damit ist auch dieser angemeldete Debattenantrag abgearbeitet und wir haben unser Tagespensum quasi erledigt.

Ich möchte mich ganz ausdrücklich bedanken bei Ihnen, Frau Mag. Grünberger, die uns heute das erste Mal in Vertretung von unserem Landtagsdirektor so gut durch die Sitzung begleitet hat und beim ganzen Team (Allgemeiner Beifall) der Landtagsdirektion, dass sie uns immer nicht nur unterstützen, sondern alles bestens vorbereiten und wir eigentlich immer klaglos durch so eine Plenartagung und Ausschusssitzung kommen. Danke dem ganzen Team.

Ich schließe damit die Sitzung und bedanke mich für die konstruktive Mitarbeit und ich berufe die nächste Sitzung für Mittwoch, 20. Dezember 2017 um 9:00 Uhr hier in diesem Gemeinderatssitzungssaal der Stadt Salzburg wiederum ein. Danke. Ich wünsche Euch einen schönen Abend. Danke für die konstruktive Zusammenarbeit.

(Ende der Sitzung: 16:07 Uhr)

- -

Dieses Protokoll wurde
am **20. Dezember 2017**
in der Sitzung des Salzburger Landtages
genehmigt.

Landtagspräsidentin:

Schriftführer/in: